



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

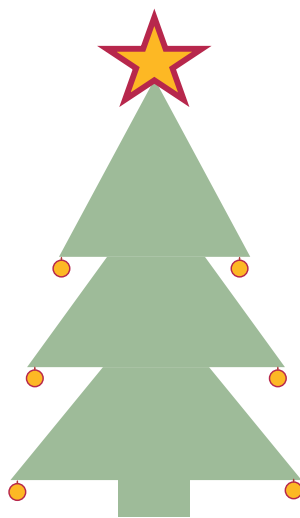
12 2018

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Saisonmuster im Tourismus
Bevölkerung 2017
Gesundheitswesen



Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern
ein frohes Weihnachtsfest
und ein glückliches neues Jahr.

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Dominik Ketz / Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH

Saisonale Schwankungen prägen den Tourismus in Rheinland-Pfalz in höherem Maße als in vielen anderen Bundesländern. Im Land entfielen 2017 rund 64 Prozent der Übernachtungen auf das Sommerhalbjahr. Die Anteile der Monate Januar bis März sowie November und Dezember am Übernachtungsaufkommen liegen in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt.

B e i l a g e : Faltblatt „Weinbau“

12 | 2018

STATISTISCHE MONATSHEFTE

71. Jahrgang

kurz + aktuell	785
Konjunktur ■ Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel Einzelhandel ■ Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Landwirtschaft Soziales ■ Bildung ■ Strafverfolgung ■ Umwelt ■ Verkehr Finanzen	
Aus der amtlichen Statistik	805
Verbraucherpreise	806
Rheinland-Pfalz in Karten: PKW-Dichte 2018 nach Verwaltungsbezirken	807
Saisonmuster im Tourismus – Teil 1: Regionale Unter- schiede im Saisonverlauf	808
Bevölkerung 2017 – Leichter Anstieg der Einwohnerzahl – Bevölkerungswachstum aufgrund der Zuwanderung schwächt sich ab	817
Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen – Aktuelle Ergebnisse und Entwicklung ab 2008	826
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	837
Neuerscheinungen	853

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion im September fast unverändert

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion blieb im September 2018 gegenüber dem Vormonat fast unverändert. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, nur 0,2 Prozent über dem Niveau von August 2018.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen war der Güterausstoß im September höher als im Vormonat: Die Konsumgüterproduktion legte 2,6 Prozent zu und die Hersteller von Investitionsgütern steigerten ihren Output um zwei Prozent. In der Vorleistungsgüterindustrie war die Ausbringung hingegen leicht rückläufig (–0,8 Prozent).

Von den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes erhöhten zwei im September ihre Produktion: In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die zur Investitionsgüterindustrie zählt und die zweitgrößte Branche ist, nahm der Output deutlich um 5,7 Prozent zu. Einen leichten Zuwachs um 0,6 Prozent gab es im Maschinenbau, der ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie gehört und gemessen am Umsatz in Rheinland-Pfalz die drittgrößte Industriebranche ist. Lediglich in der Chemischen Industrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die umsatzstärkste Branche ist, sank der Güterausstoß leicht um 0,6 Prozent.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Sep. 2018		Jan. bis Sep. 2018	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Aug. 2018	Sep. 2017	Jan. bis Sep. 2017	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	0,2 %	22,8 %	18,3 %	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-0,8 %	-3,5 %	1,2 %	
Investitionsgüterproduzenten	2,0 %	-2,5 %	0,6 %	
Konsumgüterproduzenten	2,6 %	110,8 %	80,0 %	
Chemie	-0,6 %	-6,7 %	0,1 %	
Fahrzeugbau	5,7 %	8,6 %	2,2 %	
Maschinenbau	0,6 %	-10,5 %	-0,6 %	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	5,1 %	11,8 %	9,2 %	
Inland	0,4 %	-2,2 %	3,5 %	
Ausland	8,2 %	21,1 %	12,6 %	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-2,3 %	-6,9 %	1,0 %	
Investitionsgüterproduzenten	11,5 %	9,9 %	5,6 %	
Konsumgüterproduzenten	9,2 %	81,1 %	46,4 %	
Chemie	-4,1 %	-10,4 %	-0,1 %	
Fahrzeugbau	17,0 %	24,0 %	11,6 %	
Maschinenbau	5,3 %	-3,9 %	-2,3 %	

¹ Preis- kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte – ² Einschließlich Energie

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Die Ausbringung der rheinland-pfälzischen Industrie lag im September 2018 deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats (+23 Prozent). Der Grund dafür ist eine starke Outputsteigerung in der Konsumgüterindustrie, die allerdings mit einem Sondereffekt in einem Teilbereich der Konsumgüterproduktion zusammenhängt. In den beiden anderen Hauptgruppen war der Güterausstoß rückläufig. Von den drei umsatzstärksten Industriebranchen verbuchte lediglich die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie einen Anstieg der Produktion.

Auftragseingänge der Industrie im September deutlich gestiegen

Im September 2018 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie deutlich gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex 5,1 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Dies ist auf die günstige Entwicklung des Auslandsgeschäfts zurückzuführen (+8,2 Prozent); die Bestellungen aus

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



dem Inland erhöhten sich nur leicht (+0,4 Prozent).

Das Ordervolumen stieg in zwei der drei industriellen Hauptgruppen. Die Nachfrage nach Investitionsgütern legte kräftig um 11,5 Prozent zu. In der Konsumgüterindustrie gingen ebenfalls deutlich mehr Bestellungen ein als im Vormonat (+9,2 Prozent). Die Hersteller von Vorleistungsgütern mussten hingegen einen Rückgang der bereinigten Auftragseingänge hinnehmen (-2,3 Prozent).

Zwei der drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes konnten im September von einer Nachfragesteigerung profitieren. Zwar sank das Ordervolumen in der Chemischen Industrie um 4,1 Prozent. Dafür verzeichneten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen einen kräftigen Anstieg der Auftragseingänge (+17 Prozent). Im Maschinenbau lagen die Bestellungen ebenfalls über dem Niveau des Vormonats (+5,3 Prozent).

Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es deutliche Zuwächse. Die bereinigten Auftragseingänge waren im September 2018 zwölf Prozent höher als ein Jahr zuvor. Dieser Anstieg ist auf eine erhöhte Nachfrage aus dem Ausland zurückzuführen; das Ordervolumen aus dem Inland war rückläufig. Während die Bestellungen in der Investitions- und in der Konsumgüterindustrie zunahmen, musste die Vorleistungsgüterindustrie Einbußen hinnehmen. In zwei der drei umsatzstärksten Branchen – in der Chemischen Industrie sowie im Maschinen-

bau – gingen weniger Aufträge ein als ein Jahr zuvor. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verbuchten hingegen einen kräftigen Zuwachs.

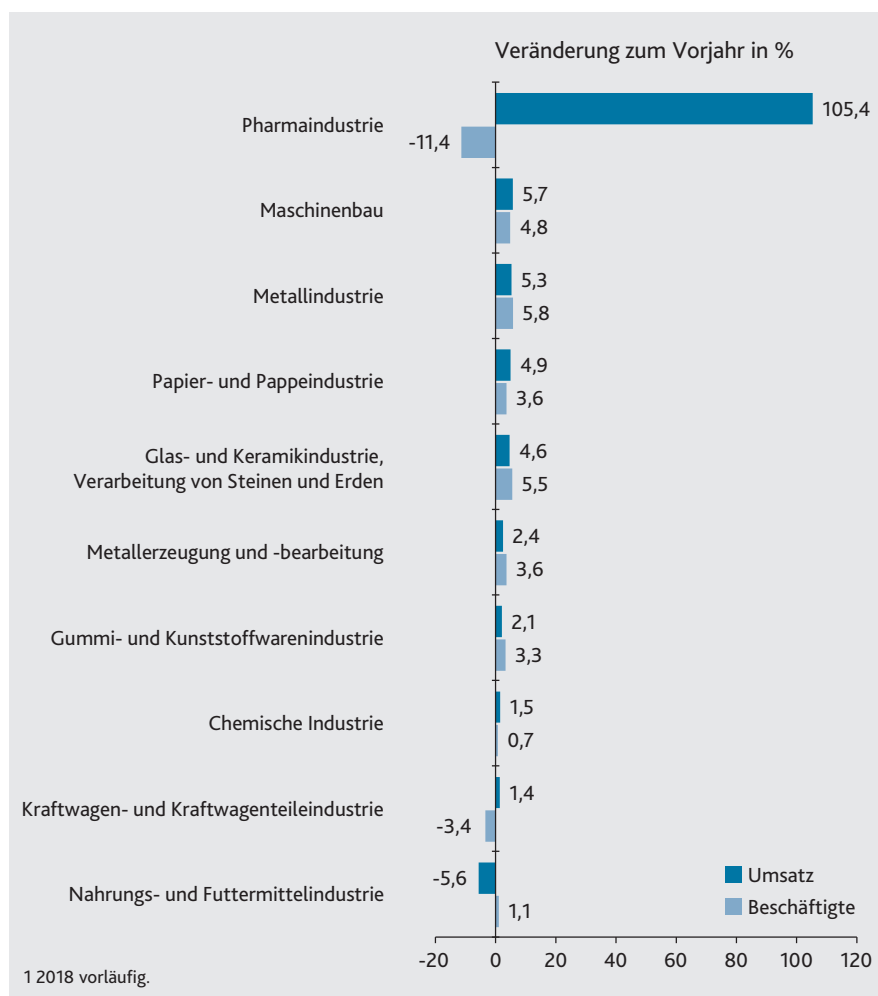
Industrie mit deutlichem Umsatz- und Beschäftigungsplus

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie sind kräftig gestiegen. Die Industriebetriebe erwirtschafteten von Januar bis September 2018 Erlöse in Höhe von 76,3 Milliarden Euro; das waren acht Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Der Inlandsumsatz stieg um 2,8 Prozent und der Auslandsumsatz lag mit +12 Prozent deutlich höher als ein Jahr zuvor. Auf das Auslandsgeschäft entfielen in dem Zeitraum von Januar bis September 58,2 Prozent der Erlöse. Die rheinland-pfälzische Exportquote lag damit 2,1 Prozentpunkte über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

In den Industriebetrieben waren von Januar bis September 2018 im Durchschnitt 260 000 Personen tätig. Die Beschäftigtenzahl stieg gegenüber

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis September 2018¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Sep. 2018		Jan. bis Sep. 2018
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Aug. 2018	Sep. 2017	Jan. bis Sep. 2017
Auftragseingang	8,5 %	23,4 %	9,8 %
Hochbau insgesamt	9,1 %	18,9 %	7,3 %
Wohnungsbau	17,9 %	-4,3 %	-4,7 %
gewerblicher Hochbau	-15,2 %	11,6 %	9,2 %
öffentlicher Hochbau	86,9 %	124,6 %	23,5 %
Tiefbau insgesamt	7,9 %	27,5 %	12,2 %
gewerblicher Tiefbau	-0,8 %	27,9 %	-10,2 %
Straßenbau	27,3 %	43,1 %	17,1 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-11,7 %	6,1 %	25,1 %
Baugewerblicher Umsatz	1,6 %	11,0 %	7,4 %
Hochbau insgesamt	4,9 %	10,2 %	6,6 %
Wohnungsbau	4,7 %	13,6 %	7,4 %
gewerblicher Hochbau	4,5 %	11,2 %	2,4 %
öffentlicher Hochbau	6,8 %	1,7 %	16,3 %
Tiefbau insgesamt	-1,5 %	11,7 %	8,1 %
gewerblicher Tiefbau	-7,4 %	-2,8 %	11,5 %
Straßenbau	-1,6 %	17,3 %	8,9 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	4,0 %	15,0 %	3,6 %

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

dem Vorjahreszeitraum um zwei Prozent. Es wurden rund 297 Millionen Arbeitsstunden geleistet, was ein Plus von 0,9 Prozent bedeutet.

In neun der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Erlöse von Januar bis September 2018 über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchte die Pharmaindustrie (+105 Prozent) aufgrund hoher Nachfrage bei einzelnen Produkten. Dahinter folgten mit weitem Abstand der Maschinenbau und die Hersteller von Metallerzeugnissen (+5,7 bzw. +5,3 Prozent). Nur die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln mussten Erlösrückgänge hinnehmen (-5,6 Prozent).

In acht der zehn umsatzstärksten Branchen waren in den ersten acht Monaten 2018 mehr Personen tätig als ein Jahr zuvor. Die größten Steigerungen verzeichneten die Hersteller von Metallerzeugnissen (+5,8 Prozent). In der Pharmaindustrie und bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilten war die Beschäftigung rückläufig (-11 bzw. -3,4 Prozent).

Mehr Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im September 2018 mehr Aufträge und höhere Umsätze als im August. Die Auftrags- und Umsatzeingänge lagen – kalender- und saisonbereinigt – um 8,5 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Der

baugewerbliche Umsatz verbesserte sich um 1,6 Prozent. Gegenüber den ersten drei Quartalen 2017 nahm das Ordervolumen 9,8 Prozent zu, der Umsatz stieg um 7,4 Prozent.

Im September 2018 erhöhten sich die bereinigten Auftragseingänge sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau deutlich (+9,1 bzw. +7,9 Prozent). Für den öffentlichen Hochbau errechnet sich ein sprunghafter Anstieg (87 Prozent). Aber auch der Straßenbau sowie der Wohnungsbau verzeichneten kräftige Zuwächse (+27 bzw. +18 Prozent). Dagegen mussten der gewerbliche Hochbau sowie der sonstige öffentliche Tiefbau deutliche Einbußen verkraften (-15 bzw. -12 Prozent). Gegenüber den ersten drei Quartalen 2017 wurde sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau eine höhere Nachfrage registriert (+12 bzw. +7,3 Prozent).

Die bereinigten Erlöse im Hochbau stiegen im September 2018 um 4,9 Prozent. Für den Tiefbau errechnet sich dagegen ein niedrigerer Umsatz als im Vormonat (-1,5 Prozent). Den höchsten Zuwachs verzeichnete der öffentliche Hochbau (+6,8 Prozent). Im Wohnungsbau, im gewerblichen Hochbau sowie im sonstigen öffentlichen Tiefbau wurden ebenfalls überdurchschnittliche Steigerungen registriert. Zu Umsatzrückgängen kam es im gewerblichen Tiefbau sowie im Straßenbau (-7,4 bzw. -1,6 Prozent). Gegenüber den ersten drei Quartalen 2017 erhöhten sich die baugewerblichen

Umsätze sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau (+8,1 bzw. +6,6 Prozent).

In den ersten drei Quartalen deutliches Plus bei Aus- und Einfuhren

Der rheinland-pfälzische Außenhandel ist in den ersten neun Monaten 2018 deutlich gewachsen. Nach vorläufigen Angaben wurden von Januar bis September Waren im Wert von 46,5 Milliarden Euro exportiert, was eine Zunahme um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet (Deutschland: +3,5 Prozent). Der Wert der Importe erhöhte sich um 19 Prozent auf 35,6 Milliarden Euro (Deutschland +6 Prozent).

Ein großer Teil des Exportwachstums geht auf den Handel mit den Ländern der Eurozone zurück. In die Euroländer wurden von Januar bis September 2018 Waren im Wert von 22,3 Milliarden Euro geliefert, was einen Anstieg um 26,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum

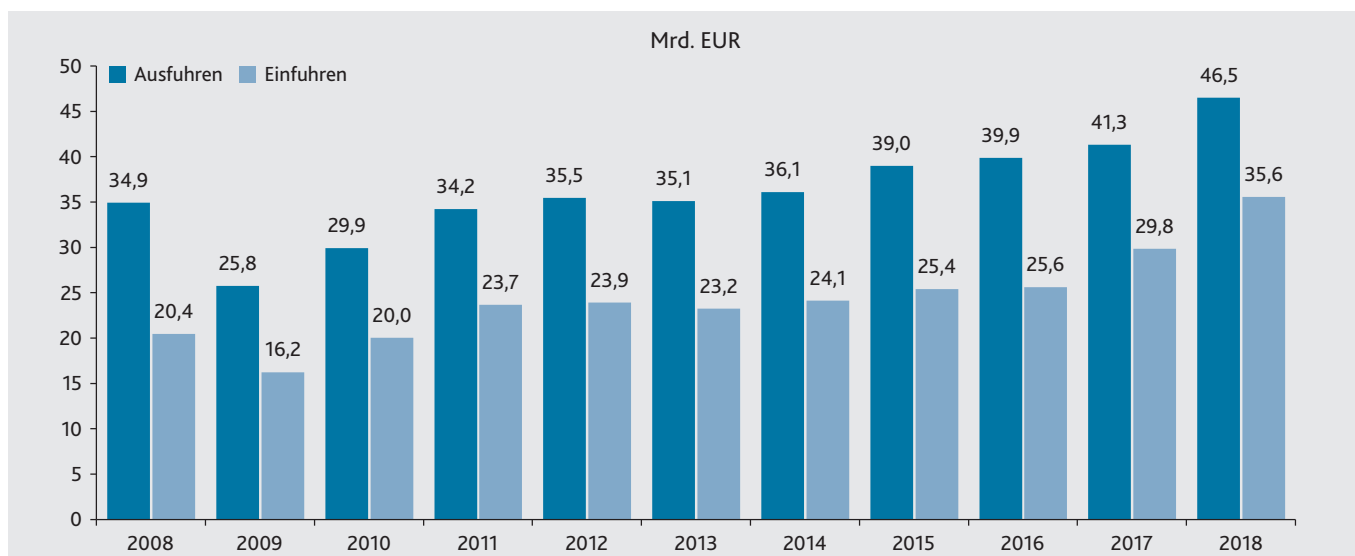
bedeutet. In die meisten Länder der Eurozone wurde mehr exportiert als in den ersten neun Monaten 2017. Die Ausfuhren in die EU-Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, verringerten sich dagegen leicht um 0,5 Prozent auf acht Milliarden Euro. Dieses Minus ist unter anderem auf Rückgänge bei den Exporten in die Tschechische Republik (–14 Prozent) und in das Vereinigte Königreich (–2 Prozent) zurückzuführen. Insgesamt stiegen die Ausfuhren in die EU-Länder um 18 Prozent auf 30,3 Milliarden Euro. In europäische Länder außerhalb der EU wurden Waren im Wert von 3,2 Milliarden Euro geliefert; das waren 1,5 Prozent mehr als in den ersten neun Monaten 2017.

Der Wert der auf den amerikanischen Kontinent exportierten Waren erhöhte sich um 9,8 Prozent auf 5,8 Milliarden Euro. Dazu trugen unter anderem die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten bei, die

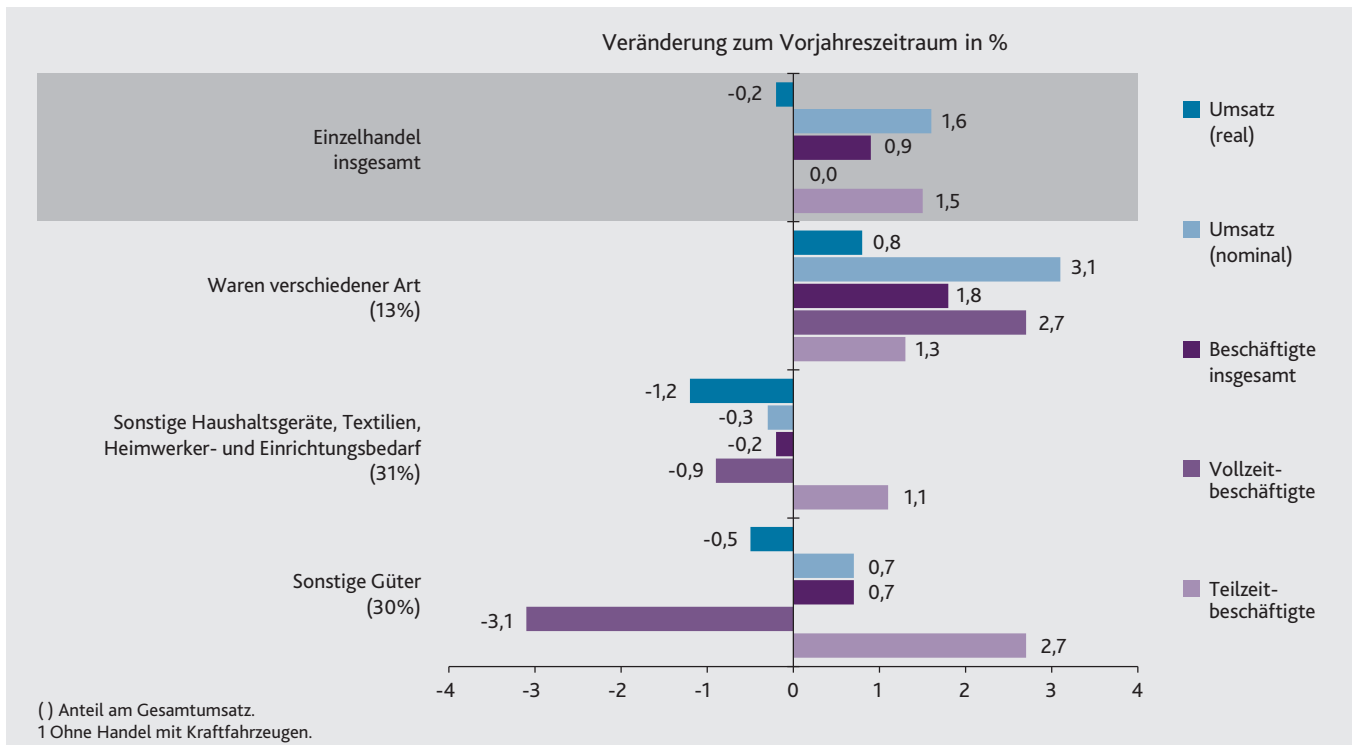
zwölf Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums lagen. Rückläufig waren die Ausfuhren nach Asien. Sie nahmen um 0,9 Prozent auf 5,7 Milliarden Euro ab. Während sich die Geschäfte mit China, dem wichtigsten Handelspartner in der Region, günstig entwickelten, waren die Exporte nach Japan, dem zweitwichtigsten Abnehmerland in Asien, rückläufig. Die Lieferungen nach Afrika sowie nach Australien und Ozeanien stiegen ebenfalls an.

Die Einfuhren aus den Euroländern legten deutlich zu (+33 Prozent). Sie stiegen stärker als die Importe aus den EU-Ländern, die nicht der Eurozone angehören (+4,8 Prozent). Insgesamt wurden aus den Mitgliedstaaten der EU von Januar bis September 2018 Waren im Wert von 24,8 Milliarden Euro importiert, was eine Steigerung um 26 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet. Die Einfuhren aus den europäischen

Ausfuhren und Einfuhren von Januar bis September 2008–2018



Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel¹ von Januar bis September 2018 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Staaten außerhalb der EU erhöht sich um sieben Prozent auf 2,2 Milliarden Euro. Der Wert der aus Amerika importierten Waren stieg um 9,9 Prozent auf 2,7 Milliarden Euro, was in erster Linie auf eine starke Zunahme der Einfuhren aus den USA zurückzuführen ist. Im Handel mit Asien legten die Importe um 5,9 Prozent auf 5,3 Milliarden Euro zu. Hierbei standen einem kräftigen Einfuhrplus aus China, Singapur und Japan Rückgänge bei den Importen aus anderen Ländern der Region gegenüber. Die Importe aus Afrika sowie aus Australien und Ozeanien waren rückläufig (-10 bzw. -3 Prozent).

In das Vereinigte Königreich, das unter den rheinland-pfälzischen Ausfuhrländern mit einem Anteil

von 5,6 Prozent Platz fünf belegt, wurden Waren im Wert von 2,6 Milliarden Euro geliefert. Das waren zwei Prozent weniger als von Januar bis September 2017. Ein Viertel der Ausfuhren (657 Millionen Euro; -4,1 Prozent) umfasst Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile. Bei den Einfuhren (1,1 Milliarden Euro; +7 Prozent) liegt Großbritannien im Ländervergleich auf Platz zehn. Zu den wichtigsten Einfuhrgütern zählen Chemische Erzeugnisse (353 Millionen Euro; +34 Prozent).

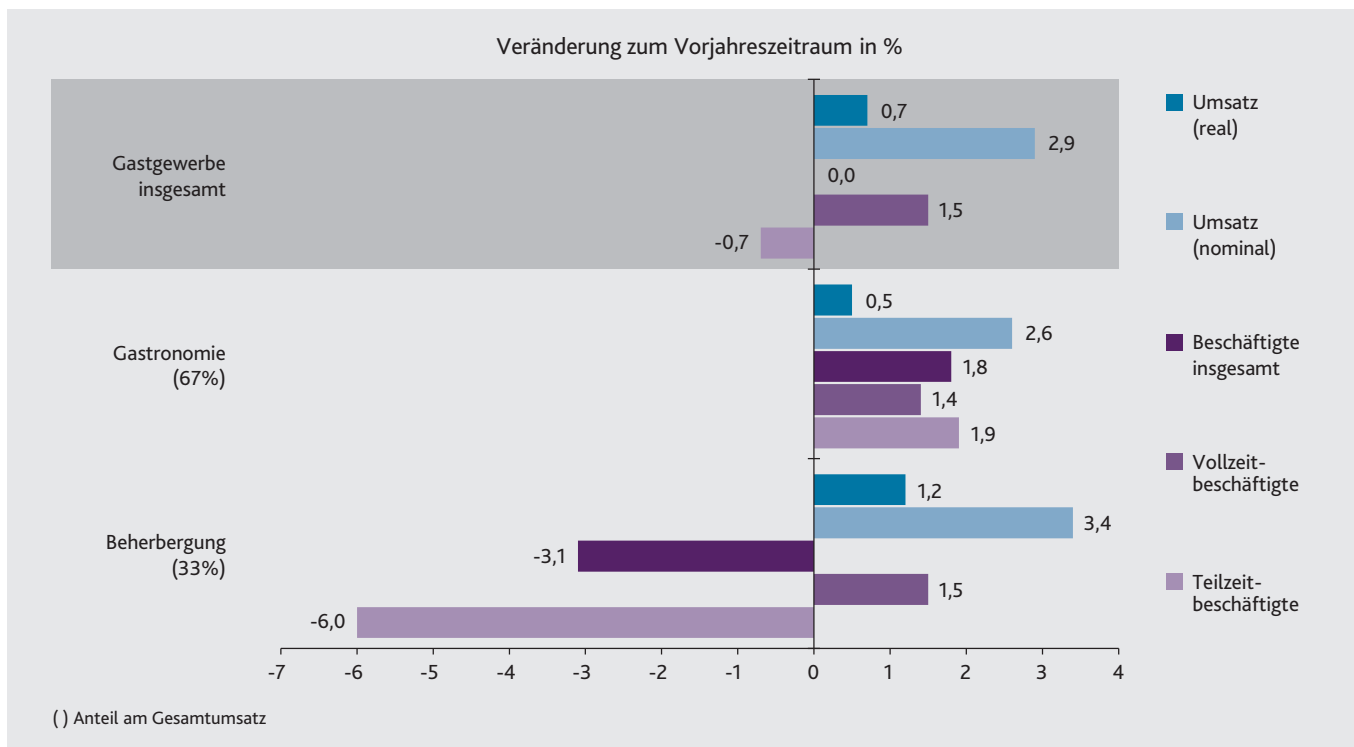
Bis September leichtes Umsatzminus im Einzelhandel

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel setzte von Januar bis September 2018 etwas weniger um als im Vorjahres-

zeitraum. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 0,2 Prozent niedriger als von Januar bis September 2017. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, stiegen die Erlöse um 1,6 Prozent an. Deutschlandweit legten die Einzelhandelsumsätze preisbereinigt um ein Prozent zu (nominal: +2,7 Prozent).

Die Umsatzentwicklung verlief in den verschiedenen Bereichen des Einzelhandels uneinheitlich. Im umsatzstärksten Bereich, dem „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ verringerten sich die Erlöse real um 1,2 Prozent. Der zweitstärkste Bereich ist der „Einzelhandel mit sonstigen Gütern“, zu denen

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe von Januar bis September 2018



Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen. In diesem Handelssegment lagen die preisbereinigten Umsätze in den ersten neun Monaten 2018 um 0,5 Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Dagegen stiegen die Umsätze im „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören um 0,8 Prozent. Der Handel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren setzte real 4,3 Prozent mehr um als ein Jahr zuvor. Im Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik waren die Umsätze von Januar bis September 2018 preisbereinigt um 0,8 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag in den ersten neun Monaten 2018 um 0,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Während die Zahl der Teilzeitkräfte 1,5 Prozent zunahm, blieb die Zahl der Vollzeitbeschäftigten unverändert.

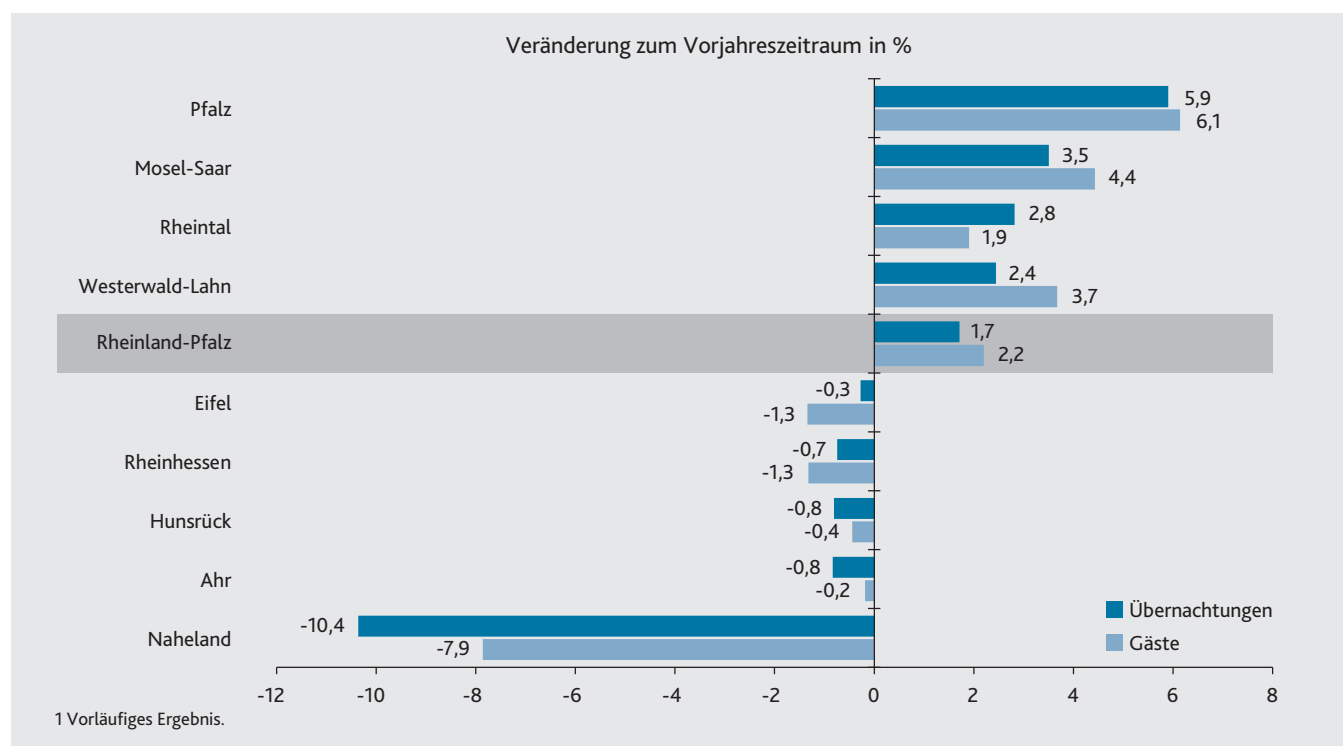
Leichte reale Umsatzsteigerung im Gastgewerbe

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe setzte von Januar bis September 2018 mehr um als im Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 0,7 Prozent höher als in der Zeit von Januar bis September 2017. Nominal bzw. in jeweiligen Preisen stiegen die Erlöse um 2,9 Prozent.

Deutschlandweit nahmen die Gastgewerbeumsätze preisbereinigt um ein Prozent und in jeweiligen Preisen um 3,1 Prozent zu.

In der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, waren die Erlöse von Januar bis September 2018 real um 0,5 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Die speisengeprägte Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, verzeichnete preisbereinigt eine Erlössteigerung von 1,5 Prozent. Die Umsätze der Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen waren mit einem Minus von 0,3 Prozent leicht rückläufig. Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe, das ein Drittel der Umsätze des Gastgewerbes

Gäste und Übernachtungen von Januar bis September 2018¹ nach Tourismusregionen



erwirtschaftet, fielen die preisbereinigten Erlöse mit +1,2 Prozent höher aus als in den ersten neun Monaten 2017.

Insgesamt war die Beschäftigtenzahl im Gastgewerbe von Januar bis September 2018 unverändert. Während die Zahl der Vollzeitkräfte jedoch um 1,5 Prozent zunahm, ging die Zahl der Teilzeitkräfte um 0,7 Prozent zurück.

Tourismus mit Gäste- und Übernachtungsplus

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten von Januar bis September 2018 einen Anstieg der Gäste- und Übernachtungszahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Es übernachteten 7,77 Millionen Gäste im Land, das waren 2,2 Prozent

mehr als in der Zeit von Januar bis September 2017. Die Übernachtungen stiegen ebenfalls, und zwar um 1,7 Prozent auf 20,12 Millionen.

In vier der neun Tourismusregionen nahmen die Gäste- und Übernachtungszahlen zu, wobei die beiden Gebiete mit dem höchsten Gäste- und Übernachtungsaufkommen auch die größten Zuwächse verzeichneten. In der Pfalz stieg die Zahl der Gäste um 6,1, die Zahl der Übernachtungen um 5,9 Prozent. An Mosel und Saar betrugen die Zuwächse bei den Gästen 4,4 und bei den Übernachtungen 3,5 Prozent. Das Rheintal und die Region Westerwald-Lahn verbuchten ebenfalls höhere Werte als im Vorjahr. In den übrigen Regionen des Landes war das Tourismusaufkom-

men niedriger als in den ersten neun Monaten des Vorjahres. Im Naheland gingen die Werte deutlich zurück.

Sieben der elf touristischen Betriebsarten konnten von Übernachtungszuwächsen profitieren, wobei die Hotels garnis mit einem Zuwachs von 8,4 Prozent vorne lagen. Dahinter folgten Camping- und Reisemobilplätze mit einem Übernachtungsplus von 6,8 Prozent. Eine negative Bilanz wiesen hingegen Ferienzentren, Gasthöfe, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie Privatquartiere auf. Beim Gästeaufkommen verbuchten ebenfalls sieben der elf Betriebsarten Zuwächse gegenüber Januar bis September 2017. Mit einem Plus von 7,8 Prozent lagen hier die Camping-

und Reisemobilplätze vor den Hotels garnis (+7,2 Prozent).

In den ersten neun Monaten besuchten 6,07 Millionen Gäste aus dem Inland Rheinland-Pfalz (+2,3 Prozent). Die Zahl ihrer Übernachtungen stieg um zwei Prozent und belief sich auf 15,33 Millionen. Aus dem Ausland kamen 1,70 Millionen Besucherinnen und Besucher (+1,7 Prozent), die 4,79 Millionen Übernachtungen buchten (+0,8 Prozent).

Auf über 64 200 Hektar Rebfläche wachsen Keltertrauben

Rheinland-Pfalz verfügt nach einer vorläufigen Auswertung der Weinbaukartei aktuell über eine bestockte Rebfläche zur Keltertraubenproduktion von 64 242 Hektar. Die Anbaufläche nahm gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 68 Hektar zu. Die Fläche für Weißweine beträgt 46 009 Hektar (+0,5 Prozent) und

die mit roten Rebsorten bestockte Fläche 18 233 Hektar (–0,9 Prozent). Damit setzte sich der Trend fort, dass die Winzerinnen und Winzer wieder auf weiße Rebsorten setzen.

Rheinland-Pfalz ist zwar für seine Rieslinge bekannt; aber zunehmend gewinnen weiße Rebsorten aus der Burgunderfamilie an Bedeutung. Die weißen Burgundersorten wachsen inzwischen auf 9 240 Hektar bzw. 14 Prozent der bestockten Rebflächen. Die größte Bedeutung innerhalb der Burgunderfamilie hat, gemessen an der Fläche, der Ruländer oder Grauburgunder. Er verzeichnete zugleich mit +224 Hektar den größten Flächenzuwachs im Vergleich zum Vorjahr. Die Anbaufläche wurde auf 4 064 Hektar ausgeweitet. Die Flächenzuwächse beim Weißburgunder und Chardonnay betrugen +130 bzw. +61 Hektar. Weißburgunder wächst jetzt auf 3 356 und Chardonnay auf

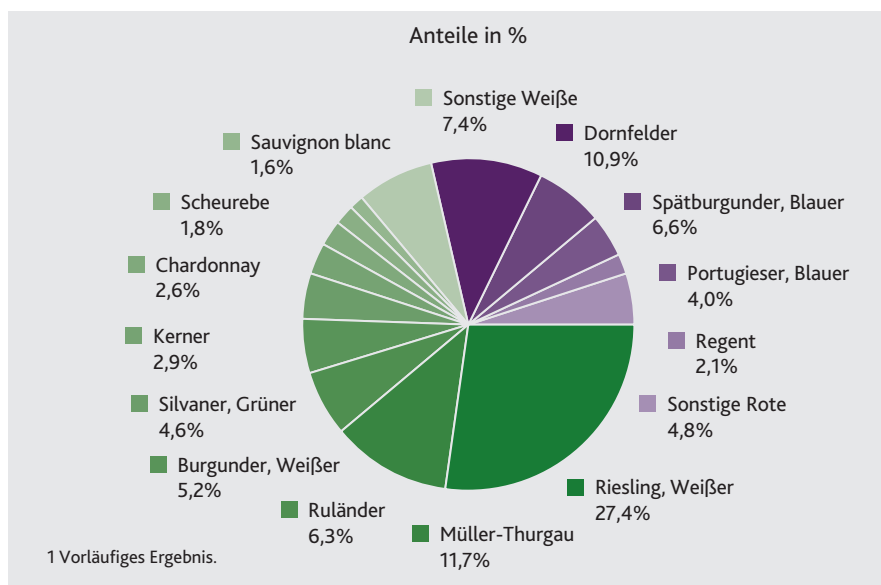
1 674 Hektar. Zur weißen Burgunderfamilie gehört noch der Auxerrois (147 Hektar). Eine größere Flächenausdehnung erfuhr Sauvignon blanc mit +176 auf jetzt 1 030 Hektar.

Die größte Anbaufläche hat nach wie vor Riesling. Mehr als ein Viertel der bestockten Rebflächen (17 611 Hektar) sind mit dieser Sorte bepflanzt. Das stellt einen neuen Höchststand dar. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Fläche um 142 Hektar zu. An Fläche im Weißweinsegment verloren vor allen Müller-Thurgau (–256 auf 7 540 Hektar), Kerner (–119 auf 1 862 Hektar) und Silvaner (–113 auf 2 955 Hektar).

Im roten Segment wiesen nur wenige Sorten einen Flächenzuwachs auf. Mit einem Plus von 25 auf 551 Hektar war beim Merlot die größte Zunahme zu verzeichnen. Spätburgunder (4 248 Hektar) gewann 16 Hektar hinzu. Bezogen auf die Fläche verloren insbesondere Portugieser (–142 Hektar), Dornfelder (–46 Hektar) und Regent (–21 Hektar). Portugieser kommt noch auf ein Anbauareal von 2 559 Hektar. Die Anbauareale von Dornfelder und Regent betragen 7 011 bzw. 1 342 Hektar.

Die sechs Weinanbaugebiete des Landes weisen unterschiedliche Größen und Rebsortenspiegel auf. Die bestockte Rebfläche Rheinhessens, dem größten Anbaugebiet Deutschlands, nahm um 128 Hektar auf 26 745 Hektar zu. Die wichtigsten Rebsorten sind dort Riesling (4 735 Hektar) und Müller-Thurgau (4 188 Hektar) vor

Bestockte Rebfläche für Keltertrauben 2018¹ nach Rebsorten



Dornfelder mit 3 373 Hektar. Die Pfalz (23 552 Hektar; –100 Hektar) verfügt mit 5 863 Hektar über das größte Rieslinganbauareal, gefolgt von Dornfelder (2 902 Hektar), Müller-Thurgau (1 875 Hektar) und Ruländer (1 716 Hektar) sowie dem Spätburgunder (1 683 Hektar). Im rheinland-pfälzischen Teil des Anbaubereichs Mosel dominiert der Riesling (5 423 Hektar). Er wächst auf 63 Prozent der bestockten Rebfläche von 8 655 Hektar (+9 Hektar). Das Weinanbaugebiet Nahe gehört mit 4 240 Hektar zu den mittelgroßen Anbaubereichen. Die führenden Rebsorten sind Riesling (1 220 Hektar), Müller-Thurgau (522 Hektar) und Dornfelder (419 Hektar). Die Weinbauregion Ahr ist bekannt für ihre Rotweine. Auf 83 Prozent der Anbaufläche von 563 Hektar wachsen rote Rebsorten. Anggeführt wird das Sortiment vom Spätburgunder (369 Hektar). Am Mittelrhein (450 Hektar) dominiert, wie an der Mosel, der Riesling den Anbau. Sein Anteil beläuft sich dort auf 67 Prozent.

Mit dem Inkrafttreten des neuen EU-Genemigungssystems für Rebplantagen zum 1. Januar 2016 ist ein kommerzieller Weinanbau im gesamten Bundesgebiet zulässig. Der Anbau von Rebflächen zur Weinerzeugung ist somit in Deutschland nicht mehr auf die 13 Weinanbaugebiete begrenzt. Der Umfang dieser Rebflächen beträgt derzeit in Rheinland-Pfalz rund 36 Hektar.

Rund 89 Millionen Euro für Jugend- und Jugendsozialarbeit

Im Jahr 2017 gaben die Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz über 89 Millionen Euro für die Jugend- und Jugendsozialarbeit aus. Dies waren rund drei Millionen Euro bzw. 3,6 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Im Zehnjahresvergleich stiegen die Ausgaben in diesem Bereich um gut 40 Prozent.

Rund 75,8 Millionen Euro bzw. 85 Prozent brachten die Kommunen auf; weitere 13,6 Millionen Euro (15 Prozent) steuerten das für Jugend zuständige Landesministerium und das Landesjugendamt als überörtliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe bei.

Je jungem Menschen – nach dem Sozialgesetzbuch sind dies alle unter 27-Jährigen – wurden im vergangenen Jahr im Schnitt 83 Euro für Maßnahmen der Jugend- und Jugendsozialarbeit aufgewendet. Im Jahr 2007 lag dieser Wert bei 55 Euro. Das Wachstum der Pro-Kopf-Ausgaben ist einerseits auf die Steigerung der Mittel für Jugend- und Jugendsozialarbeit zurückzuführen. Andererseits tragen demografische Effekte zu dieser Entwicklung bei: Die Bevölkerung unter 27 Jahren ist in der zurückliegenden Dekade um sechs Prozent geschrumpft.

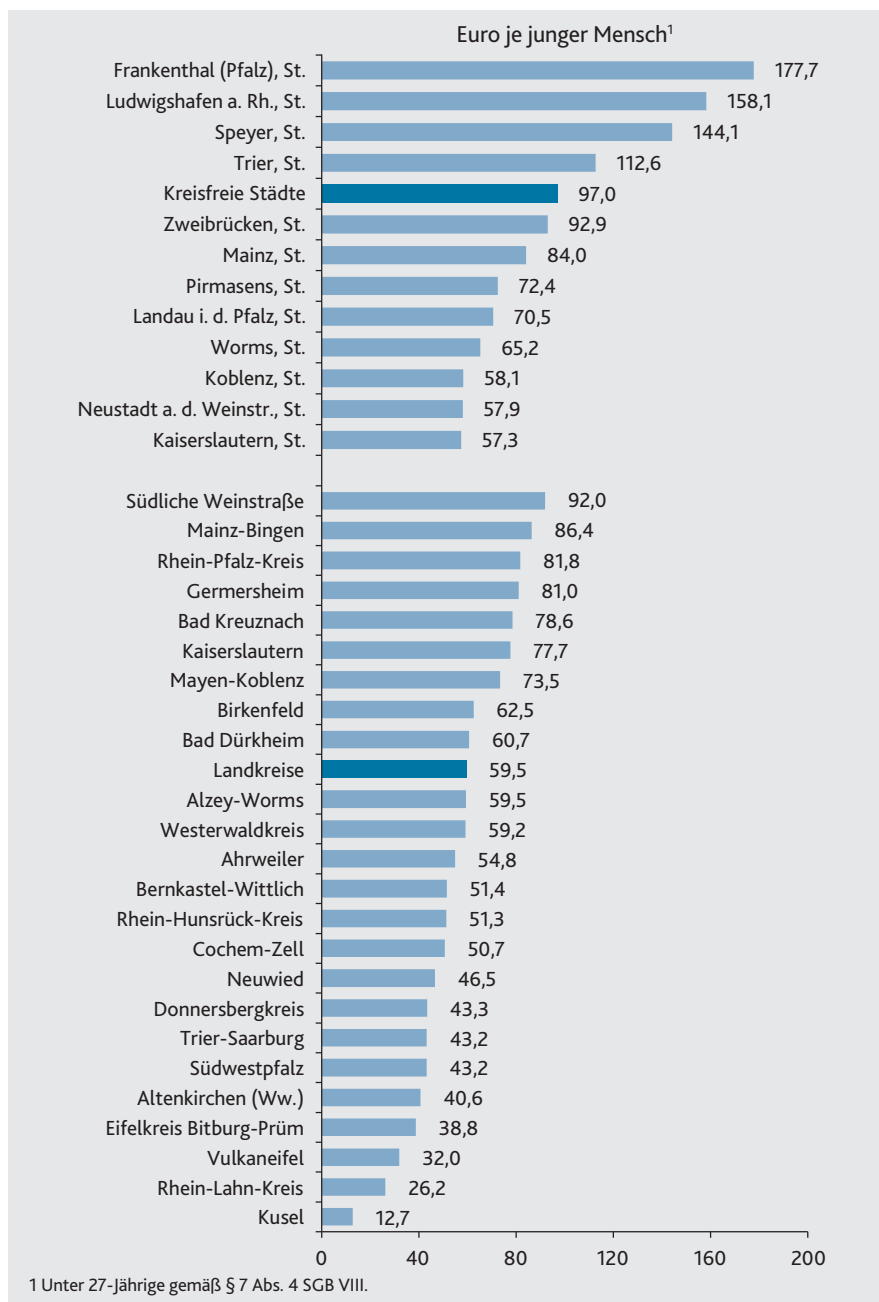
Auf Maßnahmen der Jugendarbeit entfielen 2017 über 63,6 Millionen Euro; ein Plus von vier Prozent gegenüber dem Vorjahr und ein Anstieg um 25 Prozent im Zehnjahresvergleich.

Die Kommunen wendeten hierfür rund 55,9 Millionen Euro (88 Prozent) auf; der Beitrag der überörtlichen Träger lag bei etwa 7,8 Mio. Euro (zwölf Prozent). Im Wesentlichen umfassen Ausgaben für Jugendarbeit Freizeitangebote, Jugendbildung, -beratung und -information sowie die Aus- und Weiterbildung der in der Jugendarbeit Tätigen.

Für Maßnahmen der Jugendsozialarbeit fielen bei den örtlichen und überörtlichen Trägern im vergangenen Jahr Ausgaben in Höhe von 25,7 Millionen Euro an. Dies waren rund 700 Millionen Euro bzw. 2,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Im Zehnjahresvergleich haben sich die finanziellen Mittel nahezu verdoppelt. Ziel der Jugendsozialarbeit ist es, junge Menschen durch gezielte sozialpädagogische, therapeutische und sonstige Dienste sowie Beratungen in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung zu fördern und sie bei der Eingliederung in die Arbeitswelt und bei der sozialen Integration zu unterstützen. Überörtliche Träger – hier insbesondere das für Jugend zuständige Landesministerium – finanzierten rund 5,8 Millionen Euro (23 Prozent); örtliche Träger engagierten sich mit insgesamt 19,9 Millionen Euro (77 Prozent).

Jugend- und Jugendsozialarbeit wird von den örtlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in regional sehr unterschiedlichem Umfang betrieben. Bezogen auf die jeweilige Bevölkerung im Alter von unter 27 Jahren lagen die Pro-Kopf-Ausgaben im

Ausgaben örtlicher Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe für Jugend- und Jugendsozialarbeit 2017 nach Verwaltungsbezirken



vergangenen Jahr in den kreisfreien Städten mit 97 Euro deutlich höher als in den Landkreisen (60 Euro). Die Spannweite der Pro-Kopf-Ausgaben in den kreisfreien Städten reichte von 57 Euro in Kaiserslautern bis zu 178 Euro in Frankenthal. Der Land-

kreis Südliche Weinstraße wendete unter den Landkreisen relativ betrachtet am meisten Mittel für Maßnahmen der Jugend- und Jugendsozialarbeit auf. Die Ausgaben lagen hier bei 92 Euro je jungem Menschen. Die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben

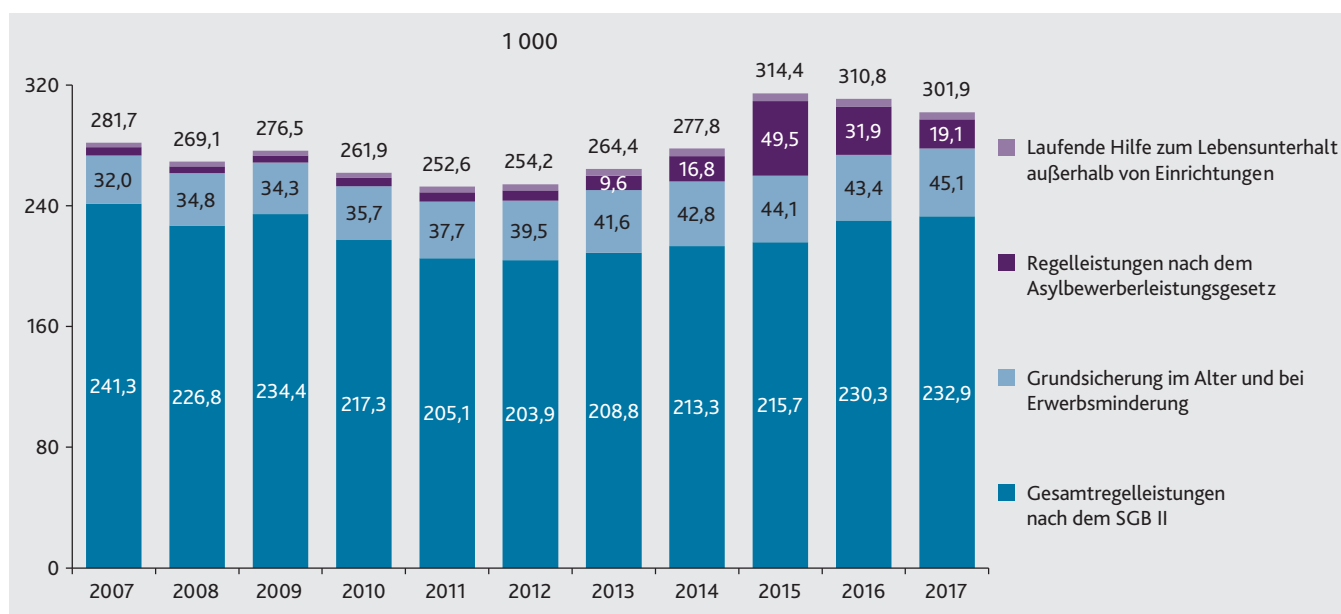
fielen mit 13 Euro im Landkreis Kusel an. Die Aussagekraft dieser Regionalergebnisse wird allerdings dadurch eingeschränkt, dass in der Statistik keine wohnortbezogenen Informationen über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Maßnahmen der Jugend- und Jugendsozialarbeit vorliegen. Bei der Bezugnahme auf die jeweilige Wohnbevölkerung auf Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise bleibt unberücksichtigt, dass Angebote örtlicher Träger auch von jungen Menschen in Anspruch genommen werden, die außerhalb des Zuständigkeitsbereiches des jeweiligen Trägers wohnen.

Weniger Empfängerinnen und Empfänger sozialer Mindestsicherungsleistungen

Ende 2017 waren in Rheinland-Pfalz rund 301 900 Menschen zur Sicherung ihres grundlegenden Lebensunterhaltes auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Damit erhielten 7,4 Prozent der Bevölkerung Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Unter den Bundesländern wies Rheinland-Pfalz nach Bayern (4,9 Prozent) und Baden-Württemberg (5,6 Prozent) die drittniedrigste Quote auf. Deutschlandweit waren 9,2 Prozent der Bevölkerung auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen.

Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger in Rheinland-Pfalz ist gegenüber dem Vorjahr um knapp 8 900 Personen bzw. 2,9 Prozent gesunken. Der Rückgang geht im Wesentlichen auf niedrigere Zahlen bei den Regelleistungen nach

Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung 2007–2017



dem Asylbewerberleistungsgesetz zurück; dagegen vergrößerten sich die Bezugskreise von Gesamtregelungen nach dem SGB II (Hartz-IV-Leistungen) sowie von Leistungen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Der weitaus größte Teil der Menschen, die ihren Lebensunterhalt aufgrund von Arbeitslosigkeit oder zu geringem Einkommen nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, erhielt den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zufolge Gesamtregelungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II (Hartz-IV-Leistungen). In Rheinland-Pfalz betraf dies Ende 2017 rund 232 900 Empfängerinnen und Empfänger; davon knapp 165 200 Erwerbsfähige mit Bezug von Arbeitslosengeld II sowie gut 67 700 nicht erwerbsfähige Familienangehörige, denen das so genannte

Sozialgeld gezahlt wurde. Gegenüber 2016 erhöhte sich die Gesamtzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II um rund 2 600 Personen bzw. 1,1 Prozent. Damit setzt sich der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Trend steigender Empfängerzahlen weiter fort. Seit Beginn der Flüchtlingskrise kann die Zunahme unter anderem auf anerkannte Asylbewerberinnen und -bewerber zurückgeführt werden, die nach ihrer Anerkennung vom Rechtskreis des Asylbewerberleistungsgesetzes ins SGB II wechseln.

Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist – wie schon 2016 – stark rückläufig. Am Jahresende 2017 erhielten rund 19 100 Frauen und Männer entsprechende Unterstützungen, das waren 12 800 Personen bzw. 40 Prozent

weniger als 2016. Die Gründe für den starken Rückgang sind eine sinkende Anzahl einreisender Asylsuchender sowie der fortschreitende Abschluss bestehender Asylverfahren, der zum Wegfall der Leistungsberechtigung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz führt.

Rund 45 100 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erhielten Ende 2017 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII. Von ihnen hatten gut 22 000 die Regelaltersgrenze erreicht, nahezu 23 100 Empfängerinnen und Empfänger waren Erwachsene unterhalb des Rentenalters und bezogen die Leistungen wegen dauerhaft voller Erwerbsminderung. Insgesamt ist die Zahl der Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB XII gegenüber 2016

um 1 700 Personen oder 3,9 Prozent gestiegen.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen hat seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV-Reform“) an Bedeutung verloren. Sie wird seit dem 1. Januar 2005 nur noch an nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige gezahlt, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören zum Beispiel vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruhestandsrentnerinnen und -rentner mit niedriger Rente. In Rheinland-Pfalz waren dies Ende des Jahres 2017 knapp 4 800 Personen; rund 350 bzw. 6,8 Prozent weniger als im Vorjahr.

Studierendenzahl leicht gestiegen

Im Wintersemester 2018/19 studierten rund 123 800 junge Menschen an einer der 22 rheinland-pfälzischen Hochschulen. Dies waren nach

vorläufigen Berechnungen knapp 800 Studierende mehr als im Vorjahr (+0,6 Prozent). Im Zehnjahresvergleich nahm die Studierendenzahl um 16 700 Personen bzw. 16 Prozent zu. Dabei stieg die Zahl der Studentinnen (+18 Prozent) stärker als die der Studenten (+13 Prozent).

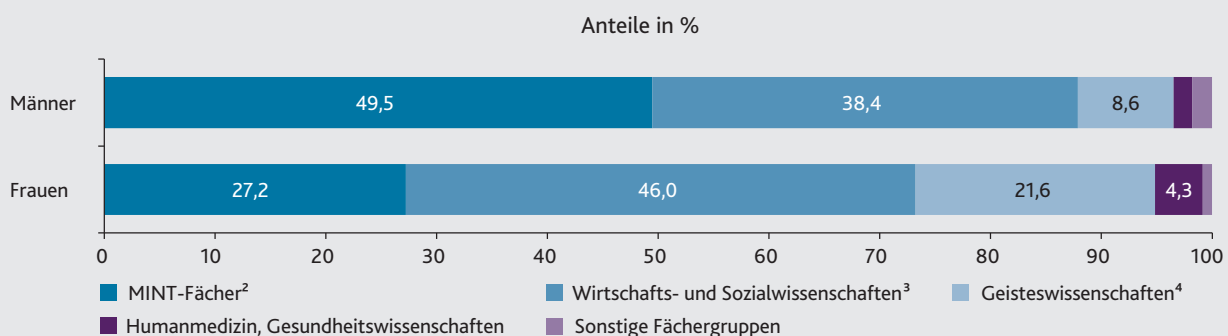
Die Zahl der Neuimmatrikulierten lag knapp unter dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem Wintersemester 2017/18 schrieben sich 26 Personen weniger in ein Studium ein. Hinsichtlich der regionalen Verteilung der Studienanfängerinnen und -anfänger waren Unterschiede zwischen den rheinland-pfälzischen Hochschulen zu erkennen: Während die Studienanfängerzahlen insbesondere an der Universität Trier (+182), Hochschule Trier (+81) und WHU Vallendar (+49) zunahmen, meldeten unter anderem die Hochschule Koblenz (–110), Hochschule Kaiserslautern (–96) und Hochschule Mainz (–88) einen Rückgang.

Unter den 17 200 Studienanfängerinnen und -anfängern im Winterse-

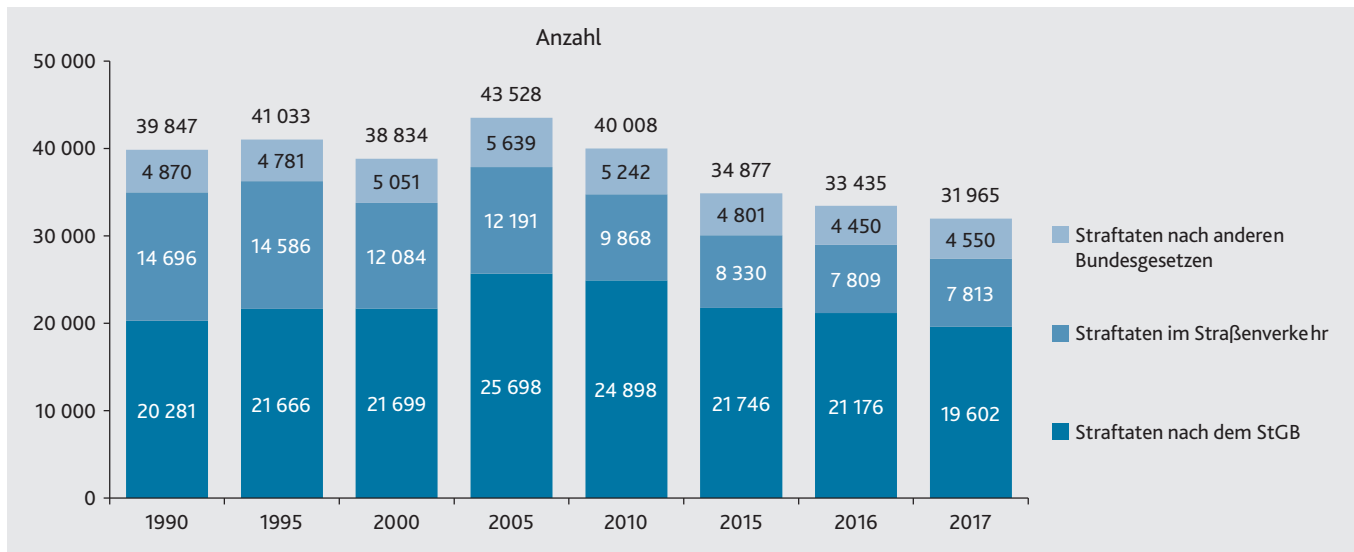
mester 2018/19 besaßen 3 300 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Gegenüber 2013/14 stieg der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer unter den Neueingeschriebenen von 15 auf 19 Prozent. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Hochschulpolitik eine zunehmende Internationalisierung der Hochschulen anstrebt. Im Rahmen der Bologna-Ministerkonferenz 2012 und der nationalen Wissenschaftskonferenz 2013 wurde die Mobilitätsstrategie 2020 für den Europäischen Hochschulraum und die Internationalisierung als Querschnittsaufgabe der Hochschulen festgelegt.

Durch die unterschiedliche familiäre, schulische und mediale Sozialisation sowie die damit einhergehende Entwicklung unterschiedlicher Werte, Interessen und Motive zeigen sich nach wie vor deutliche Geschlechterunterschiede in der Studienfachwahl: Während sich junge Frauen am häufigsten in Studiengänge einer wirtschafts-, sozial- oder rechtswissenschaftli-

Studienanfänger/-innen im Wintersemester 2018/19¹ nach Geschlecht und Fächergruppen



Verurteilte Personen 1990–2017 nach Deliktgruppen



chen Fächergruppe neu einschrieben (46 Prozent der Frauen), wählten die meisten jungen Männer ein ingenieurwissenschaftliches, naturwissenschaftliches oder mathematisches Studium (49 Prozent der Männer).

Zahl der Verurteilungen weiter rückläufig

Im Jahr 2017 wurden in Rheinland-Pfalz 31 965 Personen rechtskräftig verurteilt. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um 1 470 Verurteilungen bzw. 4,4 Prozent. Seit dem Jahr 2005 ist die Zahl der Verurteilten somit kontinuierlich um rund 27 Prozent bzw. 11 600 Personen gesunken.

Insgesamt 19 602 bzw. 61 Prozent der Verurteilungen konnten im Jahr 2017 den sogenannten „klassischen Delikten“ aufgrund eines Verbrechens oder Vergehens gegen Vorschriften des Strafgesetzbuches zugeordnet werden. Die Gesamtzahl der Verurtei-

lungen nach diesen Tatbeständen ist gegenüber dem Vorjahr merklich um 7,4 Prozent geschrumpft. Unter anderem gehören der Betrug (4 694 Verurteilungen) sowie der einfache Diebstahl (3 341 Verurteilungen) zu dieser Deliktgruppe. Diese beiden Straftaten waren – wie schon in den Vorjahren – die häufigsten Gründe für Verurteilungen in Rheinland-Pfalz.

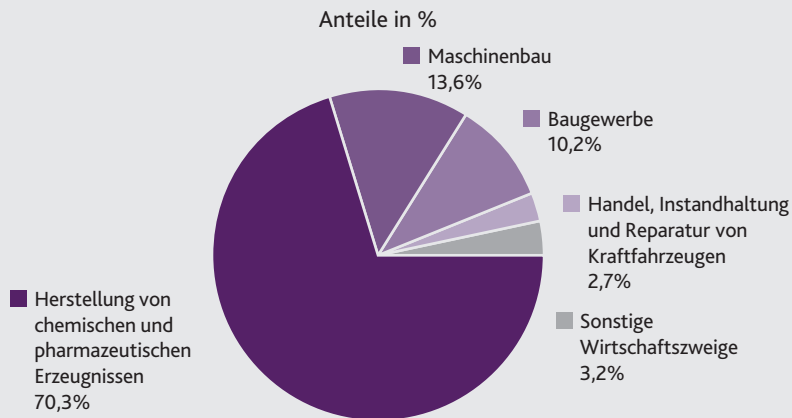
Die zweitgrößte Gruppe (7 813 Verurteilungen bzw. 24 Prozent) bildeten die Straftaten im Straßenverkehr (z. B. Trunkenheit im Verkehr, Fahren ohne Fahrerlaubnis, Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort). In den vergangenen Jahren haben Straßenverkehrsdelikte deutlich abgenommen; gegenüber 2016 blieb die Zahl der Verurteilungen jedoch nahezu konstant.

Darüber hinaus kam es 2017 zu 4 550 (2016: 4 450) Verurteilungen im Rahmen von Verstößen, die auf den Strafvorschriften eines anderen Bun-

des- oder Landesgesetzes basieren. Hierunter fallen unter anderem auch Verurteilungen aufgrund von Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz. Die Anzahl von Verurteilungen im Kontext einer solchen Straftat ist gegenüber dem Vorjahr leicht um 2,7 Prozent auf 2 945 Fälle gestiegen und blieb somit dritthäufigster Tatbestand für eine rechtskräftige Verurteilung in Rheinland-Pfalz.

Die Verurteiltenziffer, die die Betroffenen auf 100 000 der Bevölkerung gleichen Alters bezieht, ist gegenüber dem Vorjahr von 938 auf 895 gesunken. Bezogen auf einzelne Personengruppen kommen rechtskräftige Verurteilungen am häufigsten in der Gruppe der Heranwachsenden im Alter von 18 bis 20 Jahren vor. Hier lag die Kennzahl mit einem Wert von 1 832 mehr als doppelt so hoch wie bei den Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren (913) bzw. den Erwachsenen ab 21 Jahren (855).

Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe 2017 nach Wirtschaftszweigen



Einsatz Klimawirksamer Stoffe nimmt zu

Rheinland-pfälzische Unternehmen verwendeten 2017 rund 519 Tonnen klimawirksamer Stoffe. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von knapp 22 Tonnen bzw. 4,3 Prozent. Klimawirksame Stoffe stehen international unter besonderer Beobachtung. Hierzu zählen voll- oder teilhalogenierte aliphatische Fluorkohlenwasserstoffe.

Der wichtigste Einsatzstoff war der teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoff Tetrafluorethan (Handelsname R134a). Auf diesen Stoff entfielen rund 80 Prozent der insgesamt verwendeten Menge. In Rheinland-Pfalz wird dieser Stoff überwiegend als Treibmittel bei der Herstellung von Aerosolen, zum Beispiel für medizinische Sprays, genutzt. Bekannt ist dieser Stoff als Kältemittel in Klimaanlage, z. B. in Pkw.

Zum Vergleich: In Deutschland wurden 2016 (Ergebnisse für 2017 liegen noch nicht vor) knapp 9 000 Tonnen klimawirksame Stoffe verwendet. Bundesweit war R134a mit 5 800 Tonnen (64 Prozent) ebenfalls der wichtigste Einsatzstoff. Der Schwerpunkt lag mit rund 4 100 Tonnen auf der Verwendung als Kältemittel.

Klimawirksame Stoffe sind, sobald diese Stoffe freigesetzt werden, deutlich klimaschädlicher als Kohlendioxid (CO₂). Um die verschiedenen klimawirksamen Stoffe vergleichen zu können, erfolgt eine Umrechnung in CO₂-Äquivalente. Dies ermöglicht zum Beispiel eine Aussage, um wie viel stärker oder schwächer eine bestimmte Menge Treibhausgas im Verhältnis zu der gleichen Menge CO₂ ist. Das CO₂-Äquivalent für Tetrafluorethan liegt bei 1 430, d. h. R134a ist rund 1 430-mal schädlicher als Kohlendioxid. Insgesamt betrug das CO₂-Äquivalent der in rheinland-pfälzischen Unternehmen eingesetz-

ten klimawirksamen Stoffe im Jahr 2017 rund 861 000 Tonnen.

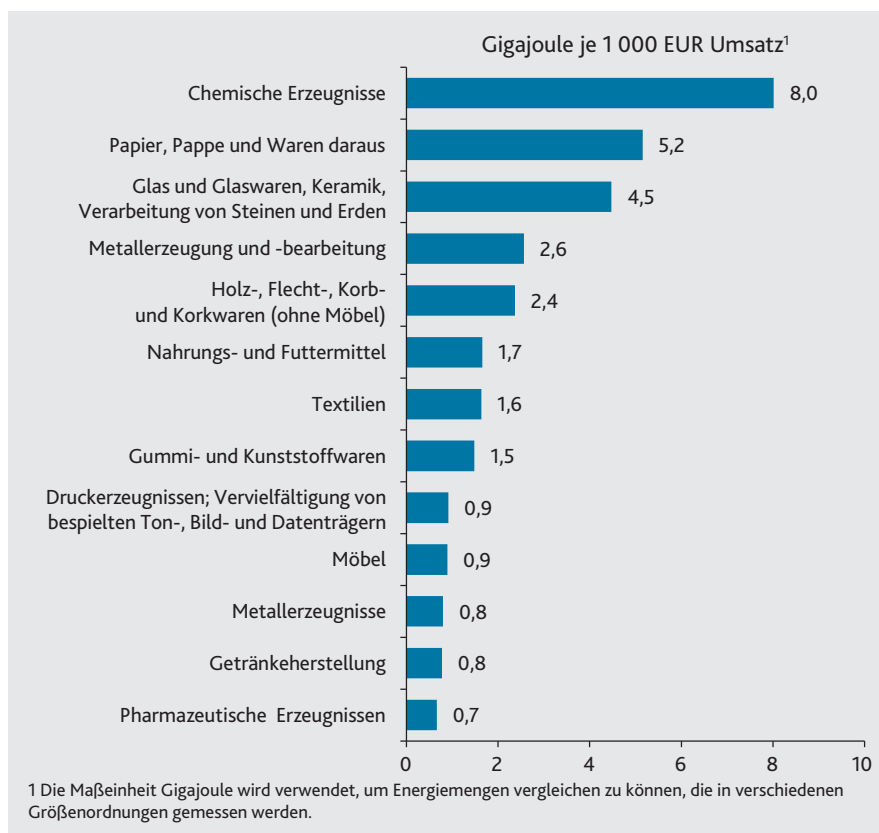
Energieverbrauch der Industrie steigt

Die rheinland-pfälzische Industrie benötigte 2017 rund 90 700 Gigawattstunden Energie. Das waren 2,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Ein Grund für den zunehmenden Energieverbrauch dürfte die gute konjunkturelle Entwicklung sein. In Deutschland stieg die industrielle Energieverwendung nur geringfügig auf etwas mehr als 1,13 Millionen Gigawattstunden. Der rheinland-pfälzische Anteil am bundesweiten Verbrauch betrug acht Prozent.

Die für Rheinland-Pfalz wichtige Chemische Industrie ist mit 73 Prozent der Wirtschaftszweig mit dem größten Anteil an der Energieverwendung. Bundesweit führt diese Branche ebenfalls, allerdings mit einem deutlich geringeren Anteil von 29 Prozent. Betriebe, die sich mit der Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden befassen, sowie Betriebe, die Papier, Pappe und Waren daraus herstellen, wiesen Anteilswerte von 5,7 bzw. 5,4 Prozent auf. In Deutschland folgten auf die Chemische Industrie die Metallerzeugung und -bearbeitung (23 Prozent) sowie die Kokereien und Mineralöl verarbeitenden Betriebe (zehn Prozent).

Die rheinland-pfälzische Industrie benötigte zur Erzielung von 1 000 Euro Umsatz durchschnittlich rund 910 Kilowattstunden Energie. Ohne die Chemische Industrie, ergibt sich ein Wert von knapp 360 Kilo-

Energieverbrauch 2017 im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



wattstunden. In Deutschland lag der Wert für die Industrie insgesamt bei rund 600 Kilowattstunden, unter Herausrechnung der Chemischen Industrie ergäbe sich ein Wert von etwa 460 Kilowattstunden. Die Chemische Industrie in Rheinland-Pfalz benötigte für 1 000 Euro Umsatz 2 220 Kilowattstunden Energie. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass insbesondere die Chemiebranche einen beachtlichen Teil der Energieträger – z. B. Erdöl – nicht energetisch, sondern als Ausgangsstoff für Produkte nutzt. Mehr als ein Drittel des Energieverbrauchs (38 Prozent) der Industrie in Rheinland-Pfalz entfällt auf diese Verwendungsform.

Wichtigster Energieträger der rheinland-pfälzischen Industrie ist Erdgas. Auf ihn entfielen gut 47 Prozent des Energieverbrauchs (47 100 Gigawattstunden). Mineralöle bzw. Mineralölprodukte trugen 27 Prozent bei (24 200 Gigawattstunden). Der Bedarf an Strom belief sich auf 15 300 Gigawattstunden, was einem Anteil von 17 Prozent entsprach. Gut die Hälfte des Stroms erzeugte die Industrie in eigenen Kraftwerken bzw. Anlagen.

Immer weniger Klärschlamm wird landwirtschaftlich verwertet

Die kommunalen Kläranlagen gaben 2017 rund 76 400 Tonnen Klär-

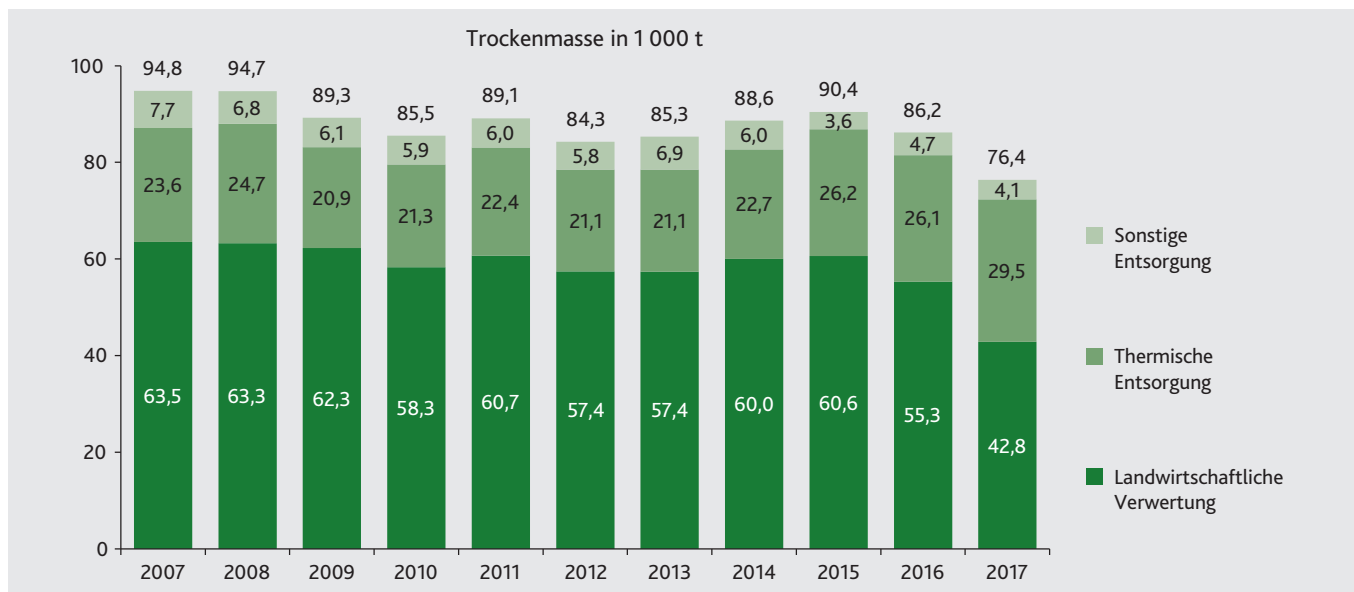
schlamm zur Entsorgung ab (gemessen als Trockenmasse). Das waren rund elf Prozent weniger als 2016 (86 200 Tonnen). Im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2016 waren 88 800 Tonnen entsorgt worden. Die in Zwischenlager eingelagerte Menge erhöhte sich 2017 um rund 4 900 Tonnen.

Knapp 39 Prozent oder 29 500 Tonnen der Klärschlammmenge wurde thermisch entsorgt. Das stellt einen neuen Höchststand dar. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Anteil um acht Prozentpunkte oder 3 300 Tonnen erhöht. Diese Entwicklung dürfte eine Folge der neuen Klärschlammverordnung sein, die eine Reduzierung der Ausbringung von Klärschlämmen auf landwirtschaftlichen Flächen erfordert.

Mit 42 800 Tonnen stellt die Aufbringung von Klärschlämmen auf landwirtschaftliche Flächen nach wie vor den wichtigsten Entsorgungsweg dar. Auf diese Weise können die im Klärschlamm enthaltenen Nährstoffe, wie Stickstoff oder Phosphate, genutzt werden. Sie ersetzen entsprechende Düngemittel. Um eine Schädigung der Böden auszuschließen, unterliegt die Ausbringung strengen gesetzlichen Regelungen. Die übrige Menge (4 100 Tonnen) wurde z. B. im Landschaftsbau oder in Vererdungsanlagen genutzt.

Bundesweit fielen 2016 – das Bundesergebnis für 2017 liegt noch nicht vor – knapp 1,8 Millionen Tonnen Klärschlamm in öffentlichen Kläranlagen an. Deutschlandweit wird der

Klärschlamm Entsorgung der öffentlichen Kläranlagen 2007–2017 nach Entsorgungswegen



größte Teil des Klärschlammes thermisch entsorgt, während die Verwendung in der Landwirtschaft eine deutlich geringere Rolle spielt als in Rheinland-Pfalz. Knapp 65 Prozent des angefallenen Klärschlammes wurden verbrannt und 24 Prozent in der Landwirtschaft verwendet.

Die Verwertung des Klärschlammes stellt sich in Rheinland-Pfalz regional sehr unterschiedlich dar. Die kreisfreien Städte Mainz, Worms, Speyer und Zweibrücken setzen allein auf die thermische Verwertung. Eine ausschließliche Nutzung des Klärschlammes in der Landwirtschaft wurde für den Donnersbergkreis registriert. In den übrigen kreisfreien Städten und Landkreisen kommen die genannten Verwertungsformen in unterschiedlichem Umfang vor. Für Ludwigshafen und Frankenthal liegen keine Angaben vor. Hier wird das kommunale Abwasser in den Anlagen eines industriellen Betriebes behandelt.

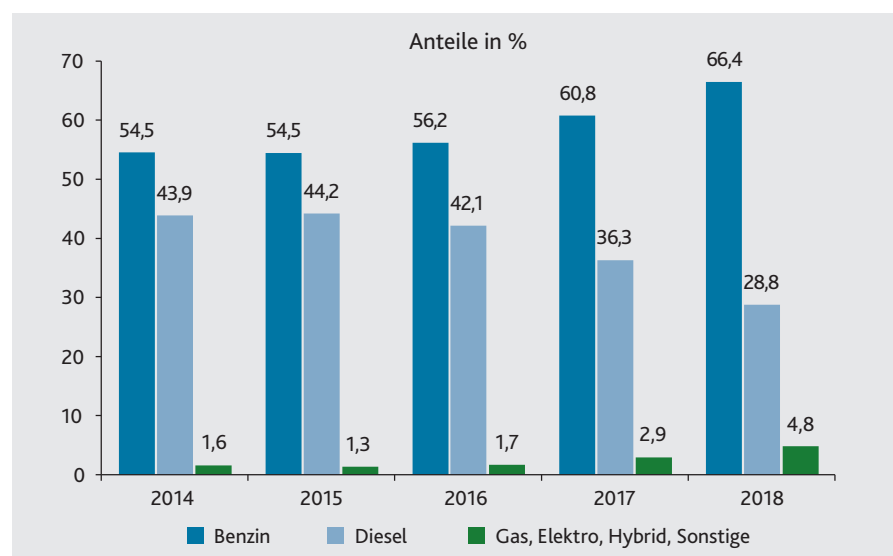
Mehr Neuzulassungen, weniger Diesel-Pkw

In den ersten neun Monaten des Jahres 2018 wurden in Rheinland-Pfalz 104 415 Personenkraftwagen neu zugelassen. Dies waren 4,1 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des

Vorjahres. Für Deutschland insgesamt war ein Plus von 2,4 Prozent zu verzeichnen.

Der Dieselanteil verringerte sich weiterhin deutlich und rutschte mit 29 Prozent unter die 30-Prozent-Marke; 2014 hatte der Anteil der

Neuzulassungen von Personenkraftwagen im 1.–3. Quartal 2014–2018 nach Kraftstoffarten



Selbstzünder noch bei 44 Prozent gelegen. Rund 66 Prozent der neu zugelassenen Pkw haben ausschließlich einen Benzinmotor; vor vier Jahren waren es noch knapp 55 Prozent. Von 1,6 auf 4,8 Prozent erhöht hat sich seit 2014 der Anteil der neu zugelassenen Pkw, die nicht bzw. nicht ausschließlich von einem Benzin- oder Dieselmotor angetrieben werden. Bei dieser Entwicklung spielen die Hybrid-Fahrzeuge die größte Rolle; von den rund 5 000 bis September zugelassenen Pkw mit „alternativen“ Antrieben hatten 3 740 eine Kombination aus Elektro- und Verbrennungsmotor, 771 ausschließlich einen E-Antrieb und 482 einen Gasantrieb.

Die Zahl der neu zugelassenen Krafträder stieg um zwölf Prozent auf 7 505. Bei den Lastkraftwagen war ein Anstieg der Neuzulassungen um 3,7 Prozent auf 9 638 zu verzeichnen. Bei den Zugmaschinen stieg die Zulassungszahl ebenfalls um 3,7 Prozent auf 3 314. Insgesamt wurden von Januar bis September 2018 in Rheinland-Pfalz 125 754 Kraftfahrzeuge neu angemeldet. Das waren 4,5 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 2017 (Deutschland: +2,8 Prozent).

Die Zahl der Besitzumschreibungen gebrauchter Personenkraftwagen verringerte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,8 Prozent auf 306 371. Dagegen wechselten 2,9 Prozent mehr Lastkraftwagen den Besitzer. Die Zahl der Umschreibungen von Zugmaschinen ging leicht um 0,4 Prozent zurück. Bei den Krafträ-

dern war ein Rückgang um 0,9 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt wechselten 353 397 Kraftfahrzeuge ihre Besitzer, das waren 0,6 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum 2017 (Deutschland: -1,2 Prozent).

23 Verkehrstote im September

Im September 2018 kamen 23 Personen auf rheinland-pfälzischen Straßen ums Leben, drei weniger als im Vorjahresmonat. In den ersten neun Monaten des Jahres starben insgesamt 128 Menschen bei Verkehrsunfällen. Dies waren zehn Todesopfer weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der Schwerverletzten stieg gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um drei Prozent auf 2 842, die der Leichtverletzten ging um 0,2 Prozent auf 11 856 zurück.

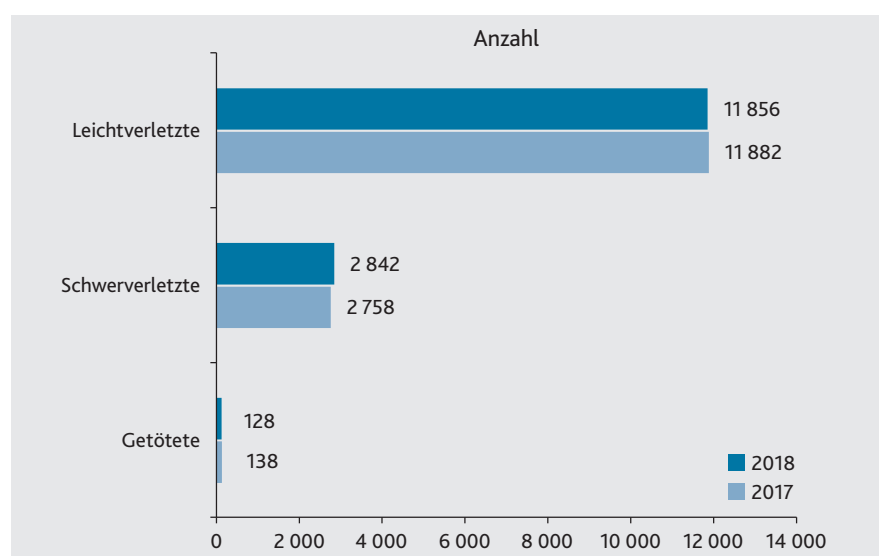
Insgesamt registrierte die Polizei von Januar bis September 107 254 Stra-

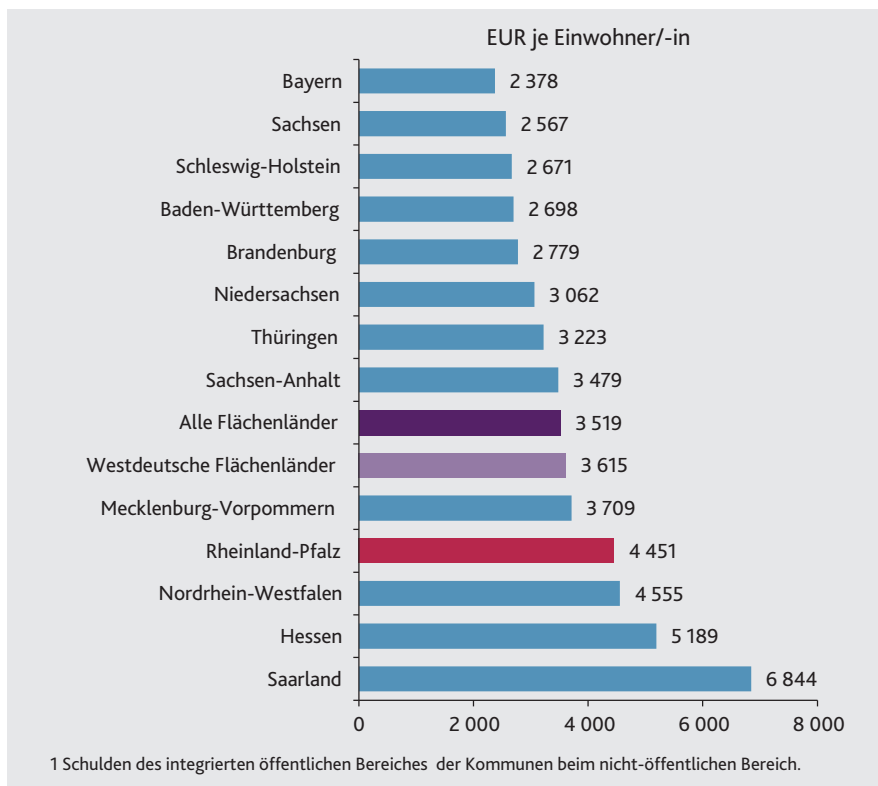
ßenverkehrsunfälle und damit 0,8 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Darunter waren 95 898 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Im Vergleich zu 2017 war das ein Rückgang um 0,9 Prozent.

Schulden der Kommunen vergleichsweise hoch

Die rheinland-pfälzischen Kommunen waren zum Ende des Jahres 2017 im Durchschnitt mit 4 451 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner verschuldet. Der Wert liegt 26,5 Prozent über dem Durchschnitt aller Flächenländer (3 519 EUR) bzw. 23 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer (3 615 EUR). Höhere durchschnittliche Schulden als in Rheinland-Pfalz wurden für die Kommunen im Saarland, in Hessen und in Nordrhein-Westfalen gemessen. Das geht aus der Berechnung der sogenannten „Integrierten Schulden“

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis September 2017 und 2018



Schulden¹ der Kommunen in den Flächenländern am 31.12.2017

hervor, die die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder jetzt vorlegten.

In Rheinland-Pfalz zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisbereichen. Die kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz kommen durchschnittlich auf 8 324 Euro Schulden je Einwohnerin bzw. Einwohner. Die Schuldenrate liegt damit rund 53 Prozent über dem Bundesdurchschnitt der kreisfreien Städte (5 437 Euro). Rheinland-Pfalz weist damit im Länderranking den mit Abstand höchsten Wert auf.

Unter den zehn am höchsten verschuldeten kreisfreien Städte in Deutschland sind sechs rheinland-

pfälzische Städte. Mit an der Spitze stehen Kaiserslautern (Rang 2 mit 11 477 Euro) und Mainz (Rang 3 mit 11 321 Euro). Unter den zehn am wenigsten verschuldeten kreisfreien Städte ist nur eine Stadt aus Rheinland-Pfalz: Landau in der Pfalz hat die achtniedrigste Verschuldungsrate (2 259 Euro).

Im Durchschnitt wiesen die rheinland-pfälzischen Landkreisbereiche eine Schuldenrate von 3 040 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner auf. Die Verschuldung lag 9,4 Prozent über dem Deutschlandwert der Landkreisbereiche (2 780 Euro).

Bei den Landkreisbereichen ist Rheinland-Pfalz zweimal unter den

deutschlandweit am höchsten verschuldeten Gebieten vertreten. Kusel kommt mit 7 662 Euro auf den zweiten Rang, Birkenfeld mit 5 459 Euro auf Platz zehn. Die zehn am wenigsten verschuldeten Landkreisbereiche stammen alle aus Bayern. Der niedrigste Wert für Rheinland-Pfalz wurde für den Rhein-Hunsrück-Kreis mit 1 102 Euro ermittelt. Er belegt den 18. Platz unter den Landkreisbereichen mit der geringsten Verschuldung.

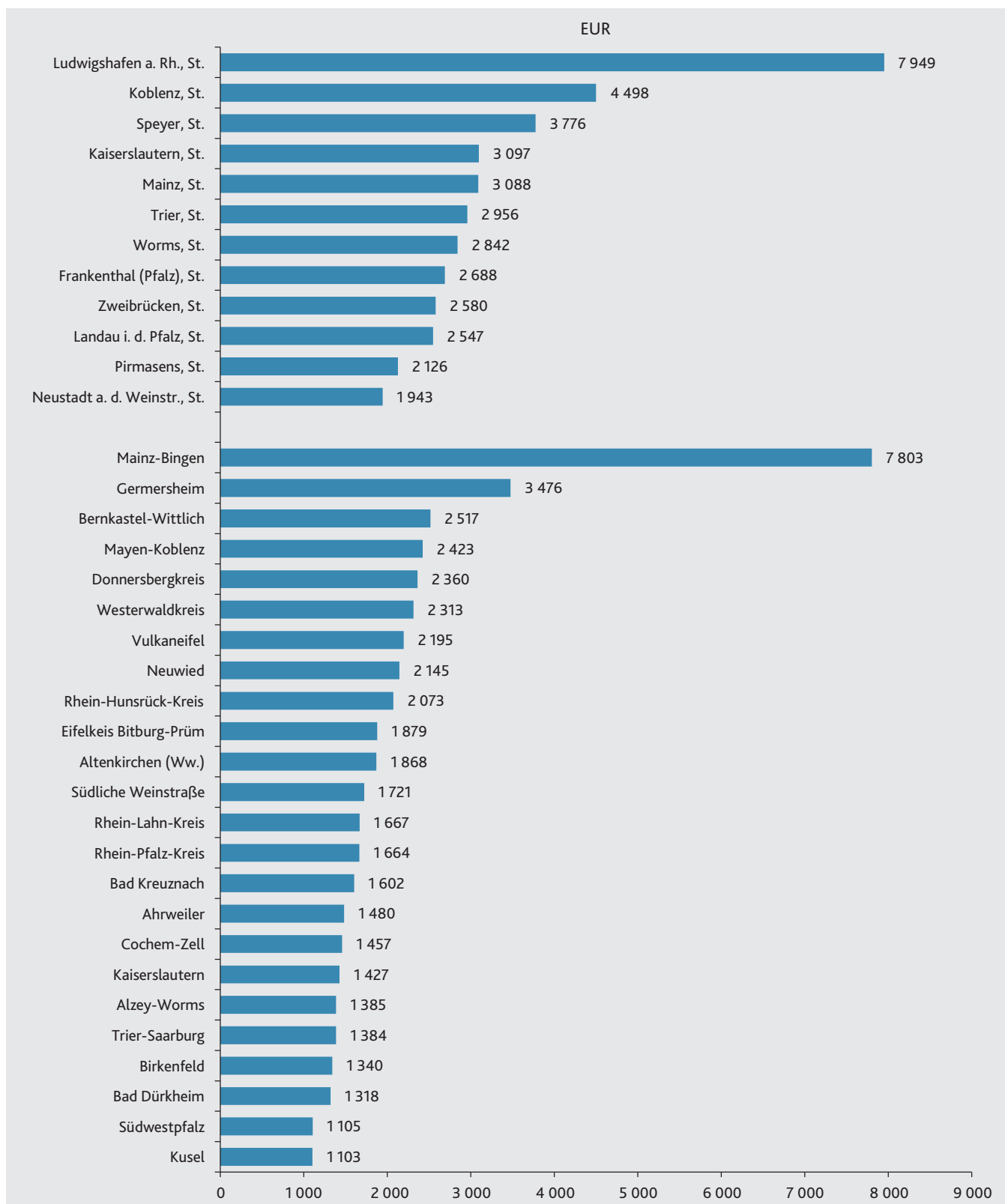
Gewerbesteuer: Anstieg der Steuermessbeträge um 9,3 Prozent

Die Gewerbebetriebe in Ludwigshafen und im Landkreis Mainz-Bingen verfügen im Durchschnitt über die höchste Ertragskraft. Das zeigen die Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik für das Jahr 2014. In Ludwigshafen betrug die Summe der Steuermessbeträge und Zerlegungsanteile je Betriebsstätte 7 949 Euro und in Mainz-Bingen 7 803 Euro. Im Landkreis Kusel dagegen erreichte die Summe lediglich 1 103 Euro. Der Landesdurchschnitt lag bei 2 622 Euro.

Die größte Anzahl an Gewerbebetrieben bzw. Betriebsstätten war 2014 im Westerwaldkreis (10 869) und in der Landeshauptstadt Mainz (10 673) zu finden. Danach folgte der Landkreis Mainz-Bingen (9 346). Die geringste Anzahl wurde in den kreisfreien Städten Frankenthal (1 801) und Zweibrücken (1 595) festgestellt.

Die Gewerbesteuerhebesätze lagen bei den kreisfreien Städten zwischen 375 Prozent in Ludwigshafen und

Gewerbbesteuermessbetrag/Zerlegungsanteil je Betriebsstätte 2014 nach Verwaltungsbezirken



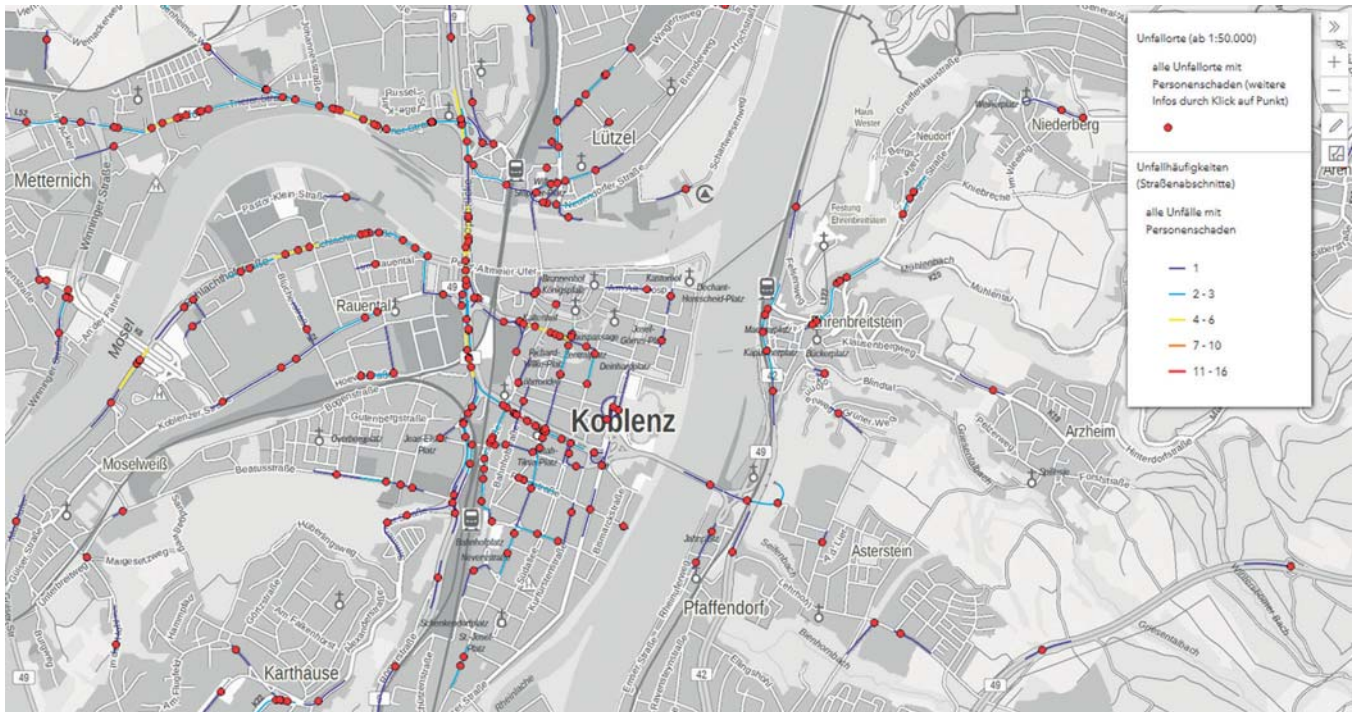
440 Prozent in Mainz. Die gewogenen durchschnittlichen Hebesätze der Kommunen eines Landkreises reichten von 341 Prozent für die Kommunen im Landkreis Mainz-Bingen bis zu 387 Prozent für die Kommunen im Landkreis Altenkirchen. Die durch einfache Multiplikation ermittelten prognostizierten Gewerbesteuerfestsetzungen führten zum höchsten Ergebnis für den Landkreis Mainz-Bingen mit rund 249 Millionen Euro. Das niedrigste Ergebnis errechnete sich für den Landkreis Kusel (10,6 Millionen Euro).

Die Finanzverwaltung in Rheinland-Pfalz hat für das Jahr 2014 Steuermessbeträge für insgesamt 155 291 Gewerbebetriebe festgesetzt.

Der Steuermessbetrag kann entweder positiv oder gleich null sein. In mehr als der Hälfte der Fälle (87 259; 56 Prozent), betrug der Steuermessbetrag null. Dies ist dann gegeben, wenn die Betriebe entweder Verluste erzielten oder wenn ihnen ausreichend hohe Freibeträge zustanden. In den restlichen 68 032 Fällen ergab sich ein positiver Steuermessbetrag. Für 246 Steuerpflichtige mit positivem Steuermessbetrag errechnete sich ein abgerundeter Gewerbeertrag von jeweils fünf Millionen Euro und mehr. Auf diese 0,2 Prozent aller Steuerpflichtigen (bzw. 0,4 Prozent aller Steuerpflichtigen mit positivem Steuermessbetrag) entfielen insgesamt rund 58 Prozent des gesamten Steuermessbetrages (284 Millionen Euro).

Die meisten Gewerbesteuerpflichtigen (59 Prozent) sind Einzelgewerbetreibende, und zwar insbesondere Einzelunternehmen. Das Gros sowohl der Gewerbeerträge (52 Prozent) als auch der Steuermessbeträge (60 Prozent) entfiel dagegen auf die Kapitalgesellschaften. Die Kapitalgesellschaften sind deutlich größer als Einzelunternehmen und generieren dadurch wesentlich höhere Gewinne. Ferner können Kapitalgesellschaften im Gegensatz zu Einzelunternehmen keine Freibeträge in Anspruch nehmen. Aufgrund der vorgenannten Umstände fallen der Gewerbeertrag und infolgedessen auch der Steuermessbetrag der Kapitalgesellschaften deutlich höher aus.

Aus der amtlichen Statistik

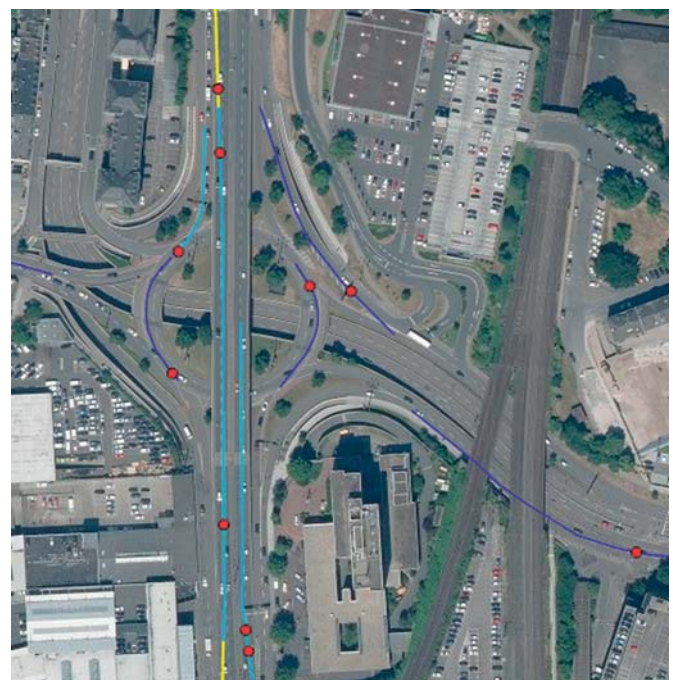


Unfallatlas: Wo kracht es häufig?

Wo passieren in meiner Region die meisten schweren Unfälle? Wo wurden Menschen bei Unfällen getötet oder verletzt? Waren Pkw, Motorräder, Fußgänger oder Fahrradfahrer am Unfall beteiligt? Diese und andere Fragen beantwortet der interaktive Online-Unfallatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Mit diesem Atlas bieten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder die Möglichkeit, sich ein Bild über das Unfallgeschehen auf bestimmten Straßen bzw. Straßenabschnitten zu machen. In der Karte werden alle Unfälle dargestellt, bei denen Menschen zu Schaden kamen. Diese können je nach Zoomstufe für Straßenabschnitte oder als einzelne Punkte angezeigt werden. Die interaktive Karte ist so zu steuern, dass beispielsweise nur Motorradunfälle oder nur Unfälle gezeigt werden, bei denen Fußgänger betroffen waren. Auch die Schwere der Verletzung steht als Auswahlmöglichkeit zur Verfügung. Grundlage des Atlas sind die von der Polizei im Rahmen der monatlichen Statistik der Verkehrsunfälle gemeldeten Angaben.

Der Atlas lädt auch Fachleute ein, mit den als Open-Data-Download angebotenen Daten eigene Auswertungen vorzunehmen. Sie finden das Angebot unter: <https://unfallatlas.statistikportal.de/>



Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im November 2018

Der Verbraucherpreisindex lag im November 2018 um 2,5 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Für Energie musste erneut mehr bezahlt werden als im Vorjahresmonat (+10 Prozent). Dies ist auf kräftige Preissteigerungen bei Mineralölprodukten zurückzuführen (+23 Prozent). Dabei schlug insbesondere der Anstieg der Heizöl- und Kraftstoffpreise zu Buche (+43 bzw. +18 Prozent). Die Strompreise nahmen dagegen im Vergleich zum November 2017 nur leicht zu (+0,5 Prozent); die Gaspreise waren erneut rückläufig (-1,5 Prozent).

Die Preise für Nahrungsmittel lagen 1,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, sank ebenfalls leicht. Sie belief sich

im November auf +1,6 Prozent nach +1,7 Prozent im Oktober.

Den stärksten Anstieg gab es in der Hauptgruppe „Verkehr“ (+6,4 Prozent). Bei den alkoholischen Getränken und Tabakwaren zogen die Preise ebenfalls an (+3,8 Prozent). In der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ sank das Preisniveau um 0,7 Prozent.

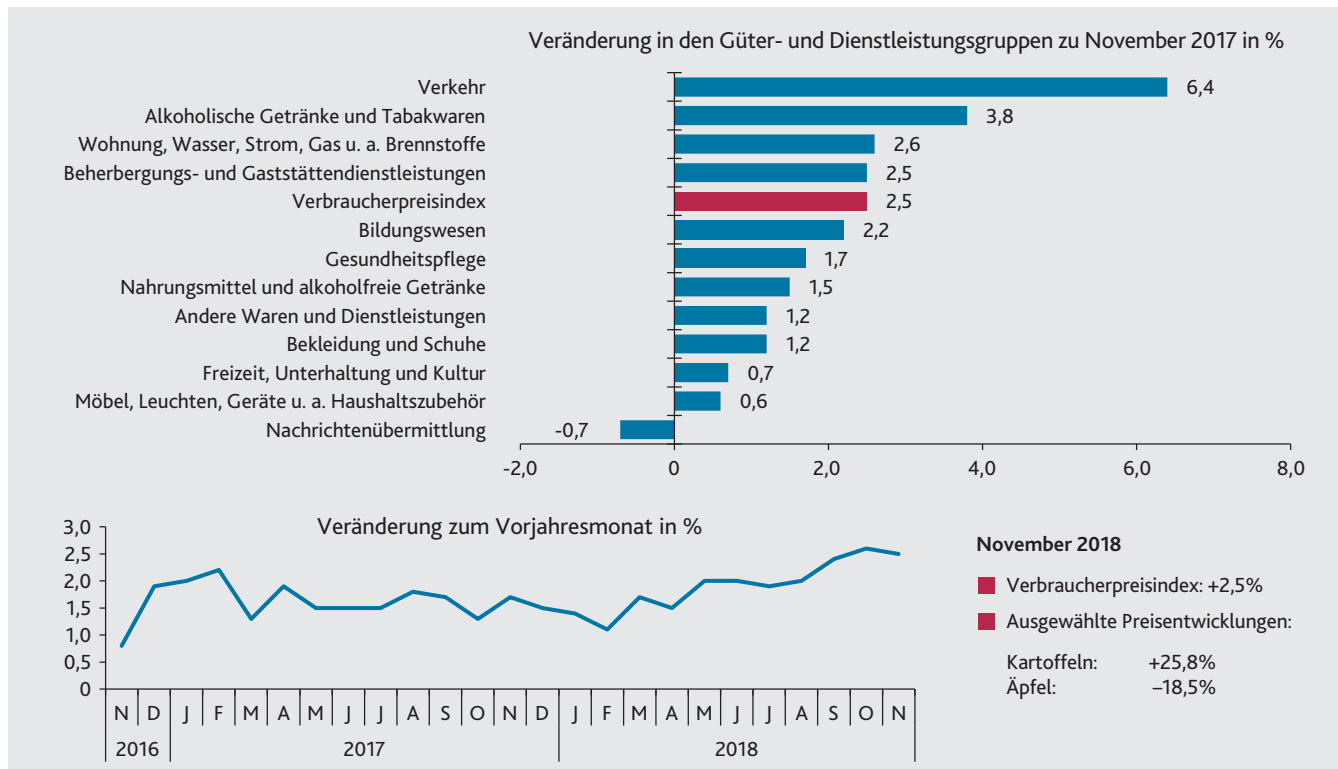
Gegenüber dem Vormonat erhöhte sich der Verbraucherpreisindex im November 2018 leicht um 0,3 Prozent. Sieben der zwölf Hauptgruppen verzeichneten Preissteigerungen. Am stärksten nahmen die Preise für Waren und Dienstleistungen im Bereich „Verkehr“ zu (+1,5 Prozent; darunter Kraftstoffe +3,8 Prozent). Die Preise von drei Hauptgruppen lagen unter dem Niveau des Vormonats.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im November 2018

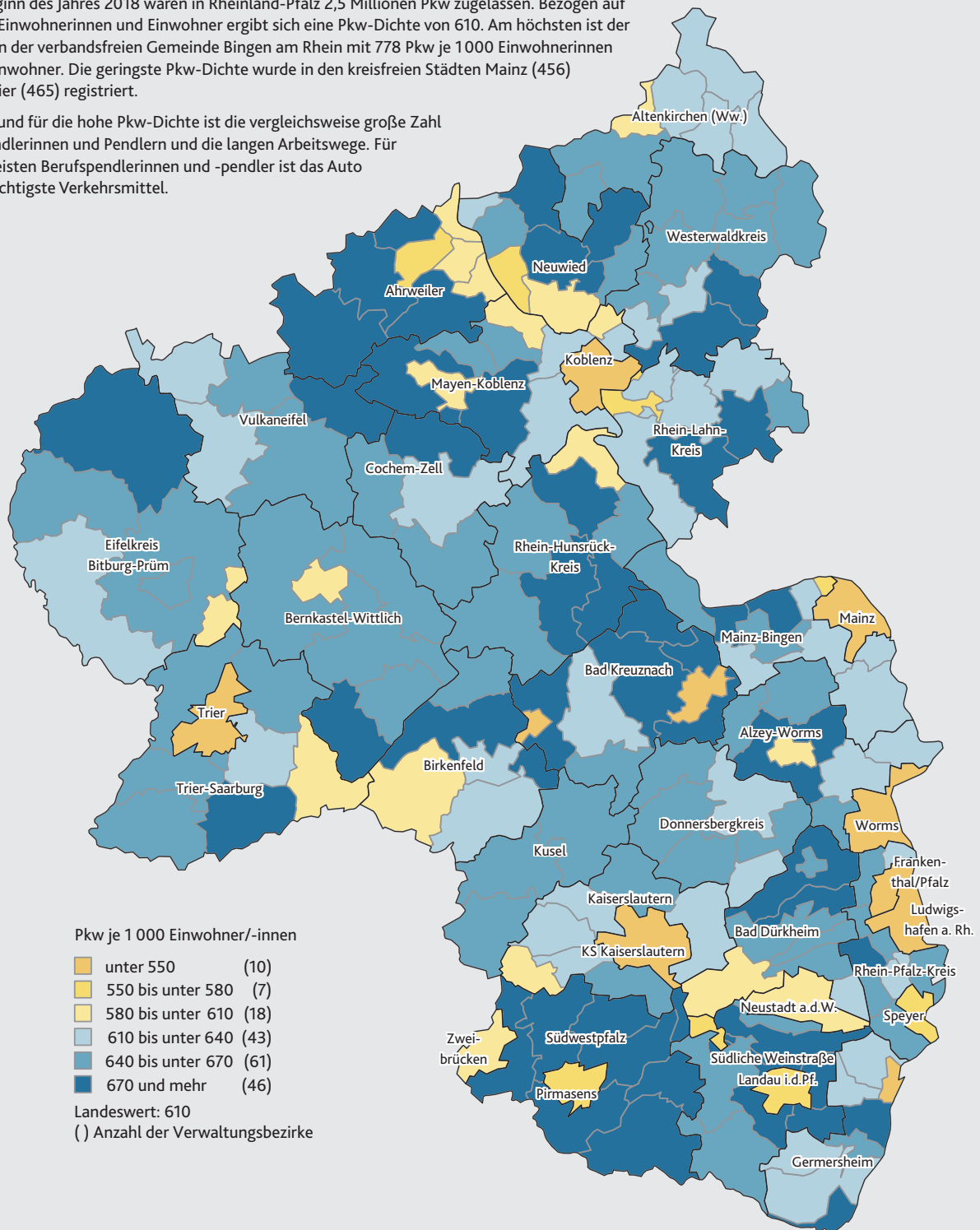


PKW-Dichte 2018 nach Verwaltungsbezirken

Das Auto ist das wichtigste Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeit

Zu Beginn des Jahres 2018 waren in Rheinland-Pfalz 2,5 Millionen Pkw zugelassen. Bezogen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich eine Pkw-Dichte von 610. Am höchsten ist der Wert in der verbandsfreien Gemeinde Bingen am Rhein mit 778 Pkw je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die geringste Pkw-Dichte wurde in den kreisfreien Städten Mainz (456) und Trier (465) registriert.

Ein Grund für die hohe Pkw-Dichte ist die vergleichsweise große Zahl an Pendlerinnen und Pendlern und die langen Arbeitswege. Für die meisten Berufspendlerinnen und -pendler ist das Auto das wichtigste Verkehrsmittel.



Saisonmuster im Tourismus

Teil 1: Regionale Unterschiede im Saisonverlauf



Von Diane Dammers

Der Tourismus ist ein Saisongeschäft. Dies gilt für Rheinland-Pfalz noch mehr als für die meisten anderen Bundesländer. Anhand der monatlichen Beherbergungsstatistik lässt sich das saisonale Muster des Übernachtungstourismus aus verschiedenen Perspektiven auswerten. Zum Beispiel sind regionale Unterschiede im Saisonverlauf erkennbar – im Vergleich

mit den anderen Bundesländern, aber auch zwischen den Tourismusregionen innerhalb von Rheinland-Pfalz. Außerdem schwanken die Übernachtungszahlen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland stärker als die Übernachtungen von Gästen aus dem Inland. Darüber hinaus weisen auch die Übernachtungszahlen der verschiedenen touristischen Betriebsarten ein unterschiedliches saisonales Muster auf.

Saisonmuster im Tourismus

64 Prozent der Übernachtungen entfallen auf das Sommerhalbjahr

Saisonale Schwankungen prägen den Tourismus in Rheinland-Pfalz in höherem Maße als in vielen anderen Bundesländern. Im Land entfielen 2017 rund 64 Prozent der 22,2 Millionen Übernachtungen¹ auf das Sommerhalbjahr. Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil der Monate April bis September am Übernachtungsaufkommen nur bei 60 Prozent.

In Rheinland-Pfalz haben sich die Übernachtungszahlen in den vergangenen Jahren unterdurchschnittlich entwickelt. Während

¹ Diese Angaben beziehen sich auf Beherbergungsbetriebe mit zehn und mehr Schlafgelegenheiten sowie Camping- und Reisemobilplätze mit zehn und mehr Stellplätzen. Die Privatquartiere und gewerblichen Kleinbetriebe mit weniger als zehn Schlafgelegenheiten, für die in Rheinland-Pfalz Daten auf landesrechtlicher Grundlage erhoben werden, bleiben in diesem Beitrag unberücksichtigt, um den Vergleich mit Deutschland und den anderen Bundesländern zu ermöglichen.

die Übernachtungen in Deutschland zwischen 2007 und 2017 um 27 Prozent zuleigten, erhöhten sie sich in Rheinland-Pfalz nur um zwölf Prozent. Die Auslastung der Beherbergungsbetriebe liegt ebenfalls unter dem Bundesdurchschnitt: Sie belief sich 2017 auf 30 Prozent; in Deutschland erreichte die Auslastung 39 Prozent.

Eine mögliche Strategie, um das Übernachtungsaufkommen zu steigern, ist die „Entsaisonalisierung“ des Tourismus. Der Grundgedanke dahinter ist, dass eine Steigerung der Übernachtungen außerhalb der Hauptsaison eine gleichmäßigere Auslastung der Betriebe ermöglicht. Um die Informationsbasis für die Diskussion über mögliche Maßnahmen zur Entsaisonalisierung des Tourismus in Rheinland-Pfalz zu erweitern,

Entwicklung der Übernachtungen in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich

Gleichmäßigere Verteilung der Übernachtungen angestrebt

wird der Saisonverlauf in diesem zweiteiligen Beitrag nach verschiedenen Gesichtspunkten analysiert. Im ersten Teil werden regionale Unterschiede – im Vergleich mit anderen Bundesländern, aber auch zwischen den Tourismusregionen innerhalb des Landes – identifiziert. Der zweite Teil befasst sich mit den Unterschieden im Saisonmuster im Hinblick auf den Wohnsitz der Gäste im In- oder Ausland sowie den Unterschieden zwischen den touristischen Betriebsarten.

Saisonales Muster ist relativ stabil

August ist
übernach-
tungsstärk-
ster Monat

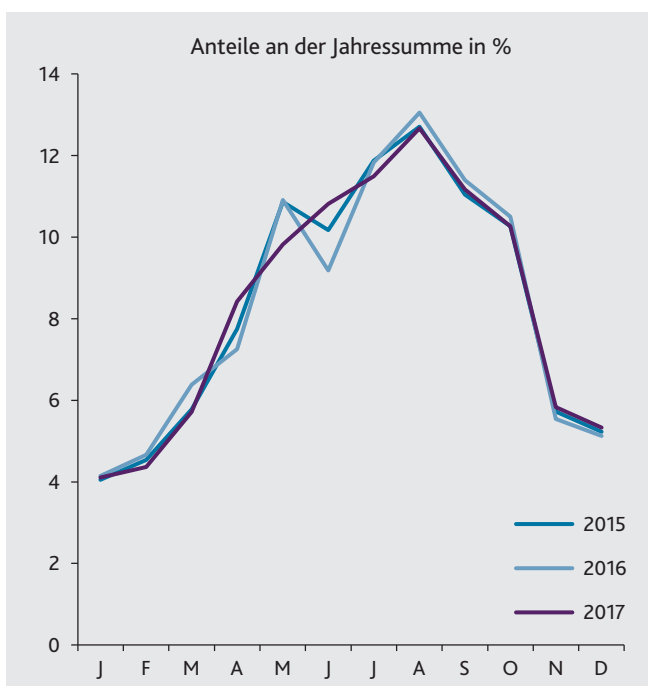
Das saisonale Muster der Übernachtungszahlen ist relativ stabil. Dies zeigt Abbildung G1, in der die Übernachtungen in Rheinland-Pfalz 2015 bis 2017 nach Monaten dargestellt sind. In allen drei Jahren ist der Januar der Monat mit dem geringsten Übernachtungsanteil; auf ihn entfielen jeweils lediglich 4,1 Prozent aller Übernachtungen des Jah-

res. Im Februar liegen die Übernachtungsanteile auf einem ähnlich niedrigen Niveau. Im Dezember ist die Nachfrage mit Anteilen zwischen 5,1 und 5,3 Prozent am gesamten Übernachtungsaufkommen ebenfalls relativ gering. Der übernachtungsstärkste Monat ist in allen drei Jahren der August. Sein Übernachtungsanteil schwankte zwischen 12,7 und 13,1 Prozent. An zweiter Stelle folgt der Juli, der auf Anteilswerte zwischen 11,5 und 11,9 Prozent kommt.

In der ersten Jahreshälfte – insbesondere in den Monaten März bis Juni – ist das saisonale Muster weniger stabil als in der zweiten Jahreshälfte. Dies ist unter anderem auf die unterschiedliche Lage der Feiertage und der Schulferien zurückzuführen. Beispielsweise entfielen 2016, als die Osterfeiertage im März lagen, auf diesen Monat 6,4 Prozent der Übernachtungen. Im Jahr 2017, als Ostern besonders spät war und daher die gesamten Osterferien in den April fielen, war der Übernachtungsanteil des Monats März mit 5,7 Prozent wesentlich niedriger. Umgekehrt verhielt es sich im April: In diesem Monat fanden 2016 nur 7,3 Prozent der Übernachtungen statt, 2017 waren es 8,4 Prozent. Die stärksten Schwankungen gab es jedoch im Juni durch die unterschiedliche Lage der Feiertage Christi Himmelfahrt, Pfingsten und Fronleichnam. Im Jahr 2017, als Pfingsten und Fronleichnam in den Juni fielen, hatte dieser Monat mit 10,8 Prozent einen höheren Anteil am Übernachtungsaufkommen als der Mai. Im Jahr 2016, als keiner der Feiertage im Juni lag, fanden nur 9,2 Prozent der Übernachtungen in diesem Monat statt. Um die kalendarischen Effekte abzuschwächen, bezieht sich die weitere Analyse des Saisonverlaufs auf Durchschnittswerte der drei Jahre 2015 bis 2017.

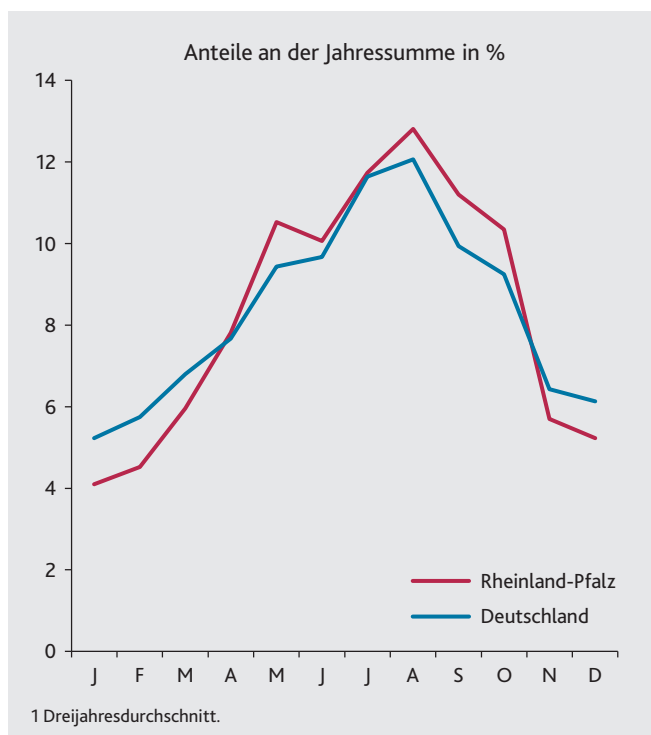
Saisonmuster
in der ersten
Jahreshälfte
durch Feiertage
beeinflusst

G 1 Übernachtungen 2015–2017 nach Monaten



G 2

Übernachtungen in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2015–2017¹ nach Monaten



Saisonale Schwankungen in Rheinland-Pfalz besonders ausgeprägt

In Rheinland-Pfalz geringe Bedeutung der Wintermonate

Die saisonalen Schwankungen der Übernachtungszahlen sind in Rheinland-Pfalz besonders ausgeprägt. Das zeigt ein Vergleich mit den Durchschnittswerten für Deutschland und für ausgewählte andere Bundesländer. Der Monat Januar hatte im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2017 mit 4,1 Prozent den niedrigsten Anteil am Übernachtungsaufkommen; den höchsten Anteil erreichte der August mit 12,8 Prozent. In Deutschland fiel die Spannweite der Übernachtungsanteile bei einem Minimum von 5,2 Prozent im Januar und einem Maximum von 12,1 Prozent im August wesentlich geringer aus. Insbesondere die Wintermonate haben in Rheinland-Pfalz für den Tourismus eine relativ geringe Bedeutung: Die Anteile der Monate Januar bis März sowie November und Dezember am Übernachtungsaufkommen

liegen in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt. Die Übernachtungsanteile der übrigen sieben Monate sind in Rheinland-Pfalz dementsprechend höher als in Deutschland. Besonders stark heben sich dabei die Monate Mai, September und Oktober vom Bundesdurchschnitt ab.

Abbildung G3 zeigt den Saisonverlauf in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Der besseren Übersicht halber wurden dabei verschiedene Ländergruppen gebildet. In der Grafik oben links wird Rheinland-Pfalz mit seinen unmittelbaren Nachbarländern – Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sowie Bayern verglichen. In keinem der fünf Länder weist das Übernachtungsaufkommen ähnlich ausgeprägte saisonale Schwankungen auf wie in Rheinland-Pfalz. Die Übernachtungsanteile der Wintermonate sind in allen fünf Ländern deutlich größer. Während sich jedoch in Baden-Württemberg, Bayern und dem Saarland wie in Rheinland-Pfalz die Sommermonate Juli und August mit hohen Übernachtungsanteilen von den anderen Monaten abheben, fehlt diese Spitze in Hessen und Nordrhein-Westfalen. Dies deutet darauf hin, dass in diesen beiden Bundesländern ein erheblicher Teil der Übernachtungen nicht durch „klassische“ Ferienreisen motiviert ist. Hierbei dürften die Großstädte eine Rolle spielen, die als Ziele für Geschäfts- und touristische Städtereisen ganzjährig von Bedeutung sind. Beispielsweise entfielen in Hessen 2017 rund 38 Prozent der Übernachtungen auf die fünf Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern; allein 28 Prozent der Übernachtungen fanden in der Mainmetropole Frankfurt statt.²

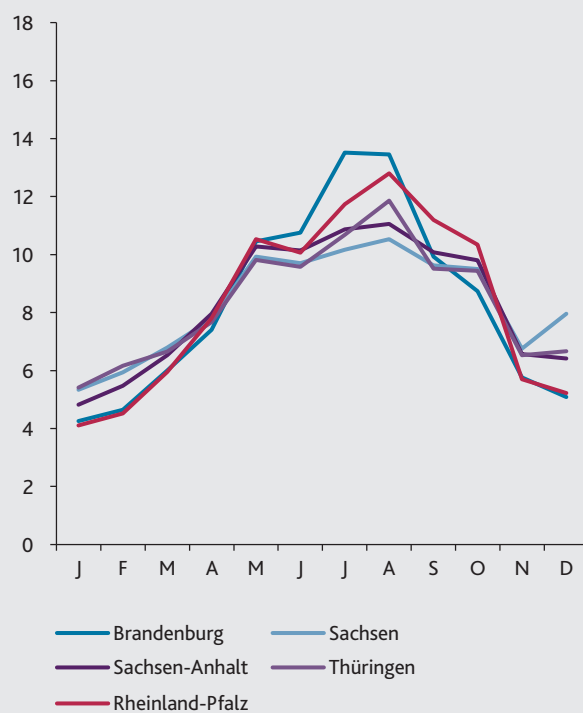
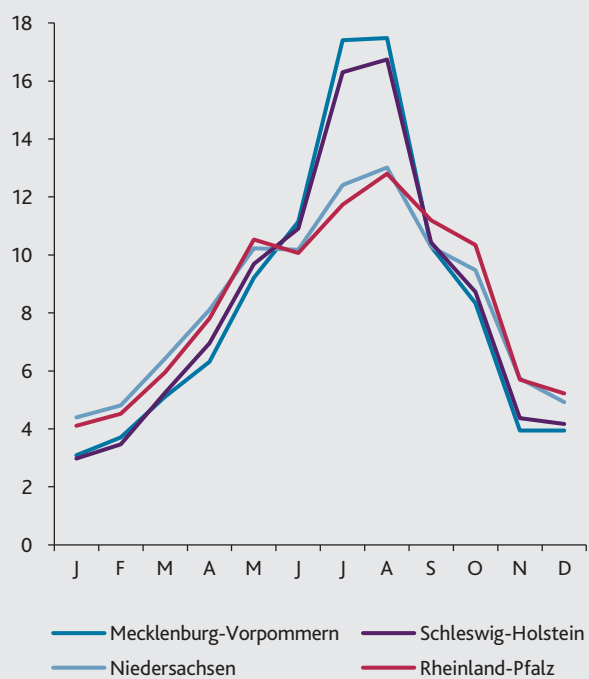
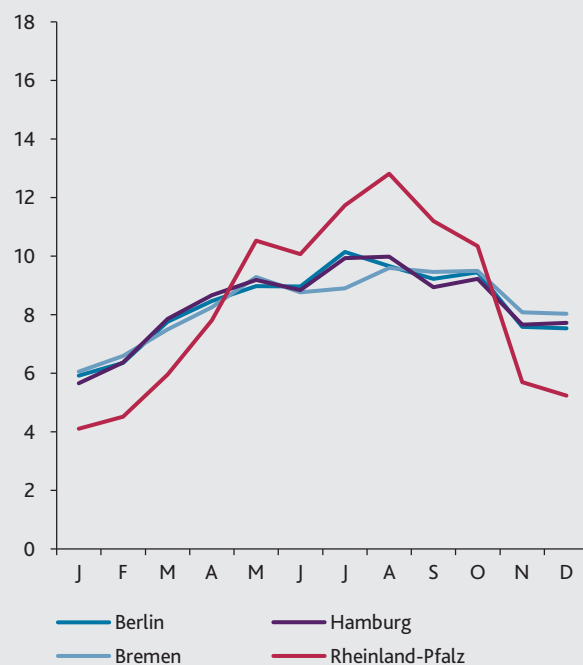
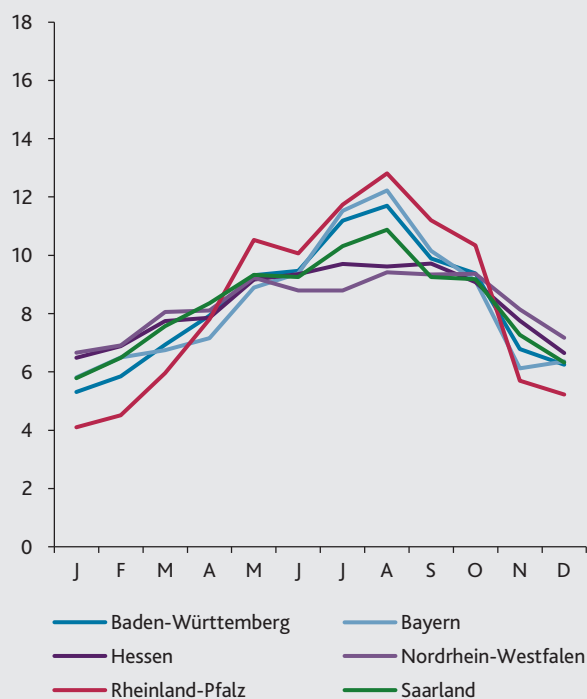
Saisonale Schwankungen in Rheinland-Pfalz stärker als in den Nachbarländern

² Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.): Gäste und Übernachtungen im Hessischen Tourismus im Dezember 2017. Wiesbaden 2018.

G 3

Übernachtungen in den Bundesländern 2015–2017¹ nach Monaten

Anteile an der Jahressumme in %

¹ Dreijahresdurchschnitt.

Geringe
saisonale
Schwankungen
in den
Stadtstaaten

Auch in den drei Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg, die in Abbildung G3 oben rechts dargestellt sind, weisen die Übernachtungszahlen nur geringe saisonale Schwankungen auf. In Rheinland-Pfalz lag der Anteil der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern am Übernachtungsaufkommen 2017 hingegen nur bei 13 Prozent, daher ist ihr Einfluss auf das saisonale Muster nicht besonders ausgeprägt.

Saisonmuster
in Rheinland-
Pfalz ähnelt
dem Küsten-
land Nieder-
sachsen

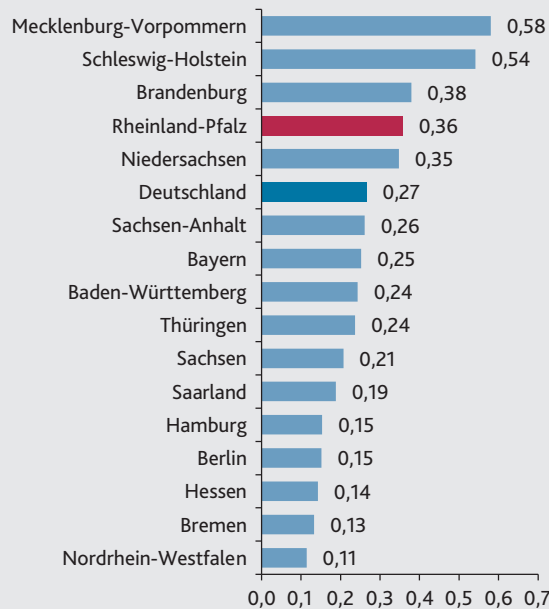
In den drei Küstenländern Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die unten links abgebildet sind, variieren die Übernachtungsanteile im Jahresverlauf deutlich. In Mecklenburg-Vorpommern und in Schleswig-Holstein sind die Schwankungen noch stärker als in Rheinland-Pfalz. Die Hauptsaison in den Monaten Juli und August sticht mit Übernachtungsanteilen von mehr als 16 Prozent deutlich hervor. Entsprechend gering sind die Anteile der Wintermonate am Übernachtungsaufkommen. In Niedersachsen ist das Saisonmuster hingegen ähnlich wie in Rheinland-Pfalz. Während die Übernachtungsanteile im Frühjahr und im Hochsommer in Niedersachsen etwas höher sind, liegt Rheinland-Pfalz in den Herbstmonaten vorn.

Brandenburg
mit ausgepräg-
tem Saison-
muster

Der Vergleich mit den neuen Bundesländern ohne das Küstenland Mecklenburg-Vorpommern fällt differenziert aus. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen schwanken die Übernachtungen im Jahresverlauf weniger stark als in Rheinland-Pfalz. Anders ist es in Brandenburg: Dort haben die Sommermonate Juli und August mit Übernachtungsanteilen von jeweils 13,5 Prozent einen höheren Stellenwert als in Rheinland-Pfalz, das dafür in den Herbstmonaten höhere Übernachtungsanteile aufweist.

G 4

Variationskoeffizient¹ der Übernachtungen 2015–2017 nach Bundesländern



¹ Je höher der Wert, desto stärker sind die Schwankungen um den Mittelwert.

Eine Möglichkeit, das Ausmaß der saisonalen Schwankungen der Übernachtungszahlen in den Bundesländern miteinander zu vergleichen, bietet der Variationskoeffizient. Der Variationskoeffizient setzt die Standardabweichung der Monatswerte der Übernachtungen in Beziehung zu ihrem Mittelwert (siehe Textkasten). Je stärker die Monatswerte der Übernachtungen um ihren Mittelwert schwanken, desto höher ist der Variationskoeffizient. Im Vergleich der 16 Bundesländer sind die Variationskoeffizienten der monatlichen Übernachtungszahlen 2015 bis 2017 in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein mit Abstand am höchsten, das heißt, die saisonalen Schwankungen sind hier am stärksten ausgeprägt. Dahinter folgen Brandenburg, Rheinland-Pfalz sowie Niedersachsen. In diesen drei Ländern liegen die Variationskoeffizienten ebenfalls über dem Bundesdurch-

Rheinland-
Pfalz mit
vierthöchstem
Variations-
koeffizienten

schnitt. Am geringsten sind die saisonalen Schwankungen in Nordrhein-Westfalen. Die zweit- und drittniedrigsten Werte weisen der Stadtstaat Bremen sowie Hessen auf. An vierter und fünfter Stelle folgen die beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg.

In Rheinhessen sind die saisonalen Schwankungen am geringsten

Ein Viertel der Übernachtungen entfällt auf die Region Mosel-Saar

Nicht nur zwischen den Bundesländern, sondern auch zwischen den Tourismusregionen innerhalb von Rheinland-Pfalz gibt es deutliche Unterschiede im Saisonmuster der Übernachtungen. Beim Vergleich der Regionen mit dem Landesdurchschnitt ist allerdings zu berücksichtigen, dass manche Tourismusregionen aufgrund ihres hohen Übernachtungsaufkommens den rheinland-pfälzischen Durchschnitt maßgeblich beeinflussen. So entfällt knapp ein Viertel des gesamten Übernachtungsvolumens auf die Region Mosel-Saar, deren Saisonmuster damit das Landesergebnis deutlich stärker prägt als beispielsweise der Hunsrück, der nur drei Prozent der Übernachtungen beisteuert.

In der Region Mosel-Saar schwanken die Übernachtungen besonders stark

In der Region Mosel-Saar schwanken die Übernachtungszahlen besonders stark: Während der Monat August in den Jahren 2015 bis 2017 im Durchschnitt 15,2 Prozent des Übernachtungsaufkommens auf sich vereinte, lag der Anteil des Monats Januar nur bei 2,5 Prozent. Die Konzentration der Übernachtungen auf die Sommersaison deutet darauf hin, dass in der Region ein großer Teil der Übernachtungen auf klassische Urlaubsreisen entfällt. Ein weiteres Kennzeichen der Region Mosel-Saar sind die überdurchschnittlichen Übernachtungsanteile der Monate September und Oktober, die unter anderem auf die Bedeutung des

Messung der Schwankungen der Übernachtungszahlen – Der Variationskoeffizient

Als Kennzahl, um die Schwankungen der Monatswerte der Übernachtungen um ihren Mittelwert zu messen, wird der Variationskoeffizient verwendet.

Der Variationskoeffizient V wird berechnet als Quotient aus der Standardabweichung s und dem arithmetischen Mittel \bar{x} der Monatswerte der Übernachtungen:

$$V = \frac{s}{\bar{x}}, \bar{x} > 0$$

mit

$$s = \sqrt{\frac{1}{n} \sum_{i=1}^n (x_i - \bar{x})^2}$$

und

$$\bar{x} = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n x_i$$

wobei n die Anzahl der Monatswerte und x_i die Monatswerte der Übernachtungen sind.

Der Vorteil des Variationskoeffizienten ist, dass er ein relatives Streuungsmaß ist, das von der Größe der in die Berechnung eingehenden Absolutwerte unabhängig ist. Auf diese Weise kann die Streuung der Monatswerte der Übernachtungen der verschiedenen Bundesländer miteinander verglichen werden, obwohl sich die Höhe des Übernachtungsaufkommens zwischen den Ländern deutlich unterscheidet. Je stärker die Streuung der Monatswerte der Übernachtungen um ihren Mittelwert ist, desto höher ist der Variationskoeffizient.

Weinbaus und der damit verbundenen kulturellen Veranstaltungen für den Tourismus zurückzuführen sein dürften.

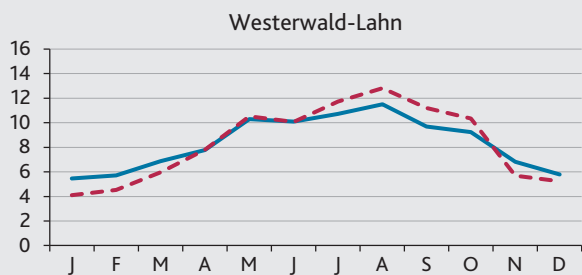
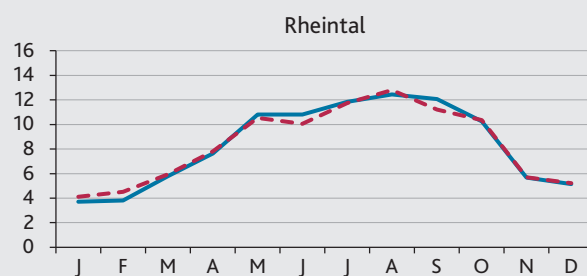
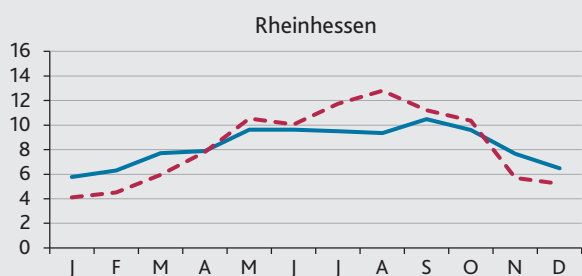
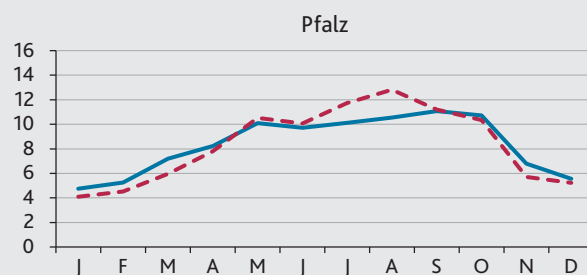
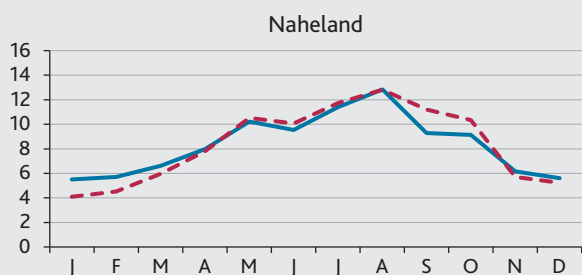
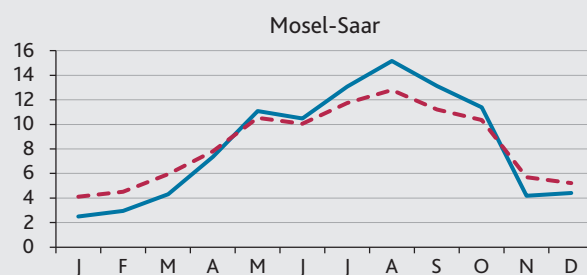
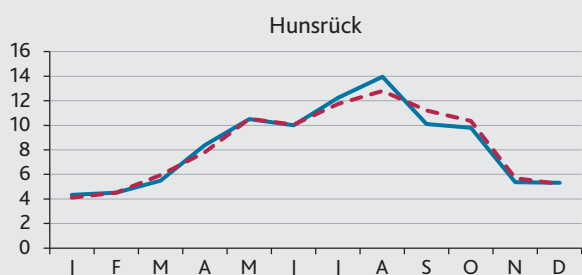
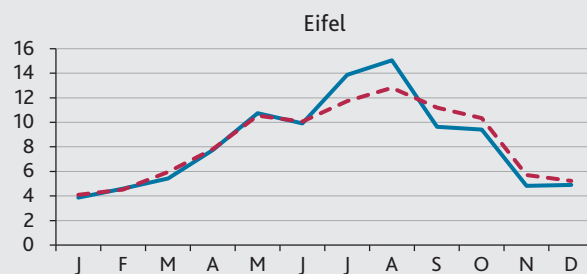
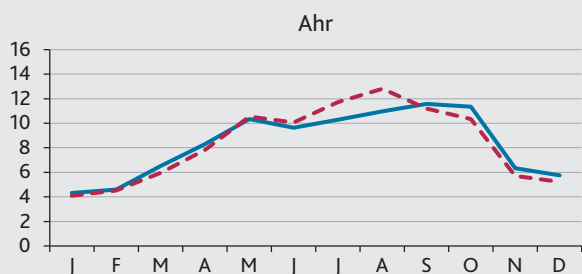
In den Regionen Eifel und Hunsrück liegen die Übernachtungsanteile der Sommermonate Juli und August ebenfalls über dem Landesdurchschnitt. Auch hier haben also klassische Urlaubsreisen vermutlich einen großen Anteil am Übernachtungsaufkommen. Dazu passt die Zusammensetzung des

In Eifel und Hunsrück Sommermonate mit hohen Übernachtungsanteilen

G 5

Übernachtungen in den Tourismusregionen 2015–2017¹ nach Monaten

Anteile an der Jahressumme in %



— Jeweilige Tourismusregion
 - - - Rheinland-Pfalz

¹ Dreijahresdurchschnitt.

Beherbergungsangebots: In beiden Regionen haben touristische Betriebsarten wie Feriencentren und Campingplätze, die vor allem von Urlaubsreisenden genutzt werden, einen überdurchschnittlichen Anteil an der Bettenkapazität. Der Herbst hat als Reisezeit in Eifel und Hunsrück anders als an Mosel und Saar nur eine unterdurchschnittliche Bedeutung.

Region Ahr
mit Saison-
schwerpunkt
im Herbst

Einen klaren saisonalen Schwerpunkt im Herbst hat hingegen die Weinregion Ahr. Der September ist hier der Monat mit dem höchsten Anteil am Übernachtungsaufkommen, und auch der Oktober weist einen über dem Landesdurchschnitt liegenden Übernachtungsanteil auf. Die Pfalz – ebenfalls eine Weinregion – zeichnet sich durch ein ähnliches saisonales Muster aus wie die Region Ahr.

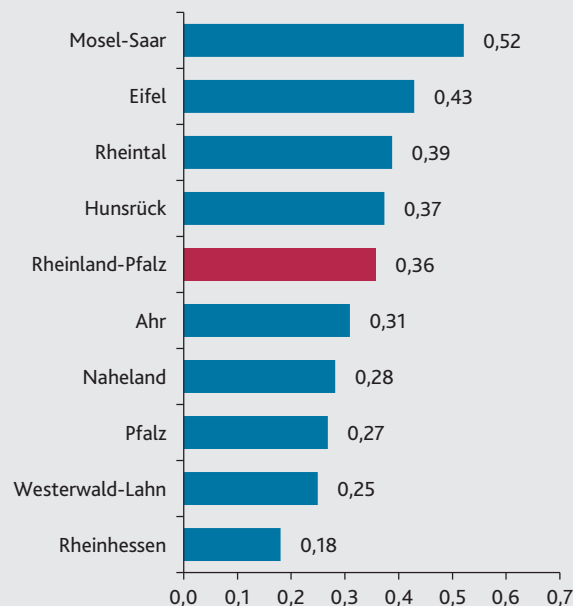
In Rheinhessen
geringe
saisonale
Schwankungen

Auch in Rheinhessen ist der September der Monat mit dem höchsten Anteil am Übernachtungsaufkommen. Allerdings ist hier die Spannweite zwischen den Übernachtungsanteilen der Monate geringer als in den anderen Regionen: Die Anteile lagen 2015 bis 2017 zwischen 5,8 Prozent im Januar und 10,5 Prozent im September. Ein Grund für das weniger ausgeprägte Saisonmuster dürfte die große Bedeutung der Stadt Mainz innerhalb der Tourismusregion sein. Auf die Landeshauptstadt, deren Übernachtungsaufkommen relativ geringe Schwankungen aufweist, entfallen ca. 60 Prozent der Übernachtungen der Region. Vor allem für die Stadt Mainz dürfte der Geschäftsreiseturismus aufgrund ihrer Lage im Rhein-Main-Gebiet eine größere Rolle spielen als für andere Regionen.

In der Region Westerwald-Lahn sind die saisonalen Schwankungen des Übernachtungsaufkommens ebenfalls vergleichs-

G 6

Variationskoeffizient¹ der Übernachtungen 2015–2017 nach Tourismusregionen



¹ Je höher der Wert, desto stärker sind die Schwankungen um den Mittelwert.

weise schwach. Dies deutet darauf hin, dass auch in dieser Region ein erheblicher Anteil der Übernachtungen nicht auf klassische Urlaubsreisen zurückzuführen ist. Ein Blick auf die Zusammensetzung des Beherbergungsangebots zeigt, dass der Kapazitätsanteil der Betriebsarten „Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime“ sowie „Vorsorge- und Rehabilitationskliniken“ in der Region Westerwald-Lahn außergewöhnlich hoch ist. Diese Betriebsarten, die im Jahresverlauf relativ gleichmäßig ausgelastet sind, stellten 2017 ein Drittel der Bettenkapazität in der Region.

Auch in
der Region
Westerwald-
Lahn schwach
ausgeprägtes
Saisonmuster

Die Berechnung der Variationskoeffizienten zeigt, dass die saisonalen Schwankungen der Übernachtungen in der Region Mosel-Saar mit Abstand am stärksten sind. Dahinter steht an zweiter Stelle die Eifel und an dritter das Rheintal. Am schwächsten ausgeprägt ist das Saisonmuster in Rheinhessen.

Saisonale
Schwankungen
in der Region
Mosel-Saar mit
Abstand am
stärksten

Dahinter folgen mit deutlichem Abstand die Region Westerwald-Lahn und die Pfalz.

Zusammenfassung

In Rheinland-Pfalz ist der Tourismus in besonderem Maße ein Saisongeschäft. Nur in den zwei Küstenländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sowie in Brandenburg schwanken die Übernachtungszahlen im Jahresverlauf noch stärker als in Rheinland-Pfalz. Ein besonderes Kennzeichen von Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den anderen Bundesländern ist der hohe Übernachtungsanteil der Herbstmonate September und Oktober. Ein Grund hierfür

dürfte der Weinbau mit den dazu gehörenden kulturellen Veranstaltungen sein, der die Touristinnen und Touristen im Herbst vor allem in die Region Mosel-Saar, aber auch in die anderen Weinbauregionen des Landes lockt. Nach den regionalen Unterschieden im Saisonverlauf werden im zweiten Teil des Beitrags die Saisonmuster nach der Herkunft der Gäste und nach Betriebsarten ausgewertet.

Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat „Analysen Wirtschaft“.

Bevölkerung 2017

Leichter Anstieg der Einwohnerzahl – Bevölkerungswachstum aufgrund der Zuwanderung schwächt sich ab



Von Britta Müller

Ende 2017 lebten 4 073 679 Menschen in Rheinland-Pfalz. Wie in den vergangenen Jahren starben im Jahresverlauf mehr Personen als geboren wurden. Die Zahl der Zuzüge überstieg die der Fortzüge über die Landesgrenzen deutlich. Der sich daraus ergebende Wanderungsüberschuss fiel zwar geringer aus als jeweils in den drei Jahren zuvor, konnte das Geburtendefizit jedoch überkompensieren. Gegenüber dem Jahr 2016 ergibt sich in der Folge ein leichter Bevölkerungszuwachs von 0,2 Prozent. Trotz der positiven Bevölkerungsentwicklung, resultierend aus der Zuwanderung überwiegend junger Menschen ausländischer Staatsangehörigkeit, schreitet die Alterung der rheinland-pfälzischen Gesellschaft weiter voran.

Bevölkerungszahl erreicht Höchststand

Rund 7 600 Menschen mehr gegen-
über dem
Vorjahr

Ende des Jahres 2017 lebten 4 073 679 Personen mit alleinigem bzw. Hauptwohnsitz in Rheinland-Pfalz. Das sind so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie noch nie zuvor in der Geschichte des Landes. Die Bevölkerungszahl ist gegenüber dem Vorjahr um 7 626 Personen bzw. 0,2 Prozent gestiegen. Nachdem sie in den Jahren 2005 bis 2011 rückläufig war¹, ist die Einwohnerzahl des Landes seit 2012 wieder kontinuierlich gewachsen. Seitdem hat sich die Zahl der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfäl-

zer um 2,1 Prozent erhöht und erreichte Ende 2017 ihren bisherigen Höchststand.

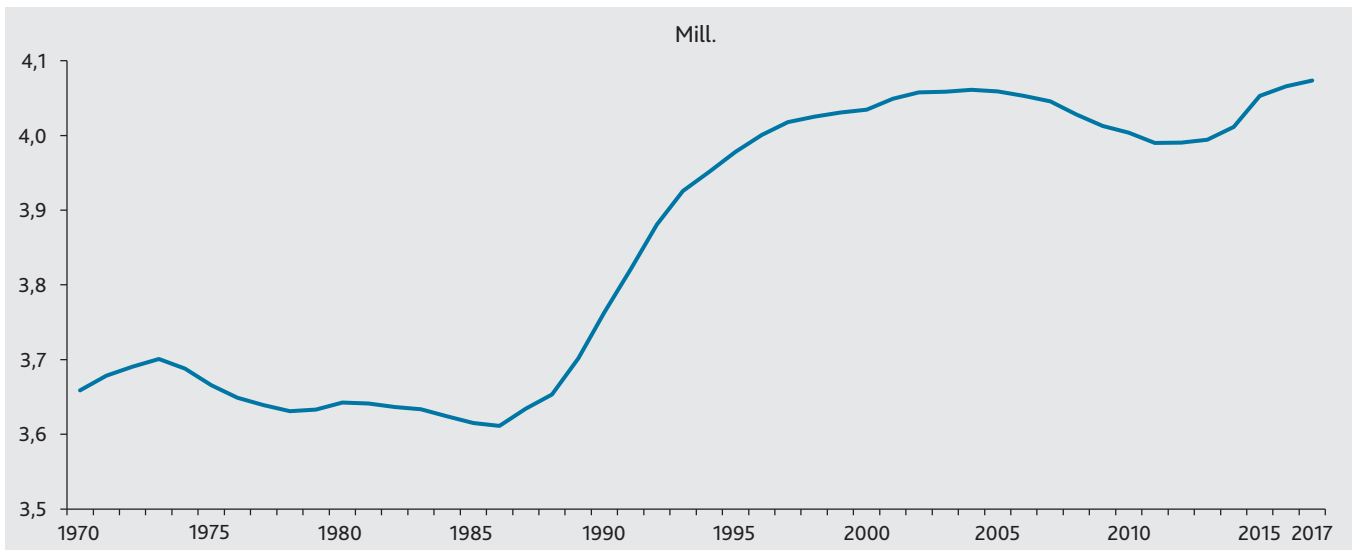
Die statistische Ermittlung der Bevölkerungszahl am Ende eines Jahres erfolgt auf Basis der monatlichen Fortschreibung des Bevölkerungsstandes unter Berücksichtigung der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geborene und Gestorbene) und der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Wanderungen, d. h. Zu- und Fortzüge) einschließlich der von den Meldebehörden eingehenden Korrekturmeldungen, mit denen diese in Vormonaten bzw. -jahren erfolgte Mitteilungen ergänzen bzw. berichtigen. Nur in größeren Zeitabständen werden die Bevölkerungszahlen im Rahmen von Volkszählungen festgestellt. Deren Ergebnisse

Ermittlung der Bevölkerungszahl basiert auf laufender Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

¹ Der Bevölkerungsrückgang 2011 ist im Wesentlichen methodisch bedingt, da in diesem Jahr die Berechnungsgrundlage für die Bevölkerungsfortschreibung von der Volkszählung 1987 auf den Zensus 2011 umgestellt wurde.

G 1

Bevölkerungsentwicklung 1970–2017



dienen dann gewissermaßen als inventurbereinigte Basis für die laufende Fortschreibung in den Folgemonaten und -jahren bis zum nächsten Zählungstichtag. Zurzeit bildet die letzte Volkszählung, der Zensus 2011, die Grundlage für die monatliche Bevölkerungsfortschreibung. Dieser Zählungsbestand wurde unter Verrechnung der seit Mai 2011 stattgefundenen Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungen inzwischen bis Ende 2017 laufend fortgeschrieben.

Wanderungs-
überschuss
übertrifft
Geburtendefizit

Wie in den vorangegangenen Jahren auch, lag die Zahl der im Jahr 2017 Gestorbenen deutlich über der Zahl der Lebendgeborenen. Das Geburtendefizit betrug rund 9 900 Personen und hat sich damit gegenüber dem Vorjahreswert (8 300) erhöht. Diesem negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung steht ein positiver Wanderungssaldo gegenüber. Im Jahr 2017 sind rund 17 500 Personen mehr nach Rheinland-Pfalz zugezogen als über die Landesgrenzen fortzogen. Der Zuwanderungsüberschuss fiel damit deutlich geringer aus als jeweils in den drei Jahren zuvor. Dennoch

übertraf der Wanderungssaldo auch 2017 das Geburtendefizit und sorgte für einen leichten Bevölkerungszuwachs.

Am Jahresende lebten hierzulande neben 3 641 819 Menschen deutscher auch 431 860 Menschen nicht deutscher Staatsangehörigkeit. Dies sind rund 21 200 nicht deutsche Personen mehr als 2016 (+5,2 Prozent). Ihr Anteil an der Bevölkerung ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozentpunkte auf 10,6 Prozent gestiegen. Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mit deutscher Staatsangehörigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um 13 622 bzw. 0,4 Prozent verringert. Der Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung lag 2017 bei 89,4 Prozent.

Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Komponenten der Bevölkerungsfortschreibung nach Nationalität zeigt, dass der Bevölkerungszuwachs im Jahr 2017 im Wesentlichen auf die Zuwanderung nicht deutscher Personen sowie auf die Altersstruktur und das Geburtenverhalten dieser

Bevölkerungsgruppe zurückzuführen ist. Dies wird im Folgenden näher erläutert.

Weiterhin mehr Gestorbene als Geborene

Zahl der Lebendgeborenen in etwa auf Vorjahresniveau

Im vergangenen Jahr wurden von rheinland-pfälzischen Frauen deutscher sowie nicht deutscher Nationalität 37 445 Kinder geboren. Die Zahl der Neugeborenen lag damit geringfügig unter der von 2016 (–0,2 Prozent), überstieg aber die Geburtenzahlen der Vorjahre. In den Jahren 2016 und 2017 erreichte die Zahl der Neugeborenen in etwa das Niveau des Jahres 2000. Im Vergleich dazu wurden Anfang der 60er-Jahre jährlich noch beinahe doppelt so viele Kinder geboren.

Die Geburtenzahl wird durch zwei Faktoren bestimmt: die Geburtenneigung und die Zahl der Frauen im sogenannten gebärfähigen Alter von 15 bis unter 45 Jahren. Diese Zahl der „potenziell Gebärenden“ sinkt seit Mitte der 90er-Jahre beinahe kontinuierlich. Ursache für diesen Trend ist die seit Ende der 60er-Jahre deutlich gesunkene Geburtenrate. Die sogenannten „Babyboomer“, d. h. die geburtenstarken Jahrgänge der 50er- und 60er-Jahre, sind mittlerweile aus ihrer reproduktiven Phase herausgewachsen. Die nachfolgenden Generationen sind wegen der in den Folgejahrzehnten gesunkenen Anzahl der Geburten wesentlich schwächer besetzt. In den vergangenen 20 Jahren hat sich deshalb die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter um rund 16 Prozent verringert. Allerdings hat sich der Abwärtstrend in den letzten Jahren etwas abgeschwächt. Einerseits haben die Töchter der „Babyboomer“ nun selbst das gebärfähige Alter erreicht, andererseits wanderten Frauen dieser Altersgruppe aus dem Ausland zu.

Neben der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter ist für die Geburtenzahl auch die Geburtenneigung entscheidend. Diese lässt sich statistisch durch die Geburtenrate beschreiben. Dieser Indikator gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 44 Jahren im jeweils betrachteten Jahr. Um den Bestand der Bevölkerung zu erhalten, müsste jede Frau durchschnittlich 2,1 Kinder gebären. Seit Anfang der 70er-Jahre liegt die Geburtenrate unter dem Bestandserhaltungsniveau. Sie schwankt seit Mitte der 70er-Jahre um Werte von rund 1,4 Kindern je Frau. In den vergangenen Jahren ist jedoch ein tendenzieller Anstieg zu beobachten. Im Jahr 2017 ergab sich wie im Vorjahr eine Geburtenrate von 1,6 bezogen auf die 15- bis unter 45-Jährigen.

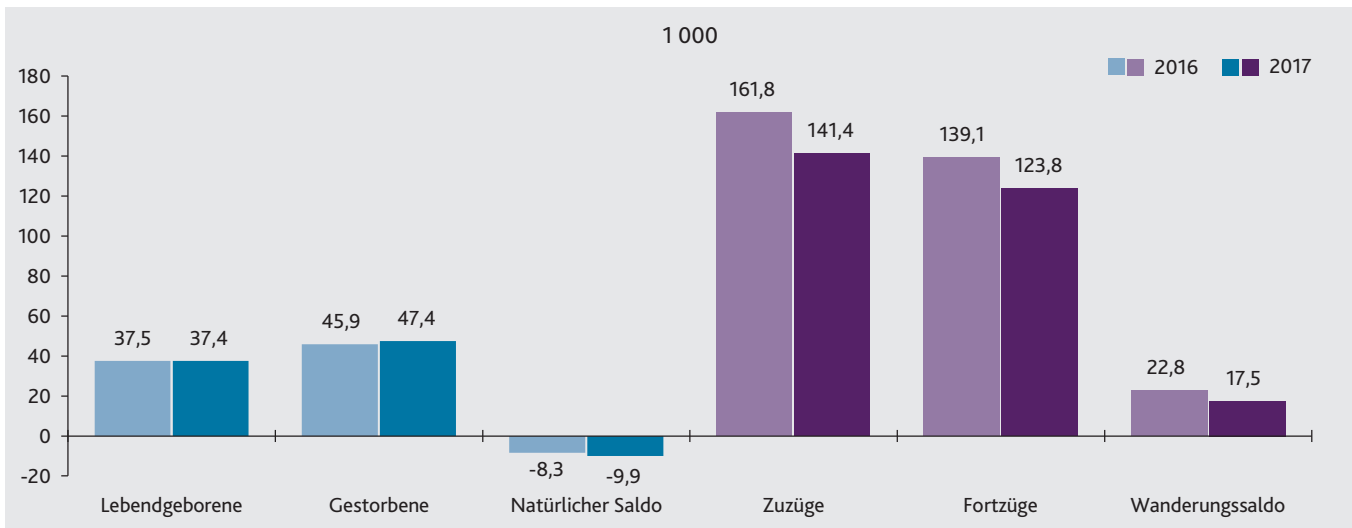
Eine Differenzierung nach Nationalität zeigt, dass die Geburtenrate der Frauen mit deutscher Staatsbürgerschaft mit 1,5 Kindern je Frau deutlich unter der der Frauen ausschließlich nicht deutscher Staatsbürgerschaft lag (2,3 Kinder je Frau). Fünf Jahre zuvor lag die Geburtenrate Nichtdeutscher noch bei rund 1,8 Kindern je Frau. Der deutliche Anstieg ist wohl in erster Linie damit zu begründen, dass ein großer Teil der seither zugewanderten Frauen aus Gesellschaften mit besonders hohen Geburtenraten kommen. Die Geburtenrate der Rheinland-Pfälzerinnen mit deutscher Staatsbürgerschaft nahm in den vergangenen Jahren ebenfalls zu, allerdings nur in geringerem Maße. Im Jahr 2012 hatte die Geburtenrate der deutschen Frauen noch bei 1,3 Kindern je Frau gelegen.

Höhere Geburtenrate bei Frauen mit ausländischer Staatsbürgerschaft

Im Jahr 2017 starben landesweit 47 385 Menschen. Nach einem leichten Rückgang 2016 ist die Zahl der Sterbefälle damit wieder

G 2

Entwicklung der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung 2016 und 2017



Rund
1 500 mehr
Gestorbene
als im Vorjahr

angestiegen und zwar um rund 1 500 Personen (+3,3 Prozent). Wie die Geburtenzahl wird auch die Zahl der Gestorbenen maßgeblich durch die Altersstruktur der Bevölkerung bestimmt, insbesondere durch die steigende Anzahl älterer Menschen. Beispielsweise nahm die Zahl der 80-Jährigen und Älteren seit 2012 um 16 Prozent zu.

Geburten-
defizit von
rund 9 900

Insgesamt übertraf die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Lebendgeborenen um rund 9 900 Personen. Das Geburtendefizit hat sich damit gegenüber dem Vorjahreswert (8 300) erhöht. Bereits seit 1972 ist die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung – mit nur einer Ausnahme Anfang der 90er-Jahre – negativ, d. h. seitdem sterben Jahr für Jahr mehr Menschen als Kinder geboren werden.

Deutlich mehr Zu- als Fortzüge

Im Jahr 2017 zogen 141 364 Personen über die Landesgrenzen nach Rheinland-Pfalz zu. Das sind rund 13 Prozent weniger als im Vorjahr. Auch die Zahl der Fortzüge über die Landesgrenzen verringerte sich gegenüber 2016, und zwar um elf Prozent auf

123 822. Daraus ergibt sich ein positiver Wanderungssaldo von 17 542 Personen. Der Zuwanderungsgewinn liegt damit auf einem ähnlichen Niveau wie 2013 (17 092) und fällt deutlich niedriger aus als in den Jahren 2014, 2015 und 2016. Auf dem Höhepunkt der Zuwanderung insbesondere von Schutzsuchenden im Jahr 2015 war der Wanderungsüberschuss etwa dreimal so groß gewesen und hatte 52 129 Personen betragen.

Während im vergangenen Jahr mehr Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit aus Rheinland-Pfalz fort- als zugezogen sind (–5 879), wiesen die Ausländerinnen und Ausländer einen positiven Wanderungssaldo auf (+23 421). Der Wanderungsüberschuss 2017 ist somit, wie in den Jahren zuvor, ausschließlich auf die Wanderungsbilanz der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft zurückzuführen.

In andere Regionen Deutschlands zog es im vergangenen Jahr 70 293 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer deutscher und nicht deutscher Nationalität. Dem stehen 71 650 Zuzüge aus anderen Bundeslän-

Wanderungs-
saldo geringer
als in den
Vorjahren

dern gegenüber. Aus diesen innerdeutschen Wanderungen resultiert dementsprechend ein Plus von 1 357 Personen. Die innerdeutsche Wanderungsbilanz fällt damit im zweiten Jahr in Folge positiv aus (+1 875 im Jahr 2016). Zwischen 2007 und 2015 waren jährlich mehr Personen von Rheinland-Pfalz in das restliche Bundesgebiet fortgezogen als von dort zugezogen.

Weit stärker als durch die innerdeutschen Wanderungen war die Gesamtbilanz der räumlichen Bevölkerungsbewegung auch im vergangenen Jahr durch die Zuwanderungen aus dem Ausland geprägt. Im Jahr 2017 zogen 69 714 Menschen über die Bundesgrenzen nach Rheinland-Pfalz zu. Die Zahl der Fortzüge ins Ausland betrug 53 529. Sowohl die Zu- als auch die Fortzüge sind im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Der Wanderungssaldo mit dem Ausland betrug 16 185 Personen. Mehr als 88 Prozent der Zuzüge aus dem Ausland (61 654 Personen) entfielen auf Personen mit ausschließlich nicht deutscher Staatsbürgerschaft. Es waren 39 519 Fortzüge ausländischer Personen über die Bundesgrenzen zu verzeichnen. Im Saldo wanderten damit 22 135 Nichtdeutsche mehr aus dem Ausland zu als dorthin fortzogen. Der Saldo fiel deutlich geringer aus als im Vorjahr (29 559 Personen) und hat sich im Vergleich zum Jahr 2015 mehr als halbiert.

Größte Zuwanderergruppen aus mittel- und osteuropäischen EU-Staaten

Nicht nur die Anzahl der Zuzüge aus dem Ausland hat sich zwischen 2015 und 2017 verändert, sondern auch die Herkunftsstätten der zugewanderten Personen. Während im Jahr 2015 Personen mit syrischer Staatsbürgerschaft die größte Zuwanderungsgruppe bildeten (18 582 Zuzüge), waren sie im Jahr 2017 mit 3 583 Zuzügen nur noch am vierthäufigsten vertreten. Der starke

Rückgang lässt sich vor allem auf die Schließung der sogenannten „Balkanroute“ 2016 zurückführen. Im vergangenen Jahr war die Zuwanderung aus dem Ausland am stärksten durch Personen aus mittel- und osteuropäischen EU-Staaten geprägt, für die seit wenigen Jahren die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland gilt. Rumäninnen und Rumänen stellten 2017 mit 11 024 Zuzügen die größte Zuwanderungsgruppe aus dem Ausland – gefolgt von Menschen mit polnischer (7 151 Zuzüge) und bulgarischer (4 959 Zuzüge) Staatsangehörigkeit. Diese drei Nationalitäten waren auch schon 2015 unter den fünf am häufigsten aus dem Ausland zugewanderten Nationalitäten vertreten gewesen.

Leichter Bevölkerungszuwachs in Rheinland-Pfalz

Für das Jahr 2017 beträgt die Summe der Salden der natürlichen und der räumlichen Bevölkerungsbewegung 7 602 Personen. Dieser positive Gesamtsaldo hat sich im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert.

Neben Daten der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung fließen in die Bevölkerungsfortschreibung auch Korrekturen einschließlich Rücknahmen von Wanderungsdaten ein, die sich nicht in der laufenden Aufbereitung der Bewegungsdaten des jeweiligen Berichtsjahres und deren Salden niederschlagen. Im Rahmen dieser sogenannten Bestandskorrekturen werden vorwiegend Korrekturdatenlieferungen zu Meldefällen verarbeitet, die von den meldenden Stellen laufend zugeliefert werden. Die Verarbeitung dieser Korrekturmeldungen hat zur Folge, dass sich die tatsächliche Bevölkerungsveränderung im Verlaufe eines Jahres nicht allein aus dem Saldo der natürlichen

Bestandskorrekturen bei der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Bevölkerungsbewegung und der räumlichen Bevölkerungsbewegung ergibt. Unter Berücksichtigung dieser Bestandskorrekturen nahm die rheinland-pfälzische Bevölkerung gegenüber dem Vorjahr um 7 626 Personen zu.

Zahl der älteren Menschen steigt

Altersstruktur
ändert sich

Für die stattgefundene und die künftige Bevölkerungsentwicklung ist neben der Veränderung des Bevölkerungsstands unter anderem auch die Altersstruktur von besonderer Relevanz. Durch den Anstieg der Lebenserwartung nahm die Anzahl älterer Menschen in den letzten Jahren stetig zu. Die Geburtenzahlen befinden sich seit Jahrzehnten auf einem niedrigen Niveau, sodass sich das Verhältnis älterer Menschen zu Kindern und Jugendlichen zunehmend in Richtung der Älteren verschiebt.

Die bislang stattgefundene Entwicklung lässt sich grob veranschaulichen, indem die Gesamtbevölkerung in drei Hauptaltersgrup-

pen unterteilt dargestellt wird. Dabei erfolgt eine Abgrenzung des erwerbsfähigen und üblicherweise erwerbstätigen Teils der Bevölkerung (20- bis unter 65-Jährige) von den normalerweise noch nicht (unter 20-Jährige) sowie den potenziell nicht mehr erwerbstätigen Personen (65-Jährige und Ältere). Die Anzahl der 65-Jährigen und Älteren hat seit 2012 um 7,2 Prozent (rund 59 000 Personen) zugenommen. Im gleichen Zeitraum ist die Bevölkerungsgruppe der Menschen unter 20 Jahren nur um 0,7 Prozent (rund 4 900 Personen) gewachsen. Der Zuwachs der 20- bis unter 65-Jährigen betrug 0,8 Prozent (rund 19 500 Personen).

Eine Betrachtung nach Nationalität zeigt, dass sowohl die Anzahl der unter 20-jährigen als auch die der 20- bis unter 65-jährigen Deutschen seit 2012 zurückging. Die leichten Bevölkerungszuwächse, die insgesamt in diesen Altersgruppen zu verzeichnen waren, sind somit ausschließlich auf Personen nicht deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuführen. In

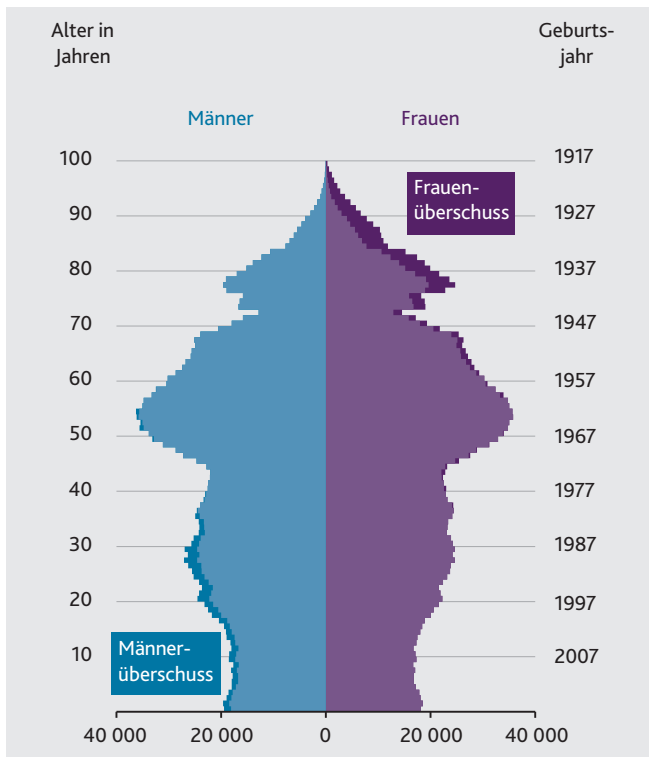
Unterschiede
in der Alters-
struktur von
Deutschen und
Nichtdeutschen

T 1

Bevölkerung am 31. Dezember 2017 nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Alter in Jahren	Insgesamt		Deutsche		Nichtdeutsche	
	Anzahl	Anteile in %	Anzahl	Anteile in %	Anzahl	Anteile in %
Unter 10	359 191	8,8	317 608	8,7	41 583	9,6
10 – 20	386 353	9,5	347 827	9,6	38 526	8,9
20 – 30	486 720	11,9	401 811	11,0	84 909	19,7
30 – 40	480 848	11,8	395 188	10,9	85 660	19,8
40 – 50	516 910	12,7	439 815	12,1	77 095	17,9
50 – 60	685 807	16,8	633 359	17,4	52 448	12,1
60 – 70	528 394	13,0	498 386	13,7	30 008	6,9
70 – 80	370 372	9,1	354 268	9,7	16 104	3,7
80 – 90	218 999	5,4	214 217	5,9	4 782	1,1
90 und älter	40 085	1,0	39 340	1,1	745	0,2
Unter 20	745 544	18,3	665 435	18,3	80 109	18,5
20 – 65	2 452 214	60,2	2 135 468	58,6	316 746	73,3
65 und älter	875 921	21,5	840 916	23,1	35 005	8,1
Insgesamt	4 073 679	100	3 641 819	100	431 860	100

G 3

Aufbau der Bevölkerung 2017
nach Alter und Geschlecht

der Altersgruppe der Seniorinnen und Senioren hingegen nahm sowohl die Anzahl der Nichtdeutschen als auch der Deutschen zu.

Fast ein Viertel
der deutschen
Bevölkerung
65 Jahre
und älter

Deutliche altersstrukturelle Unterschiede zwischen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit zeigen sich auch in der Besetzung der Hauptaltersgruppen, vor allem bei den 65-Jährigen und Älteren. Fast ein Viertel der deutschen Bevölkerung gehörte Ende 2017 dieser Altersgruppe an, wohingegen nur 8,1 Prozent der Nichtdeutschen zur Gruppe der potenziell nicht mehr Erwerbstätigen zählte.

Die strukturelle Alterung der Bevölkerung wird weiter voranschreiten. Dies zeigt auch ein Blick auf die Besetzungszahlen der jüngeren Alterskohorten in der Bevölkerungspyramide. Die in den vergangenen Jahren

stattgefundene Zuwanderung überwiegend jüngerer Menschen sowie der jüngst zu beobachtende leichte Anstieg der Geburtenzahlen haben diese Entwicklung nur leicht abgebrems.

Bevölkerungsgewinne in den meisten kreisfreien Städten und Landkreisen

Auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte übertraf 2017 die Zahl der Gestorbenen fast überall die Zahl der Lebendgeborenen. Nur in den kreisfreien Städten Mainz und Ludwigshafen gab es im Saldo einen Geburtenüberschuss von 300 bzw. 42 Personen. Bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden in Mainz 1,4 Personen mehr geboren als starben. Für Ludwigshafen betrug der Geburtenüberschuss 0,3 Personen. Die höchsten relativen Geburtendefizite wiesen die kreisfreie Stadt Pirmasens mit –8,5 und der Landkreis Birkenfeld mit –7 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner auf.

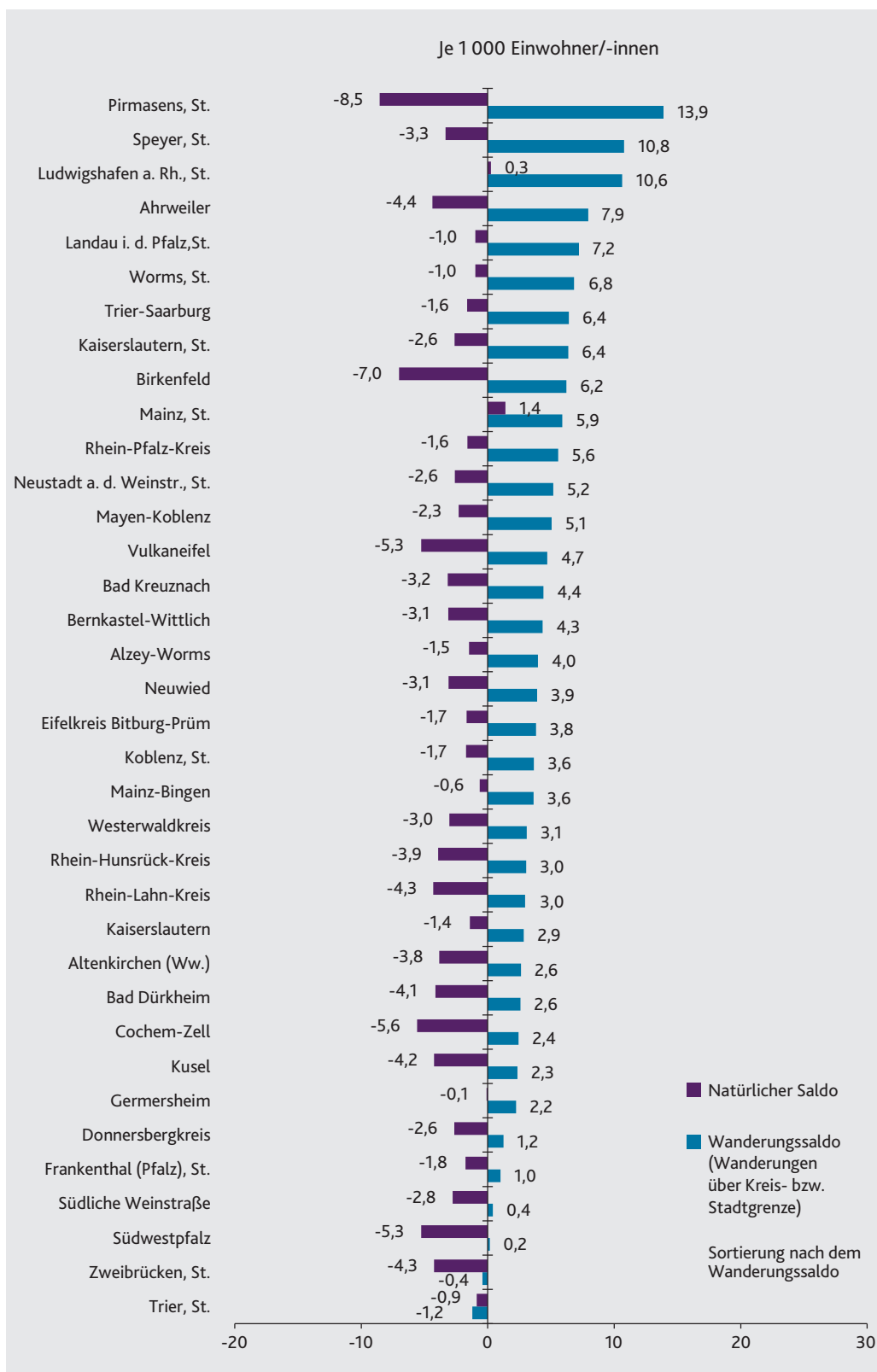
Fast
überall mehr
Sterbefälle als
Geburten

Der Saldo der Wanderungen über die Kreis- bzw. Stadtgrenze fiel in allen Landkreisen sowie in zehn von zwölf kreisfreien Städten positiv aus. Bei den Landkreisen lag der Kreis Ahrweiler vorn. Im Jahr 2017 zogen 7,9 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner mehr dorthin als den Kreis verließen. Den höchsten relativen Wanderungsüberschuss verbuchte die kreisfreie Stadt Pirmasens mit +13,9 Personen. Dieser Überschuss lässt sich vorwiegend auf den Zuzug von anerkannten Flüchtlingen zurückführen, die wegen günstiger Mieten und einem großen Wohnungsangebot ihren Wohnsitz in die westpfälzische Stadt verlegten. In der kreisfreien Stadt Trier zeigte sich ein negativer Wanderungssaldo von –1,2 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Dies lässt sich im Wesentlichen mit der

Größter
Wanderungs-
saldo über die
Kreisgrenze
in Pirmasens

G 4

Salden der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung 2017 nach Verwaltungsbezirken



dort ansässigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende erklären. Dort werden Schutzsuchende kurzfristig aufgenommen, untergebracht und betreut, bevor sie dann auf andere Kommunen in Rheinland-Pfalz verteilt werden.

Bevölkerungs-
zunahme in
Ludwigshafen
am größten

Insgesamt betrachtet wuchs die Bevölkerung 2017 im Vergleich zum Vorjahr in neun von zwölf kreisfreien Städten. Die größten Zuwächse ergaben sich dabei sowohl absolut als auch relativ gesehen für die Stadt Ludwigshafen (+1 876 bzw. +1,1 Prozent). Leichte Bevölkerungsrückgänge waren demgegenüber in Frankenthal und Trier (jeweils –0,1 Prozent) sowie in Zweibrücken (–0,5 Prozent) zu verzeichnen. Unter den Landkreisen wuchs der Kreis Trier-Saargau am stärksten. Dort erhöhte sich die Bevölkerungszahl um 699 Personen bzw. 0,5 Prozent. In insgesamt elf von 24 Landkreisen lebten hingegen 2017 weniger Personen als im Jahr zuvor. Das Schlusslicht bildete der Kreis Südwestpfalz. Dort sank die Bevölkerungszahl im Vorjahresvergleich um 0,5 Prozent. Die Entwicklung der Zahlen der Bevölkerungsfortschreibung auf Kreisebene ergibt sich aus dem jeweiligen natürlichen Saldo, dem Saldo der Wanderungen über die jeweilige Kreisgrenze sowie den für den jeweiligen Verwaltungsbezirk maßgeblichen Bestandskorrekturen.

Fazit

Im Jahr 2017 konnte Rheinland-Pfalz einen leichten Bevölkerungszuwachs verzeich-

nen. Maßgeblich hierfür ist, dass im Laufe des Jahres deutlich mehr Personen über die Landesgrenzen zu- als fortgezogen sind. Dieser Wanderungsüberschuss konnte das Geburtendefizit mehr als ausgleichen. Wie in den Vorjahren ist der Zuwanderungsgewinn durch die positive Wanderungsbilanz von Personen mit ausschließlich ausländischer Staatsbürgerschaft bedingt. Auch die Entwicklungen der Geburtenzahl und der Altersstruktur der Bevölkerung werden durch die ausländische Bevölkerung positiv beeinflusst.

Dennoch setzt sich die Alterung der Gesamtbevölkerung fort. Es ist davon auszugehen, dass die Wanderungsüberschüsse der letzten Jahre einen Bevölkerungsrückgang und die zunehmende strukturelle Alterung nur verzögern. Mit welchen künftigen Bevölkerungszahlen und -strukturen im Land zu rechnen ist, werden die Ergebnisse der 5. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes zeigen, deren Veröffentlichung im Frühjahr 2019 geplant ist.

Britta Müller, Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin M.A., ist Referentin im Referat „Bevölkerung, Zensus, Verwaltungsstelle Mortalität“.

Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

Aktuelle Ergebnisse und Entwicklung ab 2008



Von Dr. Melanie Nofz

Die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft nimmt aufgrund der steigenden Lebenserwartung, aber auch aufgrund des wachsenden Gesundheitsbewusstseins der Menschen zu. Im Jahr 2016 wurden 18 Milliarden Euro für Waren und Dienstleistungen rund um die Gesundheit ausgegeben. Das ist ein Drittel mehr als 2008, dem Beginn der Berechnungen auf Länderebene. Die Zahl der im Gesundheitswesen Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum um 17 Prozent auf 262 400 Personen. Die Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz erzielte 2017 eine Bruttowertschöpfung von 15 Milliarden Euro. Ihr Anteil an der Gesamtwirtschaft betrug damit knapp zwölf Prozent; das waren 1,8 Prozentpunkte mehr als 2008.

Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“

Zur Arbeitsgruppe gehören die Statistischen Ämter von zwölf Ländern und das Statistische Bundesamt

Mit dem „Gesundheitsmarkt“ auf Länderebene beschäftigt sich die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (AG GGRdL). Der Arbeitsgruppe gehören die Statistischen Ämter von zwölf Ländern – Baden-Württemberg, Bayern, Berlin/Brandenburg, Bremen, Hamburg/Schleswig-Holstein, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen – sowie das Statistische Bundesamt an.

Info

Ausführlichere Informationen zu den Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen bietet die Internetseite der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL) unter www.ggrdl.de.

Die Arbeitsgruppe erstellt Rechenwerke, die Daten zu den Gesundheitsausgaben (Gesundheitsausgabenrechnung) und dem Personal im Gesundheitswesen¹ (Gesundheitspersonalrechnung) sowie zu der Bruttowertschöpfung und der Erwerbstätigkeit in der Gesundheitswirtschaft² (Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz) liefern.

Drei Teilbereiche der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder

Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen, das die Federführung der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder innehat, berechnet das Gesundheits-

¹ Das Gesundheitswesen ist gemäß SHA (System of Health Accounts) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) abgegrenzt. Es ist nicht identisch mit Abteilung 86 der aktuellen Wirtschaftszweigklassifikation.

² Als Gesundheitswirtschaft wird die wirtschaftszweigbezogene Abgrenzung der AG GGRdL nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) verstanden.

Gesundheits-
personal-
rechnung

personal. Die Gesundheitspersonalrechnung (GPR) weist die Zahl der Beschäftigten, die in den verschiedenen Einrichtungen des Gesundheitswesens tätig sind, nach Einrichtungsarten aus. Unter „Beschäftigten“ werden hier Beschäftigungsverhältnisse verstanden. Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen werden also mehrfach als Beschäftigte gezählt.³ Als Beschäftigte im Gesundheitswesen gelten Selbstständige, ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Neben der Zahl des Gesundheitspersonals insgesamt werden in der GPR die weiblichen Beschäftigten und die Vollzeitäquivalente für die verschiedenen Einrichtungsarten ermittelt. Vollzeitäquivalente werden berechnet, indem die Zahl der Beschäftigten auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechnet wird.

Gesundheits-
ausgaben-
rechnung

Die Gesundheitsausgabenrechnung (GAR) wird vom Bayerischen Landesamt für Statistik koordiniert. In der GAR werden die Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern abgebildet. Zu den Gesundheitsausgaben zählen alle Käufe von Waren und Dienstleistungen, die zum Zweck der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege getätigt werden, die Kosten der Verwaltung sowie die Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Räumlich beziehen sich die Gesundheitsausgaben auf die Käufe der inländischen Bevölkerung. Inhaltlich werden nur die Transaktionen für die letzte Verwendung erfasst. Ein direkter Patientenbezug muss daher im Regelfall gegeben sein. Träger von Gesundheitsausgaben sind alle

³ Der Gesundheitspersonalrechnung liegt damit ein anderes Konzept zugrunde als der Erwerbstätigenrechnung, bei der Erwerbstätige mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen nur einmal mit ihrer Haupttätigkeit erfasst werden.

öffentlichen und privaten Institutionen, die Leistungen für die Gesundheit finanzieren.

Der Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz (WSE) wird vom Landesbetrieb IT.NRW betreut. Der WSE liefert Daten zur Bruttowertschöpfung und zu den Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft.

Wertschöpfungs-
Erwerbs-
tätigen-Ansatz

Die von der AG GGRdL abgegrenzte Gesundheitswirtschaft berücksichtigt solche Güter und Dienstleistungen, d. h. ihre Fertigung und Vermarktung, mit denen die Gesundheit sowohl erhalten als auch wiederhergestellt wird und die von den verschiedenen Ausgabenträgern im Gesundheitswesen ganz oder teilweise erstattet werden. Nicht zu der Gesundheitswirtschaft zählen grundsätzlich privat finanzierte gesundheitsbezogene Waren und Dienstleistungen wie beispielsweise Produkte aus dem Wellness-Bereich.

Abgrenzung des Gesundheitswesens (GPR, GAR)
und der Gesundheitswirtschaft (WSE)

Im Gegensatz zur Gesundheitsausgaben- und zur Gesundheitspersonalrechnung wird beim Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz nicht das System of Health Accounts (SHA) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft verwendet, sondern die Wirtschaftszweigklassifikation 2008 (WZ 2008). Dadurch harmonisieren die Daten mit den amtlichen Gesamtergebnissen, sodass ein Vergleich der Gesundheitswirtschaft mit der Wertschöpfung und der Erwerbstätigkeit anderer Bereiche der Volkswirtschaft möglich ist.

Das zentrale Vorgehen bei der Berechnung der einzelnen Teilbereiche der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen garantiert, dass eine einheitliche Methode verwendet wird. Die Ergebnisse sind somit zwischen den Bundesländern vergleichbar.

Zentrale Be-
rechnung der
Teilbereiche
der Gesund-
heitsökonomi-
schen Gesamt-
rechnungen

Nachfolgend werden die aktuellen Ergebnisse aus den drei Teilbereichen der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder vorgestellt. Für die Gesundheitspersonal- und die Gesundheitsausgabenrechnung liegen derzeit Ergebnisse für die Berichtsjahre 2008 bis 2016 und für den Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz für die Jahre 2008 bis 2017 vor.

Beschäftigung im Gesundheitswesen steigt

65 Beschäftigte je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner

Im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen waren 2016 rund 262 400 Personen beschäftigt. Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 65 Beschäftigte im Gesundheitswesen.

Der größte Anteil der Beschäftigten im Gesundheitswesen arbeitete in ambulan-

ten Einrichtungen. Hier waren 40 Prozent der Beschäftigten des Gesundheitswesens tätig. Fast die Hälfte davon arbeitete in Arzt- oder Zahnarztpraxen.

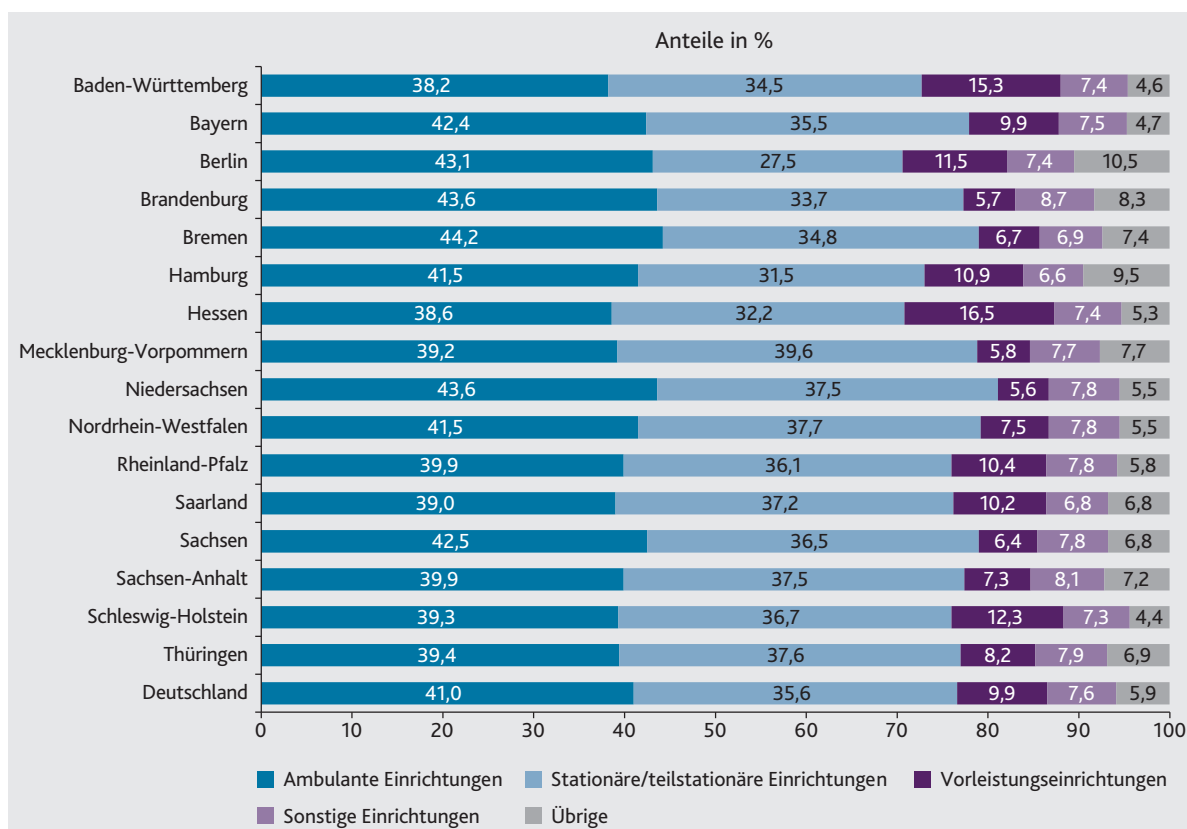
Größter Arbeitgeber sind die ambulanten Einrichtungen

An zweiter Stelle hinter den ambulanten Einrichtungen folgen die stationären und teilstationären Einrichtungen mit einem Anteil von 36 Prozent an den Beschäftigungsverhältnissen im Gesundheitswesen. Mehr als die Hälfte dieser Beschäftigten war in Krankenhäusern angestellt.

Die übrigen Einrichtungsarten hatten einen wesentlich geringeren Anteil an der Beschäftigung im Gesundheitswesen. Von ihnen besaßen die Vorleistungseinrichtungen, zu denen z. B. die pharmazeutische und medizintechnische Industrie gehören, mit

G 1

Gesundheitspersonal 2016 nach Bundesländern und Art der Einrichtung



gut zehn Prozent den höchsten Beschäftigtenanteil.

Ähnliche Verteilung des Gesundheitspersonals auf die Einrichtungsarten in den Bundesländern

Im Vergleich der Bundesländer verteilt sich das Gesundheitspersonal ähnlich auf die Einrichtungsarten. In allen Bundesländern außer in Mecklenburg-Vorpommern sind die ambulanten Einrichtungen die größten und die stationären sowie teilstationären Einrichtungen die zweitgrößten Arbeitgeber im Gesundheitswesen. In Mecklenburg-Vorpommern stehen die stationären und teilstationären Einrichtungen an erster und die ambulanten Einrichtungen an zweiter Stelle. Ein weiterer Unterschied zwischen den Bundesländern besteht darin, dass in Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt nicht die Vorleistungseinrichtungen, sondern die sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens hinsichtlich der Beschäftigtenzahl auf dem dritten Platz lagen. Hierzu zählen diejenigen Einrichtungen des Gesundheitswesens, die keiner der definierten Einrichtungsarten zuzurechnen sind.

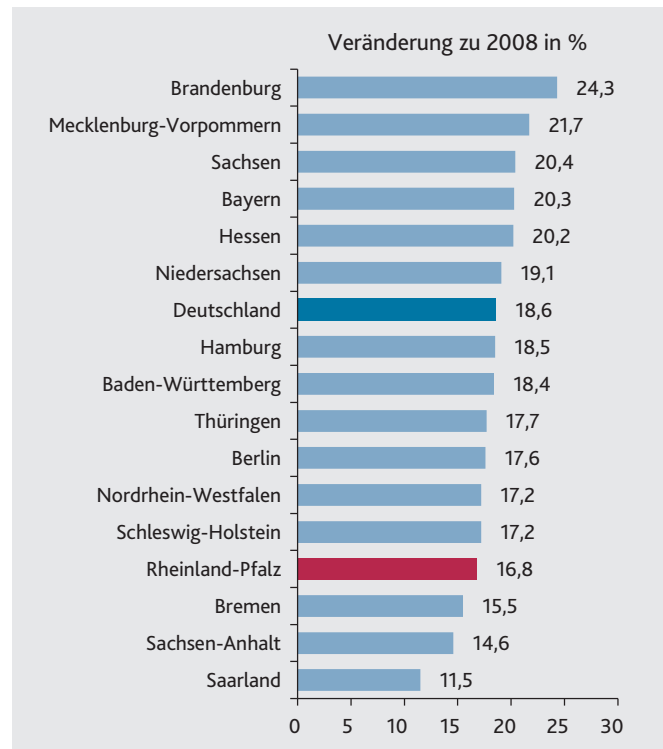
Anzahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen steigt

Seit 2008 ist die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen um 37 700 gestiegen (+17 Prozent). Damit lag der Beschäftigtenzuwachs um 1,8 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Die geringste Veränderung der Beschäftigung im Gesundheitswesen seit 2008 wies das Saarland mit einem Plus von elf Prozent bzw. 7 700 Beschäftigten auf. Besonders kräftig erhöhte sich das Gesundheitspersonal in Brandenburg (+24 Prozent bzw. +28 200 Beschäftigte).

Unterschiede im Umfang der Teilzeitbeschäftigung lassen sich anhand der Vollzeitäquivalente feststellen. Im Jahr 2016 kamen in Rheinland-Pfalz auf 100 Beschäftigte 71,5 Vollzeitäquivalente. Damit hat die

G 2

Gesundheitspersonal 2016 nach Bundesländern



Teilzeitbeschäftigung im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen eine überdurchschnittliche Bedeutung; nur in Bremen (71,3 Vollzeitäquivalente) und Niedersachsen (70,7 Vollzeitäquivalente) ist Teilzeitarbeit noch weiter verbreitet. Den geringsten Stellenwert hat die Teilzeitbeschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern mit 76,1 sowie in Thüringen mit 76 Vollzeitäquivalenten je 100 Beschäftigte.

Hoher Stellenwert der Teilzeitbeschäftigung

Generell sind die Unterschiede zwischen den Ländern zwar relativ gering. Allerdings besitzt die Teilzeitarbeit im Gesundheitswesen in den alten Bundesländern eine höhere Bedeutung als in den neuen Bundesländern: In keinem der alten Länder (ohne Berlin) wurden 2016 mehr als 73,7 Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte erreicht, wohingegen dieser Wert von keinem der neuen Bundesländer unterschritten wurde.

T 1

Gesundheitspersonal 2016 nach Bundesländern

Land	Insgesamt		Vollzeitäquivalente	Weibliche Beschäftigte
	1 000	je 1 000 Einwohner/-innen	%	
Baden-Württemberg	749,5	68,4	72,0	74,8
Bayern	871,2	67,4	71,7	76,3
Berlin	243,6	68,1	75,1	72,3
Brandenburg	144,5	57,9	74,8	78,9
Bremen	50,1	73,8	71,3	76,3
Hamburg	138,2	76,3	73,7	71,2
Hessen	425,8	68,5	73,1	72,2
Mecklenburg-Vorpommern	106,1	65,9	76,1	78,2
Niedersachsen	517,1	65,1	70,7	78,2
Nordrhein-Westfalen	1 162,0	65,0	71,6	76,0
Rheinland-Pfalz	262,4	64,5	71,5	76,1
Saarland	74,6	74,9	73,6	74,3
Sachsen	264,7	64,8	74,6	79,4
Sachsen-Anhalt	140,3	62,7	75,8	79,6
Schleswig-Holstein	199,8	69,3	71,7	74,6
Thüringen	139,0	64,4	76,0	78,0
Deutschland	5 491	66,5	72,4	75,8

In den Vorleistungseinrichtungen wird am wenigsten in Teilzeit gearbeitet

Die Bedeutung der Teilzeitarbeit variiert zwischen den Einrichtungsarten. In den Vorleistungseinrichtungen (2016: 85,5 Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte) und in der Verwaltung (85,4 Vollzeitäquivalente) ist Teilzeitarbeit am wenigsten verbreitet. Am häufigsten wird in den ambulanten Einrichtungen des Gesundheitswesens in Teilzeit gearbeitet (65,5 Vollzeitäquivalente).

Mehr als drei Viertel des Gesundheitspersonals ist weiblich

Das Gesundheitswesen zeichnet sich durch einen hohen Anteil weiblichen Personals aus. Mehr als drei Viertel der Beschäftigten in Gesundheitseinrichtungen sind Frauen. Im Jahr 2016 lag das Land 0,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. In Sachsen-Anhalt war der Anteil an weiblichen Beschäftigten im Gesundheitswesen mit 80 Prozent am höchsten und in Hamburg mit 71 Prozent am niedrigsten.

In den ambulanten und den stationären bzw. teilstationären Einrichtungen ist der Anteil der Frauen an den Beschäftigten besonders

hoch. Im Jahr 2016 waren in diesen Einrichtungen 83 bzw. 80 Prozent der Beschäftigten Frauen. Vor allem in den Einrichtungen der ambulanten sowie der stationären und teilstationären Pflege waren deutlich mehr weibliche als männliche Personen beschäftigt (Frauenanteil 89 bzw. 86 Prozent). Besonders gering war hingegen der Anteil der Frauen im Rettungsdienst (31 Prozent).

Unterschiedlich hoher Frauenanteil in den Einrichtungen des Gesundheitswesens

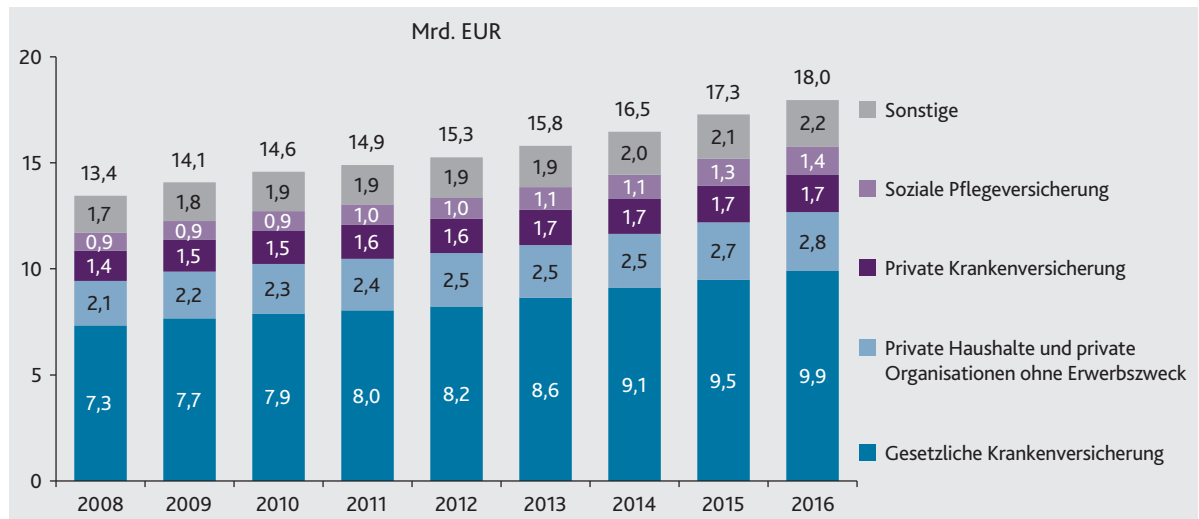
Gesundheitsausgaben von 4 400 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz

Die rheinland-pfälzischen Gesundheitsausgaben beliefen sich 2016 auf 18 Milliarden Euro. Das sind 0,7 Milliarden Euro bzw. 3,9 Prozent mehr als 2015 (Deutschland: +3,8 Prozent). Gegenüber 2008 erhöhten sich die Ausgaben im Gesundheitswesen um 4,5 Milliarden bzw. 34 Prozent (Deutschland: ebenfalls +34 Prozent). Der Anstieg vollzog sich kontinuierlich, da die Ausgaben

18 Milliarden Euro für Gesundheit ausgegeben

G 3

Gesundheitsausgaben 2008–2016 nach Ausgabenträgern



in jedem Jahr höher ausfielen als im jeweiligen Vorjahr.

Auf jede Rheinland-Pfälerin bzw. jeden Rheinland-Pfälzer entfielen 2016 rechnerisch Gesundheitsausgaben in Höhe von 4 423 Euro. Die Pro-Kopf-Ausgaben lagen etwas über dem Bundesdurchschnitt, der sich auf 4 330 Euro belief. Die höchsten Ausgaben pro Kopf wurden in Brandenburg (4 601 Euro) und die niedrigsten in Bremen (3 861 Euro) getätigt.

Gesetzliche Krankenversicherung ist wichtigster Ausgabenträger

In allen Bundesländern wurde mehr als die Hälfte der Gesundheitsausgaben von der gesetzlichen Krankenversicherung getätigt. In Rheinland-Pfalz beliefen sich die Pro-Kopf-Ausgaben dieses Ausgabenträgers auf 2 438 Euro. Das sind rund 500 Euro weniger als in Sachsen-Anhalt, wo die höchsten Ausgaben je Einwohnerin bzw. Einwohner getätigt wurden. In Baden-Württemberg und in Bremen gab die gesetzliche Krankenversicherung am wenigsten aus (2 338 bzw. 2 339 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner).

Der zweitwichtigste Ausgabenträger in Rheinland-Pfalz sind mit größerem Abstand die „Privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“. Sie gaben 685 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner aus. Das war im Vergleich der Bundesländer der höchste Wert. Darunter fallen beispielsweise Zuzahlungen von Privatpersonen bei Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung. Die niedrigsten Ausgaben dieses Ausgabenträgers verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern (335 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner).

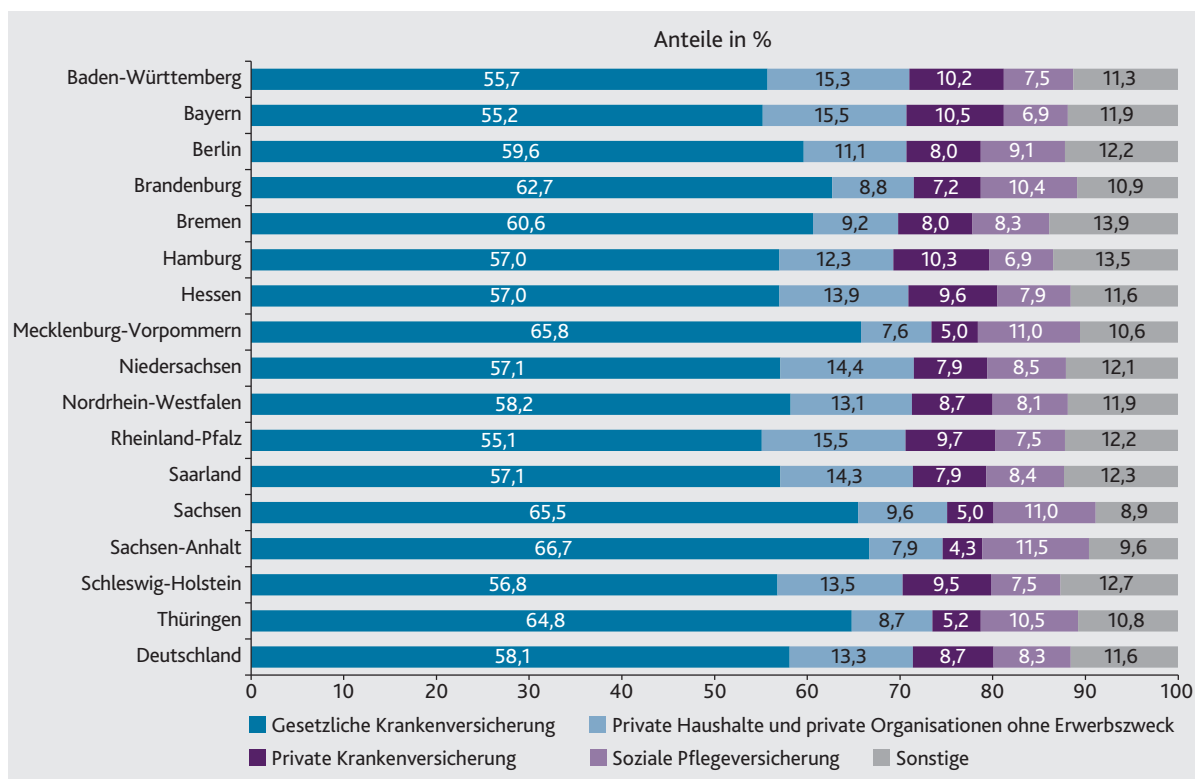
Privathaushalte als zweitwichtigster Ausgabenträger

In den westlichen Bundesländern waren die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck der zweitwichtigste Ausgabenträger. Gemeinsam mit Bayern lag Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer beim Anteil dieses Ausgabenträgers an den gesamten Gesundheitsausgaben an erster Stelle. In beiden Ländern übernahmen die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck gut 15 Prozent der Gesundheitsausgaben. In Bremen entfielen neun Prozent der Gesundheitsausgaben auf diesen Ausgabenträger.

Ausgabenstruktur unterscheidet sich zwischen den Bundesländern

G 4

Gesundheitsausgaben 2016 nach Bundesländern und Ausgabenträgern



T 2

Gesundheitsausgaben 2016 nach Bundesländern und Ausgabenträgern

Land	Insgesamt		Darunter			
			Gesetzliche Krankenversicherung	Private Haushalte ¹	Private Krankenversicherung	Soziale Pflegeversicherung
	Mill. EUR	EUR je Einwohner/-in	EUR je Einwohner/-in			
Baden-Württemberg	45 835,2	4 199	2 338	643	427	313
Bayern	56 008,7	4 346	2 397	673	455	301
Berlin	15 433,6	4 351	2 593	483	348	395
Brandenburg	11 454,3	4 601	2 884	405	330	478
Bremen	2 606,5	3 861	2 339	355	308	322
Hamburg	7 445,7	4 139	2 358	510	427	285
Hessen	26 830,8	4 331	2 470	603	415	341
Mecklenburg-Vorpommern	7 136,2	4 428	2 914	335	220	487
Niedersachsen	34 709,3	4 374	2 497	628	345	370
Nordrhein-Westfalen	77 660,2	4 344	2 530	570	377	353
Rheinland-Pfalz	17 956,5	4 423	2 438	685	430	333
Saarland	4 549,7	4 567	2 610	651	363	383
Sachsen	17 393,3	4 260	2 788	408	215	469
Sachsen-Anhalt	9 954,2	4 442	2 965	352	190	511
Schleswig-Holstein	12 358,5	4 306	2 447	583	411	323
Thüringen	9 203,1	4 252	2 757	370	221	445
Deutschland	356 537	4 330	2 516	575	377	358

¹ Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die Ergebnisse der neuen Bundesländer weichen deutlich von den Ergebnissen der alten Bundesländer ab. In diesen Ländern nahm jeweils die soziale Pflegeversicherung mit Anteilswerten von mehr als einem Zehntel den zweiten Rang ein. Eine mögliche Ursache für diesen strukturellen Unterschied ist der teils höhere Altenquotient in den neuen Bundesländern.⁴ Er ist Folge der Abwanderung vor allem jüngerer Menschen aus diesen Ländern. Aus dem größeren Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung dürfte sich in den neuen Ländern eine vergleichsweise höhere Nachfrage nach Leistungen der sozialen Pflegeversicherung ergeben.

Gesundheitswirtschaft erbringt bedeutenden Beitrag zur Wirtschaftsleistung

Große
Bedeutung der
Gesundheits-
wirtschaft in
Rheinland-Pfalz

In der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft wurde 2017 von knapp 298 500 Erwerbstätigen eine Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen von 15 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das waren 15 Prozent der Erwerbstätigen und zwölf Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung des Landes. Preisbereinigt legte die Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Prozent zu. Damit fiel das Wachstum in Rheinland-Pfalz deutlich höher aus als im Länderdurchschnitt, der bei +2,2 Prozent lag. Die Gesundheitswirtschaft wuchs in Rheinland-Pfalz außerdem stärker als die Gesamtwirtschaft (+2,5 Prozent).

Im Berichtsjahr waren 5 700 Erwerbstätige mehr in der Gesundheitswirtschaft tätig als im Vorjahr. Dies entspricht einem Zuwachs um zwei Prozent (Länderdurchschnitt: +2,5 Prozent; Gesamtwirtschaft: +1 Prozent).

4 Der Altenquotient bezieht die Zahl der 65-jährigen und älteren Personen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren.

Im Ländervergleich variiert der Anteil der Gesundheitswirtschaft an der gesamten Wertschöpfung des entsprechenden Landes zwischen knapp 14 Prozent in Schleswig-Holstein und acht Prozent in Bayern. Rheinland-Pfalz lag mit rund zwölf Prozent an sechster Stelle. Beim Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtwirtschaft liegt Mecklenburg-Vorpommern mit 16 Prozent an der Spitze, gefolgt von Schleswig-Holstein, dem Saarland und Sachsen-Anhalt. Dahinter rangiert Rheinland-Pfalz auf Platz fünf. Den niedrigsten Erwerbstätigenanteil hat die Gesundheitswirtschaft in Bayern mit zwölf Prozent.

Wertschöpfungsanteil der Gesundheitswirtschaft variiert zwischen Ländern

Je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen wurde in der Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz 2017 eine Bruttowertschöpfung von 50 400 Euro erzielt (Länderdurchschnitt: 48 400 Euro). Der als Arbeitsproduktivität bezeichnete Indikator lag damit deutlich unter dem Wert der Gesamtwirtschaft (64 300 Euro). Dabei ist allerdings zu beachten, dass die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität hierzulande durch einzelne hochproduktive Branchen des Verarbeitenden Gewerbes stark „nach oben gezogen“ wird, etwa durch die Chemische Industrie und die Pharmaindustrie. Im Vergleich der Länder streuten die Werte der Arbeitsproduktivität in der Gesundheitswirtschaft zwischen 40 300 Euro in Sachsen und 59 300 Euro in Hessen.

Arbeitsproduktivität überdurchschnittlich

In allen Ländern stieg die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft seit 2008 deutlich. In Rheinland-Pfalz nahm die preisbereinigte Bruttowertschöpfung um 28 Prozent zu (Länderdurchschnitt: +19 Prozent). Ihr Zuwachs war deutlich größer als der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (+12 Prozent). Auch

Gesundheitswirtschaft wächst sehr dynamisch

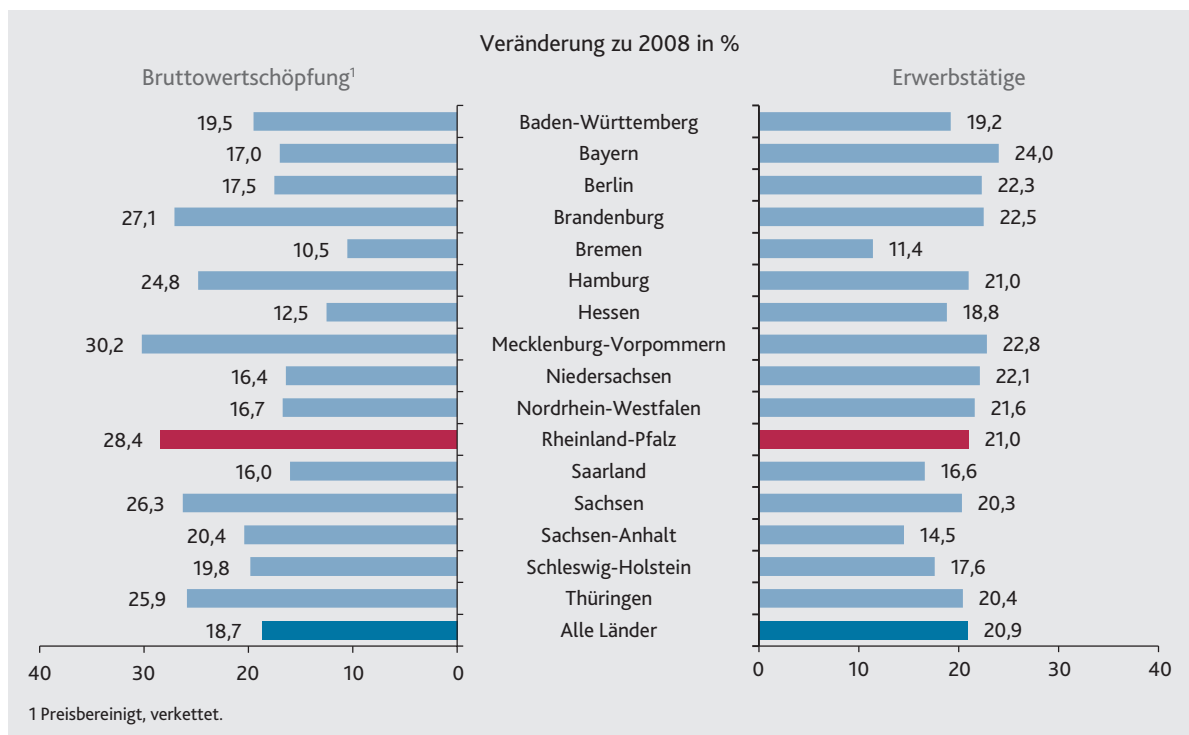
T 3

Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft 2017
nach Bundesländern

Land	Bruttowertschöpfung ¹		Bruttowertschöpfung je Erwerbstätige/-n	Erwerbstätige	
	insgesamt	Anteil an der Gesamtwirtschaft		insgesamt	Anteil an der Gesamtwirtschaft
	Mrd. EUR	%	EUR	1 000	%
Baden-Württemberg	42,7	9,6	52 552	812,1	13,0
Bayern	42,8	8,0	46 191	926,7	12,3
Berlin	15,1	12,2	55 215	272,6	14,0
Brandenburg	6,6	10,6	41 320	159,5	14,3
Bremen	2,7	9,0	47 356	57,9	13,5
Hamburg	9,8	9,2	58 355	167,7	13,4
Hessen	27,3	10,8	59 313	459,6	13,4
Mecklenburg-Vorpommern	4,9	12,7	41 113	119,6	15,9
Niedersachsen	24,0	9,2	41 767	574,6	14,1
Nordrhein-Westfalen	62,6	10,1	47 484	1 319,1	14,0
Rheinland-Pfalz	15,0	11,6	50 396	298,5	14,8
Saarland	3,8	11,9	46 034	82,2	15,5
Sachsen	11,8	10,8	40 262	293,7	14,3
Sachsen-Anhalt	6,7	12,3	43 478	154,5	15,3
Schleswig-Holstein	11,4	13,6	51 717	220,6	15,8
Thüringen	6,4	11,5	42 307	152,0	14,5
Alle Länder	293,7	10,0	48 374	6 070,9	13,7

1 In jeweiligen Preisen.

G 5

Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft 2017
nach Bundesländern

in den Jahren der Wirtschaftskrise 2008 bis 2010 wuchs die rheinland-pfälzische Gesundheitswirtschaft stark (+9,1 Prozent), während die Gesamtwirtschaft um 0,4 Prozent schrumpfte. Die Gesundheitswirtschaft entwickelte sich bislang also relativ unabhängig von der Konjunktur.

Beschäftigungszuwachs höher als in der Gesamtwirtschaft

Die Beschäftigung in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft legte seit 2008 um 21 Prozent bzw. 51 700 Erwerbstätige zu (Länderdurchschnitt: +21 Prozent; Gesamtwirtschaft: +6 Prozent). Im Vergleich der Länder entstanden die meisten neuen Arbeitsplätze in Bayern (+24 Prozent bzw. +179 400 Erwerbstätige). Bremen dagegen verzeichnete relativ wenige neue Arbeitsplätze (+11 Prozent bzw. 5 900 Erwerbstätige).

Arbeitsproduktivität in einigen Bundesländern rückläufig

Der Wertschöpfungszuwachs wurde in Rheinland-Pfalz auch durch Produktivitätsfortschritte getragen. Die Arbeitsproduktivität stieg zwischen 2008 und 2017 preisbereinigt um gut sechs Prozent. In einigen Ländern war die Produktivität im Betrachtungszeitraum rückläufig, am stärksten in

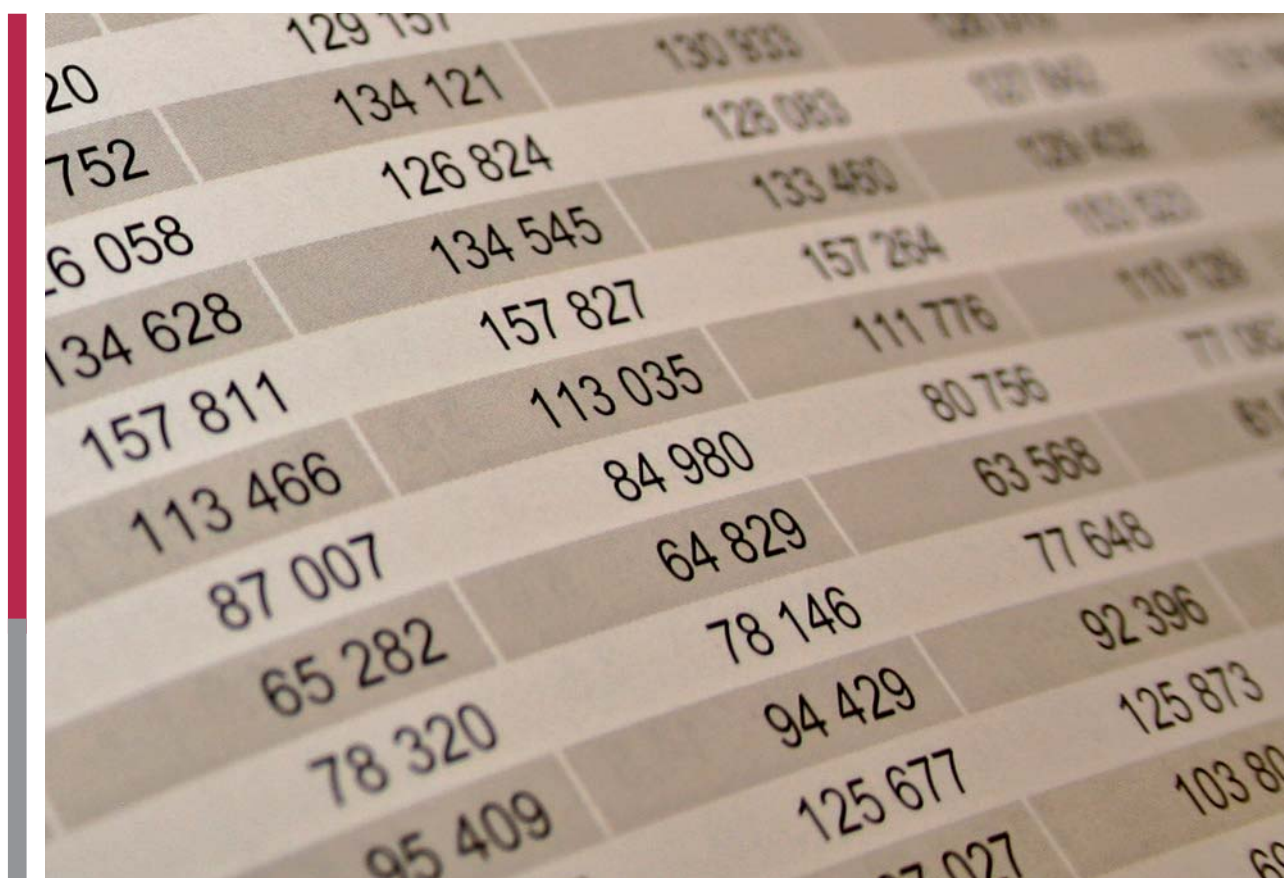
Bayern (–5,6 Prozent). In der Folge ging die länderdurchschnittliche Arbeitsproduktivität in der Gesundheitswirtschaft zurück (–1,8 Prozent).

Fazit

Der Gesundheitswirtschaft kommt u. a. durch Entwicklungen wie dem demografischen Wandel eine immer größere Bedeutung zu. Einen Beitrag zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft leistet die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“. Durch das von der Arbeitsgruppe erstellte Rechensystem können die Gesundheitswirtschaft und das Gesundheitswesen nun deutschlandweit beobachtet, analysiert und länderübergreifend verglichen werden.

Dr. Melanie Nofz, Diplom-Volkswirtin, ist Referentin im Referat „Analysen Wirtschaft“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	128 942
752	134 121	128 093	127 842
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	153 523
157 811	157 827	111 776	110 128
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	94 429	125 677	103 801
		87 027	69 111

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2016	2017			2018				
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 059 ^{1,2}	4 070 ^{1,2}	4 069	4 070	4 071	4 076	4 077	4 078	...
darunter Ausländer ³	1 000	397 ^{1,2}	421 ^{1,2}	421	422	424	440	441	442	...

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 768	1 729	2 099	2 413	2 972	1 299	2 240	2 522	...
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 126	3 121	3 127	3 195	3 379	2 983	3 152	3 277	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,2	9,2	9,0	9,6	9,8	8,9	9,1	9,8	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 819	3 950	3 920	3 557	3 772	3 941	3 756	3 642	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,3	11,7	11,3	10,6	10,9	11,8	10,8	10,9	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	11	12	12	11	17	9	8	13	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,7	3,8	3,4	5,0	3,0	2,5	4,0	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-693	-829	-793	-362	-393	-958	-604	-365	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,1	-2,5	-2,3	-1,1	-1,1	-2,9	-1,7	-1,1	...

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	13 487	11 783	10 806	10 970	12 971	12 510	10 642	11 676	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	7 137	5 796	5 478	5 663	6 263	6 271	5 620	6 193	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 595	10 337	9 305	9 233	11 579	9 589	8 988	9 951	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	5 399	4 472	4 164	4 385	5 067	3 899	4 261	4 655	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 892	1 446	1 501	1 737	1 392	2 921	1 654	1 725	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	16 131	14 309	13 757	13 877	15 139	14 226	12 949	13 291	...

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{9,10,11}	Einheit	2015	2016			2017				2018
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²										
	1 000	1 345	1 365	1 388	1 377	1 379	1 389	1 416	1 405	1 406
* Frauen	1 000	627	637	648	646	646	648	659	657	656

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1, 2, 3}**

	Einheit	2015	2016			2017			2018	
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Ausländer/-innen	1 000	117	128	131	127	134	141	148	143	148
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	373	386	390	391	394	400	404	405	406
* darunter Frauen	1 000	309	318	321	323	324	328	331	332	332
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	14	11	13	13	14	11	12
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	424	431	426	427	430	437	432	432
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	294	299	304	302	301	304	311	309	309
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	213	216	219	217	218	221	227	225	225
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	403	413	420	421	420	420	427	428	428

Arbeitsmarkt⁵

Arbeitsmarkt ⁵	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Arbeitslose	Anzahl	111 436	106 299	100 820	98 325	97 193	98 999	94 382	92 054	90 939
* Frauen	Anzahl	50 458	48 166	46 732	45 518	44 747	45 685	43 351	42 301	41 401
Männer	Anzahl	60 978	58 132	54 087	52 806	52 446	53 313	51 031	49 753	49 538
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	41 185	42 178	39 191	38 083	37 796	39 457	37 389	36 809	36 788
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	70 250	64 121	61 629	60 242	59 397	59 542	56 993	55 245	54 151
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,1	4,8	4,6	4,5	4,4	4,4	4,2	4,1	4,1
* Frauen	%	4,9	4,7	4,5	4,4	4,3	4,3	4,1	4,0	3,9
* Männer	%	5,3	5,0	4,6	4,5	4,5	4,5	4,3	4,2	4,2
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,7	4,6	4,7	4,1	3,9	4,7	4,2	3,7	3,5
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,4	3,2	3,6	2,9	2,7	3,9	3,4	2,8	2,6
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,1	4,7	4,4	4,4	4,4	4,2	4,1	4,1	4,1
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,6	5,2	4,9	4,9	4,9	4,7	4,6	4,5	4,6
* Ausländer/-innen	%	13,4	13,4	12,3	12,0	11,9	11,4	10,8	10,6	10,5
Deutsche	%	4,3	4,0	3,8	3,7	3,6	3,6	3,5	3,4	3,3
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	5 357	4 888	891	683	573
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	32 997	37 936	40 475	41 095	40 265	41 013	42 223	42 087	41 618

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹¹**

Soziales Leistungsbezug nach SGB II ¹⁾		Einheit	2016	2017			2018			
			Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	235 916	...	250 570	250 322	247 860	241 777	240 120	238 639	...
* darunter Frauen	Anzahl	117 850	...	123 245	123 272	122 240	119 287	118 583	118 177	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-	Anzahl	160 493	...	170 492	169 794	167 878	162 581	161 276	159 503	...
berechtigte										
* nicht erwerbsfähige Leistungs-	Anzahl	61 917	...	68 508	68 790	68 430	66 482	66 064	66 108	...
berechtigte										
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	59 870	...	66 509	66 805	66 421	64 502	64 081	64 105	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	587	...	579	613	545	594	573	544	521
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	520	...	513	534	487	529	496	470	448
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	...	2	4	5	7	4	4	9
Unternehmen	Anzahl	92	...	34	100	65	77	77	85	87
private Haushalte	Anzahl	491	...	543	509	475	510	492	455	425
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 231	...	1 319	1 348	1 056	1 284	2 089	1 332	1 243
* Umbauter Raum	1 000 m ³	760	...	856	795	673	807	996	792	746
* Wohnfläche	1 000 m ²	141	...	152	151	127	150	173	145	146
Wohnräume	Anzahl	5 635	...	6 105	5 946	4 880	5 702	6 994	6 058	5 422
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	231	...	265	251	222	268	321	264	243

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	138	...	121	123	142	135	135	119	128
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	...	17	17	22	10	13	12	17
Unternehmen	Anzahl	82	...	63	70	83	100	87	75	82
private Haushalte	Anzahl	42	...	41	36	37	25	35	32	29
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	25	...	11	5	10	9	5	43	45
* Umbauter Raum	1 000 m ³	764	...	534	689	532	1 229	965	652	927
* Nutzfläche	1 000 m ²	110	...	72	117	88	235	132	94	135
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	104	...	61	85	91	147	167	128	125

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 447	...	1 490	1 530	1 237	1 165	2 257	1 669	1 559
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	6 395	...	6 913	6 637	5 583	6 581	7 801	7 039	6 317

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 564	11 599	11 319	12 007	12 317	11 331	10 772	11 624	11 586
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 945	1 853	1 481	1 661	2 097	1 633	1 445	2 063	1 798
darunter										
* Kälber	t	7	8	4	5	6	6	2	6	7
* Jungrinder	t	8	8	3	3	4	8	2	7	7
* Schweine	t	9 570	9 695	9 802	10 302	10 139	9 653	9 295	9 481	9 743
* Eierzeugung ²	1 000	16 571	17 285	16 061	14 844	16 508	16 256	15 615	15 196	16 560

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 002	1 017	1 020	1 020	1 021	1 045	1 042	1 042	1 044
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	253 227	255 468	255 919	257 968	258 150	260 264	261 384	262 273	262 821
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 292	32 402	30 785	33 227	32 764	33 067	31 921	34 397	32 510
* Entgelte	Mill. EUR	1 078	1 102	1 035	1 024	1 027	1 153	1 060	1 058	1 050
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 223	7 820	7 597	7 898	8 043	8 876	8 503	8 758	8 460
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 813	4 253	4 095	4 290	4 371	4 540	4 399	4 421	4 217
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 098	2 181	2 118	2 182	2 194	2 295	2 201	2 094	2 277
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	101	94	90	94	102	85	75	89	103
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 211	1 293	1 294	1 332	1 376	1 957	1 828	2 153	1 863
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 140	2 433	2 276	2 412	2 472	2 531	2 472	2 480	2 334
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 086	1 046	1 038	1 066	1 096	1 008	1 038	1 010	1 203
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 003	4 368	4 224	4 337	4 422	5 125	4 988	5 138	5 058
Exportquote ⁶	%	55,4	55,9	55,6	54,9	55,0	57,7	58,7	58,7	59,8
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	102,9	112,4	109,0	103,1	106,4	123,4	126,4	108,4	117,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	102,8	113,6	110,6	110,2	109,4	114,6	117,4	104,5	96,3
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	101,2	107,6	97,9	89,3	102,1	98,7	101,1	89,7	112,5

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Ge- winnung von Steinen und Erden ¹	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	162,6	161,8	149,1	148,7	173,0	161,1	165,7	151,0	158,4
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	105,7	122,0	141,2	122,9	105,5	247,8	254,0	190,8	214,2
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	101,8	114,7	111,3	106,6	111,2	114,8	118,6	104,0	93,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	99,5	102,6	94,6	80,4	103,3	98,1	104,8	90,3	129,9

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	179	173	173	172	172	173	173	173	173
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 376	9 531	9 454	9 619	9 679	9 706	9 755	9 892	9 908
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 146	1 141	1 083	1 158	1 167	1 188	1 148	1 169	1 186
* Entgelte ³	Mill. EUR	42	43	42	39	39	45	42	41	41
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	343	323	329	299	300	237	324	221	206
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	330	309	315	285	288	226	310	207	195

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	19 046	19 910	20 023	20 290	20 308	20 558	20 606	20 899	20 872
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 945	2 012	2 069	2 304	2 277	2 291	2 161	2 397	2 239
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	320	340	348	389	361	406	367	408	373
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	633	650	660	719	688	696	698	759	701
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	992	1 022	1 060	1 196	1 227	1 189	1 095	1 230	1 165
darunter Straßenbau	1 000 h	531	561	602	687	674	646	625	703	654
* Entgelte	Mill. EUR	61	65	66	69	65	75	73	74	70

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe**Bauhauptgewerbe¹**

hoch. Baugewerbe Bauhauptgewerbe ¹		Einheit	2016	2017			2018				
			Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	256	286	315	324	322	349	353	351	347
davon											
* Wohnungsbau	Mill. EUR	45	53	55	60	55	58	65	60	61	
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	87	97	109	116	107	119	111	121	113	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	124	136	150	149	160	172	177	170	174	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	64	72	85	84	87	91	102	98	95	

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³**

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ³	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Betriebe ⁴	Anzahl	421	438	440	438	437	436	384	380	377
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 051	16 825	16 637	16 619	17 084	16 958	16 028	15 789	16 016
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 007	5 210	5 125	5 185	5 314	5 214	4 894	4 843	4 964
* Entgelte	Mill. EUR	128	138	130	136	137	149	130	134	134
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	457	485	378	484	478	600	360	460	478

Handel⁵**Großhandel⁶**

Großhandel ^{p, 6}	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Beschäftigte	2015=100	100,2	99,9	99,9	100,9	101,1	102,6	102,8	103,7	103,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	97,6	96,1	97,1	97,0	96,4	97,4	96,6	97,2	96,6
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	97,6	98,0	98,0	106,3	100,0	110,1	103,1	108,5	105,8
* Umsatz real ⁷	2015=100	97,7	96,6	96,9	105,1	98,4	105,9	99,1	104,1	101,5

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2015=100	101,4	102,6	102,0	102,8	102,7	103,2	102,8	103,4	103,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	101,7	102,6	102,9	102,5	102,1	104,3	104,1	103,8	104,1
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	102,5	105,7	104,1	105,5	104,9	111,3	105,6	108,7	103,6
* Umsatz real ⁷	2015=100	102,1	103,3	102,5	103,6	102,2	106,9	102,0	104,7	98,7

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{p, 2}

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Beschäftigte	2015=100	102,3	104,1	103,0	105,4	105,8	105,2	104,9	108,2	108,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,9	105,8	106,8	106,5	106,5	108,4	108,2	108,3	108,5
* Umsatz nominal ³	2015=100	104,9	109,5	107,1	103,8	108,2	124,0	115,6	114,6	110,2
* Umsatz real ³	2015=100	103,9	107,3	104,8	101,4	105,6	120,4	111,9	110,8	107,0

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2015=100	99,4	100,3	105,4	106,8	105,5	104,6	104,7	104,9	103,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	100,9	102,1	108,8	109,5	108,1	107,0	106,1	106,0	104,6
* Umsatz nominal ³	2015=100	102,8	108,5	123,9	127,4	126,5	123,3	123,5	131,4	129,2
* Umsatz real ³	2015=100	100,7	104,1	118,6	122,0	120,1	116,4	116,0	123,4	120,0

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	722	739	954	1 016	1 011	928	960	1 060	1 034
* darunter von Auslandsgästen	1 000	155	157	279	280	207	206	275	283	212
* Gästeübernachtungen	1 000	1 824	1 852	2 555	2 815	2 482	2 262	2 560	2 828	2 552
* darunter von Auslandsgästen	1 000	441	437	830	958	557	543	815	946	575

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 820	1 835	2 089	1 898	2 087	1 997	1 968	1 814	2 088
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 266	1 234	1 553	1 345	1 485	1 515	1 447	1 330	1 524
* Getötete Personen	Anzahl	13	15	22	14	11	12	14	17	19
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	7	10	4	5	4	6	11	10
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	5	5	5	4	4	5	5
Radfahrer	Anzahl	1	1	4	3	1	1	1	1	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	-	1	-	3	2	-	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 638	1 594	2 034	1 733	1 871	1 928	1 858	1 710	1 938

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2016	2017			2018				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	301	297	376	373	376	404	402	371	377
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	135	129	148	147	146	147	142	132	131
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	74	83	123	108	130	131	151	132	118
Radfahrer	Anzahl	48	44	64	82	57	79	79	67	84
Fußgänger	Anzahl	30	29	25	17	31	28	21	21	25

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2016	2017			2018				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 160	13 081	12 995	12 591	12 800	15 624	14 426	15 074	10 111
darunter										
Krafträder	Anzahl	755	622	852	712	532	993	917	896	578
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 944	10 959	10 707	10 363	10 952	12 895	12 057	12 533	8 079
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 024	1 036	984	1 127	932	1 141	896	1 134	1 074
Zugmaschinen	Anzahl	343	373	360	290	304	436	449	381	319

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	59 894	70 419	71 078	68 304	69 098	73 192	70 901	69 858	66 784
Personenkilometer ³	Mill.	621	717	709	684	740	734	760	752	748

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Güterempfang	1 000 t	1 024	943	935	910	976	1 196	1 119	1 076	774
* Güterversand	1 000 t	776	776	799	769	865	865	860	860	649

Außenhandel⁴Ausfuhr (Spezialhandel)⁵

* Insgesamt	Mill. EUR	4 368	4 569	4 672	4 491	4 570	4 873	5 364	5 299	5 581
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	322	319	341	319	323	319	306	337	332
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 988	4 199	4 274	4 123	4 199	4 455	4 934	4 821	5 120

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.		Mai	Juni	Juli	Aug.
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	25	28	29	21	24	27	28	21
* Halbwaren	Mill. EUR	144	150	165	155	144	168	164	168	157
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 821	4 024	4 081	3 939	4 033	4 263	4 742	4 625	4 942
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	951	1 025	1 031	1 003	1 020	955	1 063	1 042	1 062
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 871	2 999	3 050	2 935	3 013	3 308	3 680	3 582	3 880
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 065	3 196	3 334	3 044	3 089	3 458	3 934	3 797	3 967
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 749	2 855	2 947	2 711	2 736	3 096	3 588	3 470	3 617
Belgien	Mill. EUR	198	204	214	178	206	192	216	195	189
Luxemburg	Mill. EUR	54	53	55	61	45	53	62	61	52
Dänemark	Mill. EUR	45	51	52	44	48	51	52	44	53
Finnland	Mill. EUR	30	35	36	32	36	29	33	32	31
Frankreich	Mill. EUR	446	440	468	433	403	452	481	511	428
Griechenland	Mill. EUR	29	33	44	46	24	32	38	30	27
Großbritannien	Mill. EUR	302	295	320	267	260	271	293	293	319
Irland	Mill. EUR	19	77	70	50	98	341	740	587	831
Italien	Mill. EUR	265	272	286	287	222	289	263	311	246
Niederlande	Mill. EUR	314	327	296	291	320	321	320	353	372
Österreich	Mill. EUR	165	171	175	168	177	171	195	182	180
Schweden	Mill. EUR	79	84	93	69	82	94	80	68	90
Spanien	Mill. EUR	216	225	222	238	211	219	222	239	214
Portugal	Mill. EUR	41	42	43	43	42	34	34	36	34
* Afrika	Mill. EUR	117	113	124	120	131	112	104	128	115
* Amerika	Mill. EUR	551	579	549	607	615	659	642	679	731
darunter nach USA	Mill. EUR	380	399	357	422	413	467	438	486	518
* Asien	Mill. EUR	596	630	604	648	681	587	616	620	711
darunter nach China	Mill. EUR	142	164	148	163	185	158	173	168	205
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	39	52	61	71	53	58	68	75	56

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 877	3 362	3 450	3 447	3 249	4 141	4 235	3 926	4 253
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	240	270	258	256	255	292	278	276	250
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 483	2 927	3 025	3 030	2 824	3 610	3 654	3 309	3 691
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	36	37	30	36	29	33	35	40	36
* Halbwaren	Mill. EUR	217	290	257	274	330	271	266	269	280
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 230	2 600	2 738	2 720	2 465	3 307	3 353	3 000	3 375

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2016	2017				2018			
			Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	517	703	737	770	663	1 393	1 432	1 175	1 327
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 714	1 898	2 001	1 949	1 802	1 914	1 921	1 824	2 048
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 155	2 494	2 504	2 506	2 373	3 124	3 286	3 023	3 430
*	darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 964	2 268	2 259	2 271	2 142	2 876	3 056	2 782	3 179
	Belgien	Mill. EUR	253	291	297	273	296	285	282	292	293
	Luxemburg	Mill. EUR	52	53	53	54	57	60	56	63	58
	Dänemark	Mill. EUR	21	30	22	20	24	25	21	17	25
	Finnland	Mill. EUR	12	15	14	22	12	11	15	13	13
	Frankreich	Mill. EUR	242	276	266	287	262	314	338	305	289
	Griechenland	Mill. EUR	8	8	7	8	6	8	13	10	7
	Großbritannien	Mill. EUR	100	118	117	107	106	123	134	118	132
	Irland	Mill. EUR	137	107	104	13	72	369	225	350	684
	Italien	Mill. EUR	175	216	206	216	172	562	820	475	429
	Niederlande	Mill. EUR	299	325	310	320	301	313	325	335	335
	Österreich	Mill. EUR	118	107	103	100	103	122	130	126	116
	Schweden	Mill. EUR	52	68	74	78	60	50	49	44	49
	Spanien	Mill. EUR	129	215	236	363	245	146	162	157	274
	Portugal	Mill. EUR	18	21	24	23	21	23	25	23	19
*	Afrika	Mill. EUR	47	53	45	40	49	45	39	53	41
*	Amerika	Mill. EUR	254	274	284	242	263	354	261	292	256
	darunter aus USA	Mill. EUR	198	217	225	183	203	285	210	237	198
*	Asien	Mill. EUR	415	528	600	645	549	607	636	545	513
	darunter aus China	Mill. EUR	183	214	224	220	235	211	225	222	250
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	8	6	6	5	6	5	5

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 760	2 638	2 503	2 850	2 476	2 659	2 478	2 816	2 401
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	468	442	457	447	408	464	441	445	396
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 774	1 732	1 612	1 930	1 683	1 728	1 584	1 871	1 631
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 788	2 678	2 465	2 609	2 286	2 458	2 416	2 543	2 206
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	402	385	385	383	348	353	403	368	344
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 895	1 815	1 666	1 735	1 540	1 663	1 549	1 696	1 479

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Insgesamt	Anzahl	462	...	505	471	474	427	387	367	348
davon										
* Unternehmen	Anzahl	65	...	62	60	74	65	57	47	52
* Verbraucher	Anzahl	276	...	320	271	269	264	221	209	224
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	102	...	104	118	103	79	86	87	59
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	19	...	19	22	28	19	23	24	13
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	66	...	59	48	44	82	39	52	34

Handwerk²

Handwerk²

Einheit	2016	2017				2018				
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.		
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,8	99,1	98,3	98,3	100,8	99,2	98,8	98,3	100,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	107,4	110,6	94,0	111,0	113,9	123,7	95,7	115,1	118,9

Preise

Preise	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	107,6	109,3	109,6	109,5	109,9	111,8	112,2	112,3	112,6
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	107,6	109,1	109,3	109,5	109,6	110,8	111,0	111,2	111,4

Verdienste⁷

Verdienste⁷

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 996	3 999	3 619	3 668	3 688	3 703	3 694	3 748	...
* Frauen	EUR	3 469	3 483	3 202	3 237	3 254	3 257	3 279	3 302	...
* Männer	EUR	4 207	4 215	3 793	3 848	3 870	3 891	3 864	3 930	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 483	7 557	6 627	6 711	6 782	6 750	6 773	6 859	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 580	4 610	4 182	4 233	4 291	4 297	4 330	4 374	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 390	3 439	3 126	3 174	3 188	3 220	3 210	3 263	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 815	2 773	2 562	2 611	2 593	2 614	2 634	2 720	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 277	2 307	2 131	2 183	2 196	2 196	2 199	2 262	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 300	4 336	3 792	3 875	3 901	3 933	3 877	3 979	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 031	3 910	3 497	3 515	3 603	3 663	3 544	3 604	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 485	4 512	3 923	4 001	4 005	4 062	4 016	4 109	...
* Energieversorgung	EUR	5 154	5 296	4 632	4 679	4 729	4 742	4 739	4 790	...
* Wasserversorgung ²	EUR	3 467	3 411	3 179	3 190	3 200	3 231	3 193	3 235	...
* Baugewerbe	EUR	3 316	3 465	3 118	3 260	3 342	3 285	3 199	3 353	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 798	3 800	3 516	3 546	3 563	3 569	3 585	3 608	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 601	3 621	3 300	3 342	3 320	3 363	3 390	3 397	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 024	3 017	2 808	2 827	2 833	2 875	2 745	2 807	...
* Gastgewerbe	EUR	2 277	2 367	2 241	2 238	2 229	2 303	2 247	2 248	...
* Information und Kommunikation	EUR	5 276	5 175	4 755	4 792	4 780	4 806	4 982	5 097	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 252	5 272	4 399	4 416	4 450	4 437	4 440	4 365	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 963)	/	(3 566)	(3 595)	(3 701)	(3 782)	(3 594)	3 796	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 172	5 008	4 374	4 425	4 431	4 390	4 559	4 544	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 482	2 539	2 381	2 446	2 405	2 434	(2 498)	2 559	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 730	3 832	3 670	3 706	3 782	3 724	3 742	3 742	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 304	4 212	4 036	4 059	4 187	4 103	4 270	4 259	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 804	3 916	3 638	3 683	3 697	3 728	3 669	3 723	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 846	3 842	3 698	3 539	3 495	3 553	3 553	3 576	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 385	3 486	3 257	3 276	3 274	3 293	3 280	3 335	...

Geld und Kredit³

	Einheit	2016	2017				2018			
		Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	125 291	124 187	125 740	122 870	123 794	124 344	123 201	124 417	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 512	10 467	10 808	10 271	10 433	10 357	10 002	10 032	...

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtsgebietes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2016	2017				2018			
	Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 874	10 926	11 288	11 036	10 570	10 811	10 449	10 200	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	102 905	102 794	103 644	101 563	102 791	103 176	102 750	104 185	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	119 667	119 451	120 253	118 551	119 374	119 627	118 484	119 697	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	108 875	109 882	109 823	109 064	110 068	110 574	109 523	110 919	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 799	9 569	10 430	9 487	9 306	9 053	8 961	8 778	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 624	4 736	5 487	4 319	4 420	4 717	4 717	4 720	...

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	117 277	118 331	117 784	116 127	117 956	121 458	117 262	119 199	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	65 568	71 972	69 127	70 771	72 496	75 495	72 256	74 048	...
Termineinlagen	Mill. EUR	20 740	16 061	18 182	14 874	15 283	15 906	15 795	16 047	...
Sparbriefe	Mill. EUR	3 658	2 981	3 154	3 037	2 910	2 821	2 719	2 660	...
Spareinlagen	Mill. EUR	27 311	27 317	27 321	27 445	27 267	27 236	26 492	26 444	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	115 318	116 638	116 084	114 419	116 267	119 780	115 460	117 445	...
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	112 677	113 988	113 626	111 982	113 653	116 689	112 573	114 172	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 640	2 657	2 485	2 437	2 614	3 091	2 887	3 273	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 960	1 694	1 700	1 708	1 689	1 678	1 802	1 754	...

Steuern

Einheit	2016	2017				2018			
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 051	4 415	4 368	4 779	3 733	4 107	4 760	4 765	3 874
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 250	1 340	1 314	1 504	687	922	1 415	1 566	726
Lohnsteuer	Mill. EUR	853	888	1 226	639	651	773	1 293	688	707
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	169	172	565	-	-	-	598	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	147	189	-33	568	2	-36	-13	579	-17
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	98	102	47	36	37	268	38	30	33

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2016	2017				2018			
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	20	25	56	5	6	6	61	4	4
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	17	50	-	0	-	56	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	131	136	17	255	-9	-90	36	265	1
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-1	-18	16	-	-	-	-15	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 801	3 075	3 054	3 275	3 046	3 185	3 345	3 199	3 148
Umsatzsteuer	Mill. EUR	480	558	608	625	502	468	615	534	570
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 321	2 517	2 446	2 649	2 544	2 717	2 729	2 665	2 578

Zölle

Mill. EUR	219	220	224	249	222	227	264	262	226
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	84	88	62	107	67	71	72	102	66
-----------	----	----	----	-----	----	----	----	-----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	29	30	30	26	33	34	34	21	32
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	55	58	32	82	34	37	38	80	34

Landessteuern

Mill. EUR	77	83	85	91	80	84	87	78	94
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	20	21	23	19	17	25	17	16	29
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	38	44	47	51	49	43	54	39	51
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	14	14	11	17	10	12	12	18	11
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	2	1	1	1	2	1
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	3	2	3	3	3	2

Einheit	2016	2017				2018		
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.

Gemeindesteuern

Gemeindesteuern	Mill. EUR	700	718	689	754	706	723	794	876	773
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	5	6	4	5	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	137	140	132	144	155	130	134	143	163
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	535	549	530	580	518	566	630	700	576
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	23	24	22	26	27	23	25	28	28

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeinde-****verbände**

Einheit	2016	2017					2018		
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Mill. EUR	1 039	1 119	727	1 159	1 080	1 509	783	1 323	1 159
Mill. EUR	443	449	502	486	416	393	605	587	448
Mill. EUR	382	438	64	441	415	832	14	489	438
Mill. EUR	49	62	2	58	61	127	-0	71	75

Einheit	2016	2017				2018			
	Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Mill. EUR	999	1 066	1 067	1 237	807	898	1 096	1 014	856
Mill. EUR	77	83	85	91	80	84	87	78	94
Mill. EUR	483	520	503	597	231	342	544	622	248
Mill. EUR	299	313	462	213	216	265	486	230	238
Mill. EUR	63	80	-14	242	1	-15	-5	246	-7
Mill. EUR	46	47	21	13	16	134	19	11	15
Mill. EUR	9	11	25	2	3	3	27	2	2
Mill. EUR	66	68	9	127	-5	-45	18	133	0
Mill. EUR	416	436	473	548	423	373	463	314	434
Mill. EUR	300	329	378	434	312	263	345	191	323
Mill. EUR	116	107	96	114	111	111	117	123	111
Mill. EUR	6	7	2	0	20	27	1	-	22
Mill. EUR	2	2	1	0	6	8	0	-	6
Mill. EUR	13	15	3	0	39	53	1	-	43
Mill. EUR	3	3	1	0	8	11	0	-	9

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	2 028	2 114	2 039	2 287	1 811	2 029	2 264	2 312	1 890
Mill. EUR	84	88	62	107	67	71	72	102	66
Mill. EUR	548	586	563	660	293	404	607	687	310
Mill. EUR	1 389	1 433	1 412	1 519	1 431	1 526	1 584	1 523	1 492
Mill. EUR	6	7	2	0	20	27	1	-	22

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im November 2018

Statistische Berichte

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bodennutzung landwirtschaftlicher Betriebe 2018
(endgültiges Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung)
Kennziffer: C1023 201800

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten
und Grünland im Oktober 2018
Kennziffer: C2013 201805

Wachstumstand der Reben im September 2018
Kennziffer: C2063 201802

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe 2018
Kennziffer: C4053 201800

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung
von Steinen und Erden im September 2018 – Ergebnisse des
Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201809

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende
Gewerbe im September 2018
Kennziffer: E1033 201809

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe
im September 2018
Kennziffer: E1113 201809

Bauhauptgewerbe im August 2018 – Vorbereitende
Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201808

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im August 2018
Kennziffer: E4023 201808

Stromabsatz und Erlöse 2017
Kennziffer: E4053 201700

Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im Verarbeitenden
Gewerbe 2017
Kennziffer: E4073 201700

Energieverwendung des Verarbeitenden Gewerbes
sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen
und Erden 2017
Kennziffer: E4083 201700

Gasabsatz und Erlöse 2017
Kennziffer: E4063 201700

Wärmeversorgung 2017 – Ergebnis der Jahreserhebung
bei Betreibern von Anlagen zur Wärmeversorgung
Kennziffer: E4103 201700

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im September 2018
Kennziffer: F2033 201809

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe
im August 2018
Kennziffer: G1023 201808

Aus- und Einfuhr im September 2018
Kennziffer: G3023 201809

Gäste und Übernachtungen im Tourismus
im September 2018
Kennziffer: G4023 201809

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im August 2018
Kennziffer: H1023 201808

Binnenschifffahrt im August 2018
Kennziffer: H2023 201808

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Schulden der öffentlichen Haushalte sowie der öffentlich
bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen am
31. Dezember 2017
Kennziffer: L3013 201700

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in
Deutschland im Oktober 2018
Kennziffer: M1013 201810

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und
im Dienstleistungsbereich 2016
Kennziffer: N3033 201601

Umwelt

Wassereigenversorgung und Abwassereigenentsorgung privater Haushalte 2016

Kennziffer: Q1013 201601

Öffentliche Klärschlamm entsorgung 2017

Kennziffer: Q1063 201700

Bestimmte klimawirksame Stoffe 2017

Kennziffer: Q4013 201700

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im August 2018

Kennziffer: Z1013 201808

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe November 2018

Kennziffer: Z2201 201811

Die Landwirtschaft 2017 – Band 410 –

Kennziffer: C2002 201700

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Integrierte Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände – Anteilige Modellrechnung für den interkommunalen Vergleich (Tabellenteil) – Stand: 31.12.2017

Kennziffer: L3015E 201700

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Dominik Ketz / Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte